PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W. Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str. 29, Telefon 0621 / 36 015 – Druck: Caro-Druck, 6831 Plankstadt, Am Ochsenhorn 6 – Auflage: 40 000 – Redaktion: 68 Mannheim, Sandhofer Str. 29, Telefon 0621 / 36 014 – Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon 0621 / 36 012 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnements-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Buchvertrieb Hager GmbH, Volksbank Mannheim, Kto.-Nr. 18.909.05 oder: PschA Karlsruhe, Kto.-Nr. 958.37-753 – Die Zeitung wurde am Dienstag, dem 25.11.1975, fertiggestellt.

27. November 1975 Jg. 3 Nr. 47 50 Pfennig

Die Weisheit des Sachverständigenrates:

Die Arbeiter müssen stärker ausgebeutet werden!

Fünf Professoren der Wirtschaftswissenschaft sind von der Regierung angestellt, regelmäßig Gutachten zur wirtschaftlichen Lage und zur weiteren Entwicklung vorzulegen. Das neueste Werk beläuft sich auf über 300 Seiten. Das Ergebnis dieser 300 Seiten kann man mit dem Sprichwort bezeichnen: "Wenn der Hahn kräht auf dem Mist, ändert sich das Wetter oder es bleibt wie es ist."

An diesen Spruch haben sich die Professoren gehalten. Der Aufschwung kommt, wenn sich die Lage auf dem Weltmarkt verbessert; verbessert sie sich nicht, so wird der Aufschwung nicht vorhanden sein. Auf alle Fälle sei es ein Aufschwung, bei dem die Arbeitslosigkeit in diesem Jahr noch einmal zunimmt bis an die 1,5 Millionen offiziell Registrierte und der Jahresdurchschnitt 1976 etwa bei dem des Jahres 1975 liegt.

Ein Aufschwung soll herbeigeführt werden und die Wirtschaftspolitik des Staates solle bewirken, daß die Preise nicht in die Höhe schießen. Damit dieser Aufschwung komme, sei es notwendig, daß die Gewinne der Unternehmer wieder zunehmen, damit sie das Investieren wieder anfangen, um damit Arbeitsplätze zu schaffen. "Die Aufschwungserwartungen stützen die Professoren vor allem auf die Entwicklung der Weltkonjunktur." "Falls diese Entwicklung eintreffe, dürfte sich das Investitionsklima spürbar verbessern . . ." (Handelsblatt, 25. November)

"Bei dieser Prognose unterstellt der Rat, daß es bei den kommenden Lohnverhandlungen im wesentlichen um einen Inflationsausgleich geht." (ebenda) Sieben Prozent brutto sei das höchste an Lohnerhöhungen, was möglich sei, netto sollen diese sieben Prozent auf 3,5 durch Steuern und Beitragserhöhungen zusammengestrichen werden.

Hierbei sehen die Professoren überhaupt die Chance, wie die Bourgeoisie den Raubzug am unauffälligsten vorantreiben kann. "Die Belastungsquote – einschließlich der indirekten Steuern und der Sozialversicherungen für einen Arbeitnehmerhaushalt – wachse auf rund 45 bis 46 Prozent." (Handelsblatt) Rund die Hälfte soll nach den Vorstellungen der Weisen vom Lohn den Arbeitern im Nachhinein geraubt werden, um sie den Kapitalisten als Subventionen und sonstige Zuwendungen in die Tasche zu stecken. Geldpolitisch wird der Regierung ein Lob ausgesprochen. Sie sei auf dem richtigen Weg, wird gesagt. (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25. November) Die Professoren meinen damit die Beschlüsse und Gesetze der Regierung, die dem Volk höhere Steuern, Versicherungsbeiträge sowie Kürzungen im Schul-, Gesundheitswesen und sonstigen staatlichen Ausgaben vorsehen.

"Nachdrücklich weist der Sachverständigenrat Kritik an der Marktwirtschaft zurück." (Frankfurter Allgemeine Zeitung) Sie sei in Ordnung und habe der Bevölkerung Wohlstand und Sicherheit gebracht. Wenn Fehler aufgetreten seien, wie jetzt die fast zwei Millionen Arbeitslosen, so läge dies an der "jahrelangen Duldung der Inflation und dem scharfen Verteilungskampf zu Lasten der Unternehmensgewinne seit Herbst 1969". Auch für die jetzige Krise haben die Herren der Wissenschaft eine Erklärung: Weil die Arbeiter im Herbst 1969 und in den folgenden Jahren durch die selbständigen Streiks einen Lohnraub verhindert haben, sich nicht bis auf das letzte Hemd haben ausziehen lassen, deshalb haben wir jetzt die Krise. Hier müsse eine Korrektur herbeigeführt werden.

Der Kommentator des "Handelsblatt" sagt es so: "Das, was die Arbeitnehmer 1976 'eigentlich' zuviel verdienten, müssen sie 1976 zurückzahlen. Das ist bitter, aber logisch." Logisch für eine Kapitalistenseele; für sie ist logisch, was auf Kosten des Volkes geht und zu Gunsten der Kapitalisten. Die makellose Marktwirtschaft hat zwar einige Störungen gehabt, darf aber nicht der Kritik ausgesetzt werden. Sie sagen es im gleichen Atemzug, wie sie den neuen Aufschwung charakterisieren, bei bleibender Arbeitslosigkeit, Lohnraub und weiteren Preissteigerungen.

Mehr haben die Professoren nicht zu sagen, dafür brauchen sie 300 Seiten.

Und darüber schreibt die bürgerliche Presse seitenlange Artikel und macht ein Geschrei über die Großartigkeit dieser Leistung der Wissenschaft. Jeder, der in der bürgerlichen Öffentlichkeit etwas zu sagen hat, meldet sich aus Anlaß dieses Gutachtens zu Wort, und jeder ist bemüht, in

Forts. S. 2



Demonstration revolutionärer Organisationen in einem Vorort Lissabons

Portugal — Korrespondentenbericht

Revolutionäre Soldaten unterwerfen sich nicht der Regierung

Der Revolutionsrat hat in der Nacht von Montag auf Dienstag trotz massiver Proteste der Soldaten Vasco Lourenco als Kommandant der Militärregion Lissabon bestätigt. Der Revolutionsrat will in seiner Mehrheit die Konfrontation mit den Soldaten. Er will Schluß machen mit der Demokratie in den Kasernen. Die Soldaten, die Soldatenräte und die fortschrittlichen Offiziere, haben am Dienstagmorgen massiv darauf geantwortet. Die Fallschirmjäger von Pacons, die im Zusammenhang mit Radio Renascenca eine Rolle spielten und seither eine demokratische Einheit darstellen, die vom militärischen Gesichtspunkt aus eine der wichtigsten Spezialtruppen des Landes sind und die der Generalstabschef der Luftwaffe schon aufzulösen beschlossen hat, was aber am geschlossenen Widerstand der Truppe scheiterte, die Fallschirmjäger haben am Dienstagmorgen drei Luftstützpunkte besetzt, den zweiten Mann der Luftwaffe, General Spinol Pinaofreire, festgesetzt und unter Zustimmung vieler anderer Einheiten den Luftwaffenchef Morais da Silva für abgesetzt erklärt.

Das Oberkommando der Streitkräfte spricht um 13 Uhr in einem Kommunique in diesem Zusammenhang von den Fallschirmjägern als "Opfern einer kriminellen Manipulation". Die Lage ist unklar. Denn, es ist durchaus möglich, daß die Soldaten reaktionären Manövern zuvorgekommen sind. Seit der Entscheidung des Revolutionsrates in der Nacht lag ein rechter Putsch in der Luft. Das ist nicht nur ein bildlicher Ausdruck, sondern ist ganz praktisch gemeint: Die Luftwaffe hat auch am 11. März 1975 unter ähnlichen Umständen eine Rolle beim damaligen reaktionären Putsch gespielt.

Eine Reihe von FIAT-Jagdflugzeugen ist kürzlich von der Luftwaffe auf einen 300 Kilometer entfernten NATO-Stützpunkt verlegt worden. Von dort können sie innerhalb von zwölf Minuten hier in Lissabon sein. Gegen einen solchen Überraschungsangriff haben sich beispielsweise die RALIS-Kasernen vorbereitet. Außerdem sind in der ganzen Militärregion Lissabon die strategisch wichtigen Posten in Kontrolle der fortschrittlichsten Einheiten genommen und mit Geschützen und Maschinengewehren ausgerüstet worden. Das COPCON hat die höchste Alarmbereitschaft ausgerufen. COPCON-Truppen haben zusätzlich Radioanstalten und Fernsehanstalten als Sicherheitsmaßnahme besetzt. Seit einiger Zeit senden die Radioanstalten und das Fernsehen keine Nachrichten mehr über den militärischen Bereich, das auf Geheiß des Oberkommandos. Vom Oberkommando soll die Absetzung des Luftwaffenchefs, der Mitglied des Revolutionsrates ist, als gegenstandslose Maßnahme bezeichnet worden sein. Den Soldaten wurde vorgeworfen, einen Bürgerkrieg leichtsinnig zu entfesseln. Die Bewegung ist aber ausgelöst worden von dem Beschluß des Revolutionsrates, General Carvalho als Chef der Militärregion Lissabon abzulösen. Die Soldaten werden, so haben es die Soldatenräte heute erklärt, auch in Zukunft lediglich General Carvalho gehorchen.

Zu den heute von den Soldaten unternommenen Sicherheitsmaßnahmen hat beigetragen, daß gestern Nacht – angestiftet von Reaktionären und Priestern, die die Kirchenglocken Alarm läuten ließen – Landwirte, Bauern und Angola-Flüchtlinge einer Region zirka 100 Kilometer nördlich von Lissabon alle Straßen, die nach Lissabon führen, verbarrikadiert haben, um eine Absetzung General Carvalhos durchzusetzen und auf den tagenden Revolutionsrat Druck auszuüben. Weiterhin werden in diesem Zusammenhang Überlegungen bekannt, die darauf zielen, der Hauptstadt Lissabon die Energie und das Wasser abzuschneiden.

Die von Reaktionären angeführten Bewegungen heute Nacht deuteten auf Vorbereitungen hin, wie sie die Soldaten schon von den Vortagen der Putschversuche am 28. September 1974 und am 11. März 1975 her kennen. Noch ist nicht bekannt, ob tatsächliche Putschpläne der konterrevolutionären Militärs vorgelegen haben.

Sicher ist aber, daß der Antritt von Vasco Lourenco im Oberkommando der Militärregion Lissabon sofort einen harten Angriff auf die in der Mehrheit fortschrittlichen Kasernen Lissabons zur Folge gehabt hätte, der unter Umständen von außen, zum Beispiel durch die Luftwaffe, hätte unterstützt werden müssen. Denn anders als mit Gewalt läßt sich das Kommando eines ausgesprochenen Reaktionärs hier in Lissabon nicht verwirklichen. Dem sind die Soldaten in schneller, überlegter und wie man sagen muß, disziplinierter Aktion zuvorgekommen.

Während der von den Soldaten abgesetzte Luftwaffenchef mit Staatspräsident Costa Gomes konferiert, General Carvalho als Ergebnis der Sitzung des Revolutionsrats mitteilte, es sei wohl ein zweiter 25. April notwendig, haben die vereinigten Soldatenräte Lissabons für Donnerstag zu einer Demonstration aufgerufen. Um 19.30 Uhr kam im Fernsehen dann,

Forts. S. 2

Rentenhoffnungen des Finanzkapitals

In ihrem neuesten Bericht dringen die Finanzaristokraten von der Bundesbank neuerlich darauf, daß die gesetzlich fällige Anpassung der Renten an die allgemeine Lohn- und Gehaltsentwicklung um ein halbes Jahr verschoben werden soll. Auf deutsch, die Einkommen der Rentner sollen der Inflation zum Verzehr vorgeworfen werden.

In dem Bundesbank-Bericht wird Mitleid über die Belastung der Einkommen durch die Beiträge für die Rentenversicherung verströmt. Woher diese Besorgnis? Die Banker wittern "allgemein wachsenden Widerstand gegen weitere Beitragserhöhungen".

Damit haben sie recht und davor haben sie Sorge. Die Sozialversicherung bildet ein großes Vermögen. Es wird vom bürgerlichen Staat kontrolliert und den Kapitalisten zur Benutzung zugeschustert. Heute liegt über dieHälfte des Vermögens der Versicherung "fest". Befindet sich also zum gefälligen Gebrauch in Händen der Kapitalisten.

Zweimal innerhalb eines Menschenlebens hat der bürgerliche Staat das Vermögen der Rentenversicherung vollständig verausgabt. Beide Weltkriege hatten die völlige Entleerung der Rentenversicherung zur Folge.

Was im gewöhnlichen Geschäftsleben unter den Stichworten Veruntreuung, Unterschlagung, Diebstahl und Raub gefaßt und von Staats wegen verfolgt wird, ist hier Gesetz.

"Allgemein wachsender Widerstand" gegenüber diesem Verfahren der Bereicherung der Kapitalisten ist nicht weiter erstaunlich, aber leidig für die Finanzaristokraten.

Prompt wird die Pressemeute losgelassen, um den verrückten Gedanken zu verbreiten, schuld an den steigenden Beiträgen für die Rentenversicherung wären die Alten.

Hans Heigert, Chefkommentator der "Süddeutschen Zeitung", befürchtet "brisante Konfrontationen", und fromm, weil er über die Grenzen Bayerns hinaus bekannt Katholik ist, wünscht er sich, diese möchten in die "mögliche Aufkündigung des sogenannten Generationenvertrags zwischen Jung und Alt" münden.

Diesem von ihm persönlich erfundenen Konflikt versucht der fromme Mann zu steuern, indem er ein "System der sozialen Nachbarschaftshilfe" vorschlägt. Das wär billiger.

Genial. Die Arbeiterfamilie, deren Einkommen nicht ausreicht, die Alten zu versorgen, hungert sozial-nachbarschaftlich. Die Rentenversicherung wird wieder "gesund". Die Kapitalisten können wieder davon krediert werden.

Dieser Fiebertraum eines Geldbeutels wird platzen. Denn, ganz richtig, "wachsender Widerstand" gegen weitere Beitragserhöhungen allenthalben.

Bevor indessen die Arbeiter auf den Gedanken kommen werden, der Großmutter, die ihr Leben in der Fabrik verbracht hat, die Schuld an den steigenden Beiträgen zuzumessen, wird sich eher der Gedanke herausschälen, daß es in die pure Verantwortung der Kapitalisten fällt, wenn heute bereits 55 arbeitsunfähig geschundene Arbeiter auf 100 kommen, die noch ihre Arbeitskraft zu Markte tragen können.

Der kapitalistische Raubbau, die Steigerung der Arbeitshetze und die Verlängerung der Arbeitszeit ruiniert die Arbeitskraft vor der Zeit.

Entschieden naheliegender ist es, die Kapitalisten zur vollständigen Bezahlung der Beiträge für die Rentenversicherung zu zwingen. Wenn sie finanziell für den Raubbau an der Arbeitskraft büßen müssen, so werden sie auch "zugänglicher" für Forderungen wie Abschaffung der Akkordarbeit, Verbot der Überstunden, die dem Raubbau an der Arbeitskraft eine gewisse Schranke setzen. Der Heigertsche Gedanke, die Arbeiter müßten ihre Eltern und Großeltern bekämpfen, um die Rentenversicherung zu sanieren, wird nicht Fuß fassen. Schon als im letzten Jahr die Arbeitslosigkeit massenhaft wurde, versuchten die bürgerlichen Presseleute die Schuld daran den Arbeitslosen zuzuschustern.

Schon da stellte sich heraus, daß die Forderung nach Bezahlung der Beiträge durch die Kapitalisten, Erhöhung des Arbeitslosengeldes und Bezahlung für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit sowie Selbstverwaltung der Kasse durch die Versicherten die Antwort ist, die sich immer stärker in der Arbeiterbewegung verbreitet.

Jetzt meint die Bourgeoisie ernstlich, man könne die Arbeiter fürs Ziel des Verhungernlassens der Rentner oder fürs frühe Sterben der Rentner gewinnen.

In den Kreisen der Hochfinanz, wo die Moral des Abendlandes zu Hause ist, mag es so zugehen. Wenn man die Rentenanpassung ein halbes Jahr hinausschiebt, so spart man sich die Erhöhung schon mal für jene, die in diesem halben Jahr sterben. Nicht nur das. Durch die Verschlechterung der Lebenslage mögen einige früher sterben, die sonst noch nicht gestorben wären. Welch eine Ersparnis!

Diese Leute werden in der Presse als "kühle Rechner" bezeichnet. In Wirklichkeit fiebern sie nach dem Vermögen der Sozialversicherung, also dem Vermögen der **Versicherten.** Ihnen ist es unerträglich, daß das schöne Geld dem Zweck zufließt, für den es gezahlt wurde.

Den Herren sei gesagt, die Arbeiterklasse versteht sich **auch** aufs "kühle Rechnen". Die tolle Hetze, die ihr treibt, wird bloß dahin führen, daß ein jeder einsieht, daß man euch schleunigst die Kontrolle über und den Zugang zum Vermögen der Arbeiterversicherung entreißen muß. Für euren Vorschlag vom Kampf gegen die eigene Großmutter und die Hoffnung auf ihr baldiges Sterben werdet ihr vielleicht in euren Kreisen Verständnis finden, wo man auf die Erbschaft wartet; die Arbeiterklasse indessen hat andere Ziele.

Der Streit zwischen Kohl und Strauß
Im bürgerlichen Lager entwickeln sich die Widersprüche

“Die Union bemüht sich um den Eindruck der Geschlossenheit“, “Kohl und Strauß fordern von der Union mehr Gemeinsamkeit und Parteiloyalität“. Das waren einige Schlagzeilen der letzten Woche, nachdem in der vorletzten Woche noch spekuliert worden war über die Pläne, die CSU unter Strauß als bundesweite Partei auftreten zu lassen, die dann auch gegen die CDU konkurrieren würde. Jetzt heißt es in einer zwischen Strauß und Kohl abgesprochenen Erklärung: “Die beiden Parteivorsitzenden (vertreten) nachdrücklich ihre gemeinsame Meinung, daß es für eine weitere politische Partei in der politischen Landschaft der Bun desrepublik keinen sinnvollen Platz gibt, wenn die beiden Unionsparteien in allen entscheidenden politischen Problembereichen die gleiche Auffassung geschlossen vertreten.“ Unmittelbar hat also die CSU ihre “Absicht, sich bundesweit auszudehnen“, aufgegeben. Andererseits heißt es: “Die Prüfung der Chancen einer solchen vierten Partei sei indes noch nicht abgeschlossen“, und die Einheit von CDU und CSU wird an die Bedingung der geschlossenen Vertretung gleicher Auffassungen in allen entscheidenden politischen Problembereichen gebunden.

“Geschlossene Vertretung gleicher Auffassungen . . .“

Das aber ist eine schwer zu erfüllende Bedingung. Ob es sich um die Verträge mit Polen, die Stellungnahme zur Haushaltspolitik der Regierung, die einzuschlagende Wahltaktik handelt, jedesmal gibt es scharfe Differenzen und diese Differenzen nehmen an Schärfe nicht ab, sondern zu. Am gleichen Tag, wo Strauß und Kohl ihre Versöhnung bekanntgaben, forderte der westfälische CDU-Vorsitzende Windelen, gegen solche Fraktionsmitglieder vorzugehen, die bei jeder sich bietenden Gelegenheit “mit etwas schwieriger Entscheidung von der Fraktion abweichende Meinungen verträten und auch anders abstimmten“. Gemeint waren damit wohl u.a. die CDU-Politiker Schröder, Barzel, Weizsäcker und Katzer, die im Bundestag für die Verträge mit Polen gestimmt hatten. Allein zwei von ihnen gehören aber zur zehnköpfigen Führungsmannschaft Kohls, die “gleiche Auffassungen geschlossen vertreten“ soll.

. . . immer schwerer

Die bürgerliche Presse zweifelt angesichts solcher Widersprüche gerne an den “Führungsqualitäten“ des CDU-Kanzlerkandidaten Kohl. Und es ist schwer zu übersehen, daß der Mann tatsächlich ein ausgemachter Flaschenkönig und aufgeplusterter Biedermann ist. Aber an der Aufgabe, die er erfüllen soll, müßten auch weniger beschränkte bürgerliche Politiker scheitern. Je länger die Krise andauert und je tiefer sie wirkt, um so heftiger wütet in den Reihen der Bourgeoisie die Konkurrenz. Der Polen-Vertrag mit seinem Milliardenkredit ist da für einen Teil der Bourgeoisie eine sichere Garantie für neue Aufträge und gute Profite. Für den anderen Teil, der keine Interessen im Osthandel hat, ist er Verschleuderung des nationalen Reichtums und grenzt an Verrat. Wenn die Geschäfte gut laufen, die Staatskassen durch Besteuerung des Volkes gefüllt sind, lassen sich solche Widersprüche leicht ausgleichen und der Krach beruhigen. Wenn immer mehr Bourgeois der Bankrott drohend vor dem Haus steht, werden selbst geringfügige Widersprüche untereinander immer unlösbarer. Das ist dann die Zeit der “schwachen Kanzler“ oder der Parteivorsitzenden mit mangelnder Führungsqualität. Wenn jetzt die bürgerliche Presse spekuliert, ob Kohl oder vielleicht Strauß oder die Temperamentsunterschiede zwischen beiden für die immer wieder aufflackernde Krise in der CDU verantwortlich seien, so sind da die Tatsachen auf den Kopf gestellt. Die beiden können sich nicht einigen, der Kohl kann nicht führen und die CDU keinen geeigneten Führer finden, weil die Kräfte, von denen sie gegeneinander getrieben werden, zu stark werden.

Besorgt hat die große bürgerliche Presse den Krach in der CDU und zwischen CDU und CSU verfolgt. Sie fürchtet einen Zerfall des westdeutschen Parteiensystems und eine “selbstmörderische Zersplitterung“ der bürgerlichen politischen Kräfte. “Das deutsche Parteiensystem gehört heute zu den größten Aktivposten der Bundesrepublik“, mahnt der Kommentator der “Süddeutschen Zeitung“ die streitenden Parteien. Das ist eine vom Standpunkt des bürgerlichen Kommentators gut verständliche Sorge. Für die Arbeiterklasse und für das Volk stellt sich die Sache gerade umgekehrt dar: Je größer Streit und Zersetzung im bürgerlichen Lager, je zersplitterter das bürgerliche Parteiensystem, um so günstiger sind die Bedingungen, um sich selbständig behaupten und die Bourgeoisie schlagen zu können.

Der Preis, den die CDU zahlen mußte, um für den Moment ihre Reihen wieder einigermaßen zu schließen, ist nicht gering. Es ist derselbe, den die SPD zahlen mußte, um ihre inneren Widersprüche zu überdecken: verschärfter Angriff auf den Hauptgegner im bürgerlichen Lager. Brandt hat die CDU ein Sicherheitsrisiko genannt und mit der Mobilisierung der Betriebe gegen die “Reaktion von der CDU“ gedroht. Strauß hat ihm geantwortet: “Brandt, Wehner, Schmidt . . . sind verantwortlich für die frevelhaft leichtsinnige und gefährliche Ostpolitik, die Zermürbung unserer Wirtschaft mit über einer Million Dauerarbeitsloser und die Zerrüttung der Staatsfinanzen mit abenteuerlicher Schuldenaufnahme . . . Die Unionsparteien werden Rechenschaft von der Regierung verlangen und den sozialistischen Verleumdern die Maske vom Gesicht reißen.“ (Bild am Sonntag) Es tritt ein, wovor die bürgerlichen Kommentatoren immer gewarnt haben: eine schärfere Polarisierung zwischen den großen bürgerlichen Parteien. Zwar sind die sachlichen Differenzen zwischen ihnen geringfügig, aber mit immer größerer Heftigkeit appellieren sie gegeneinander an die Volksmassen. Sie entziehen dem von ihnen selbst immer wieder erhobenen Ruf nach Einheit aller “Demokraten“ den Boden und verstärken den Widerspruch. Auch das ist eine begrüßenswerte Entwicklung.

Wenn die SPD heute gegen die politische Reaktion aufruft, dann wird sie morgen erleben, daß die Bereitschaft der Massen zum Kampf gegen die Reaktion keineswegs mit der Bekämpfung der Reaktion im schwarzen Gewande sich zufriedengibt. Sozialdemokratische Kultusminister in den Ländern machen damit gerade ihre Erfahrungen, daß auch Reaktionäre von der SPD bei den Volksmassen verhaßt sind.

Und die SPD macht weiter gerade die Erfahrung, daß sie die Massen nicht mobilisieren und abstellen kann nach Gutdünken wie Wasser in einem Schlauch. Die SPD hat den auf Veränderung bedachten Massen Reformen versprochen. Daraus ist nichts geworden. Und in immer mehr Fragen suchen die Massen sich eigene Wege.

Davon bleibt auch die CDU nicht unberührt. Die Widersprüche in ihren Reihen nehmen mit jedem Aufschwung der Bewegung in den Volksmassen zu, denn zu einem guten Teil beziehen sich ihre Differenzen auf die Frage, wie die bürgerliche Reaktion der Arbeiterbewegung und den Volksmassen entgegentreten soll, auf die Pfaffentour a la Biedenkopf und Kohl oder mehr unter Blut-, Schweiß- und Tränen-Propaganda nach der Machart Strauß. Sicher, treten wollen beide, aber uns kann es nur recht sein, wenn sie sich über die Frage der wirkungsvollen Begleitmusik gegenseitig in die Wolle kriegen. Und wir werden tun, was in unseren Kräften steht, um dabei für Dampf zu sorgen. – **(wm)**

Forts. von S. 1

Die Weisheit des Sachverständigenrats

diesem Gutachten eine Bestätigung seiner Auffassungen zu finden. Die Regierung, die sich in der Finanzpolitik bestätigt sieht, die Opposition, die eine scharfe Kritik an der inflationsfördernden Ausgabenpolitik der Regierung erkennt, die Kapitalistenverbände, die sagen, sie seien auch schon immer der Meinung gewesen, daß ihre Profite zu gering sind, sogar die IG-Metall-Führung, die sagt, das Gutachten bestätige grundsätzlich die gewerkschaftliche Einschätzung.

Die bürgerliche Klasse und ihre Agenten sind stolz auf ihre Wissenschaft, soviel schreiben zu können, um buchstäblich nichts anderes auszusagen, als daß die Arbeiter noch mehr ausgebeutet gehören, das ist eine feine Leistung. Diese Leistung muß breit gewürdigt werden, damit die Arbeiter ja nicht auf den Gedanken kommen könnten, den Inhalt des Gutachtens einmal genauer nachzuprüfen.

In der Konzertierten Aktion, der das Gutachten auch vorgelegt wurde, wurde der Auslegungsstreit weiter fortgesetzt. Bei diesem Auslegungsstreit kann für die Arbeiterklasse und das Volk nichts herauskommen; denn es ist ein Streit, der um nichts anderes geführt wird als um die Frage, wie und mit welchen Mitteln das Volk weitergeschröpft werden soll. **(db)**

Forts. von S. 1

Portugal

kurz von einem Offizier verlesen, eine kurze Bekanntmachung der Metallarbeitergewerkschaft. Diese Gewerkschaft ruft alle Arbeiter auf, sich sofort vor den Kasernen zu versammeln und an die strategisch wichtigsten Punkte zu verteilen. Die Parolen sind Nein zum Bürgerkieg, Nein zum Ausnahmezustand in Lissabon, und das ist gleichzeitig als Warnung an die Reaktionäre im Oberkommando zu verstehen.

Die Revolution, sagt die Gewerkschaft, ist in ein entscheidendes Stadium getreten. Jetzt, nach diesen drei Minuten, schweigt das Fernsehen wieder. – **(kkw**, Lissabon, 21.11., geschrieben 19.35 Uhr)

Verhalten der Menge "durchaus strafwürdig"

Der baden-württembergische Justizminister Bender hat in einem Schreiben an mehrere Bundestagsabgeordnete gefordert, die Strafandrohung wegen Landfriedensbruchs “auf Personen (auszudehnen), die sich einer Menschenmenge anschließen oder sich weiter in ihr aufhalten, obwohl diese Menge bereits friedensstörend Gewalttaten, die aus ihrer Mitte heraus begangen werden, unterstützt“. Unter Berufung auf Protestaktionen gegen die Vernichtung von Wohnraum in Freiburg erklärte Bender, daß die Festnahme der “aktiven Gewalttäter“ durch das “Verhalten der Menge erschwert“ werde: “Die Behauptung, nur mehr oder weniger zufällig in die Menge geraten . . . zu sein, ist in der Regel nicht widerlegbar, zumal die Umstehenden jeweils sofort bereit sind, diese Angaben zu bestätigen.“ Wenn die Untertanen zur Denunziation bei der Obrigkeit nicht bereit sind, erkennt die Obrigkeit ihr Verhalten als “durchaus strafwürdig, das mittelbar zur Begehung von Straftaten beiträgt“. (Traugott Bender nach Frankfurter Rundschau, 20.11.1975)

Island erzwingt Abkommen zur Sicherung seiner nationalen Interessen

Zwischen der Bundesregierung und der isländischen Regierung ist ein Abkommen geschlossen worden, das die jährliche Fangmenge für westdeutsche Trawler in der von Island beanspruchten 200-Meilen-Zone auf 60 Millionen Tonnen begrenzt. Vor drei Jahren hatten die westdeutschen Fischereikonzerne in den isländischen Küstengewässern noch 120 Millionen Tonnen Fisch pro Jahr gefangen. Island hat damit einen wichtigen Erfolg bei der Verteidigung seiner wichtigsten nationalen Ressourcen errungen. (Nach: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24. November)

Teurer König

Juan Carlos wird für seine Dienste als König von Spanien mit einer Jahresapanage von 85 Millionen Peseten (rund 3,7 Millionen DM) bedacht. Bezahlen soll diesen von Franco ihm verpaßten König das spanische Volk. Die Reichen des Landes entziehen sich weitgehend der Steuer. Franco selber hat sich jährlich 60 Millionen Peseten (2,6 Millionen Mark) dafür zahlen lassen, daß er dem Volk im Nacken saß. Seine Familie gehört heute zu den reichsten Familien Spaniens und bekam jetzt vom König den Herzogtitel verliehen. (Nach: Frankfurter Rundschau vom 25. November)

Ein Meisterstück sozialliberaler Strafrechtsreform:
§130a - Strafgesetz gegen den Gedanken an Revolution

Nach mehrjähriger Beratung in den Ausschüssen ist die Regierung offenbar entschlossen, noch in dieser Wahlperiode des Bundestags eine einschneidende Veränderung im Strafgesetzbuch beschließen zu lassen. Es handelt sich um die Paragrafen 126, 130 a und 140, zu denen Entwürfe sowohl von seiten der Bundesregierung als auch von seiten des mehrheitlich von der CDU beherrschten Bundesrates vorliegen. Beide stimmen darin überein, denjenigen mit dreijähriger Gefängnisstrafe zu bedrohen, der Gewalt “befürwortet“.

Natürlich gilt diese Strafandrohung nicht für die Befürwortung staatlicher Gewalt. Wenn ein Polizeipräsident seine Leute auffordert: “Nachsetzen! Draufhauen!“, dann ist das keine “Befürwortung von Gewalt“, sondern Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung. Wenn man aber *“eine Schrift . . . verbreitet, öffentlich ausstellt, anschlägt, vorführt oder sonst zugänglich macht oder herstellt, bezieht (!), liefert, vorrätig hält (!), anbietet, ankündigt, anpreist, in den räumlichen Geltungsbereich dieses Gesetzes einzuführen oder daraus auszuführen unternimmt“*, eine Schrift also, in der es z. B. heißt, es kann notwendig oder unvermeidlich sein, sich gegen solchen Polizeiüberfall zur Wehr zu setzen, dann ist das “Befürwortung von Gewalt“: *“Eine Gewalttätigkeit wird befürwortet, wenn diese als begrüßenswert oder auch nur als notwendig oder unvermeidbar dargelegt wird.“* (So die Begründung der Bundesregierung.)

Aber auch wer mündlich Freunden und Bekannten oder Kollegen gegenüber zum Beispiel die Meinung vertritt: Es könnte eine Lage eintreten, in der wir Arbeiter und Angestellte gezwungen sind, den Betrieb zu bestreiken und keinen Streikbrecher aufs Werksgelände zu lassen, auch unter Polizeischutz nicht, auch wer das äußert, hat sich nach dem neuen Paragrafen strafbar gemacht. Die Bundesregierung findet an den schon geltenden Bestimmungen unzureichend, daß sie nur die “Anstiftung zu bestimmten Gewalttaten“ unter Strafe stellen und nicht schon die allgemeine Erörterung mit Gefängnis bedrohen, daß man unter Umständen zum Widerstand gegen die Staatsgewalt greifen müsse.

Strafbar soll künftig sein, “eine theoretische Abhandlung über den Ablauf von Revolutionen und der dabei anzuwendenden Methode“ (aus der Begründung der Bundesregierung). Das Thema der Revolution selber soll aus der öffentlichen Erörterung verschwinden. Gepriesen werden darf die Konterrevolution. Wenn die vom bürgerlichen Staat getragene Konterrevolution “Mord, Totschlag oder Völkermord begeht“ (§ 126, 2), wenn imperialistische Geheimdienste “Vergiftungen“ (§ 126, 3) organisieren, wenn “gegen die persönliche Freiheit“ (§ 126, 4) von Revolutionären mit Kerkerstrafen vorgegangen wird, dann ist das “Schutz des Gemeinschaftsfriedens“ und der öffentlichen Ordnung. Und wer darüber jubelt, macht sich verdient um die freiheitlich-demokratische Grundordnung.

Ein Staat, der derartige Gesetze erläßt, muß große Furcht vor den Gedanken, Meinungen und Taten der Masse seiner Bürger haben. Man möchte denken, dazu habe der westdeutsche Staat doch gar keinen Anlaß: Offen terroristische Herrschaftsformen übt er nicht aus und die Masse der Bevölkerung wählt bürgerliche Parteien. Dennoch ist die Furcht groß vor der Revolution: Die objektiven Bedingungen dafür sind überreif. Die Masse der Bevölkerung besteht aus Besitzlosen und arbeitet für eine schmale Schicht von Kapitalisten, deren Überflüssigkeit leicht ins Auge sticht. Die Klasse der Kapitalisten mitsamt ihren Politikern hat da nicht viel Vertrauen in die Festigkeit ihrer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Ihr sitzt die Furcht vor der Revolution tief in den Gliedern. Sie erachtet es für notwendig, polizeilich zu verbieten, über Revolution zu sprechen, zu schreiben, zu forschen, zu dichten.

Freiheit der Wissenschaft, Freiheit der Presse, Gewissens- und Gedankenfreiheit, unter solchen Losungen war einstmals die bürgerliche Klasse angetreten. Gegenüber kirchlicher Zensur und absolutistischer Bevormundung bestand sie darauf, keine Einschränkung der Rede, der Schrift, des Gedankens hinnehmen zu wollen. Das tat sie, solange sie sich historisch im Recht wußte. Davon ist heute, in der von ihr so gepriesenen “freiesten Ordnung der deutschen Geschichte“, nichts mehr übriggeblieben als ein sozialdemokratischer Justizminister Vogel, der die Polizei auf Gedanken und Schriften ansetzt, ein Strafrechtssonderausschuß des Deutschen Bundestages, der beflissen darauf bedacht ist, keine Form der Erörterung und Verbreitung revolutionärer Gedanken bei der Strafandrohung zu vergessen, Parlamentsfraktionen, die sich zum willigen Gehilfen bei der Einführung der politischen Zensur machen und eine Presse, die den ganzen Vorgang mit Schweigen bedeckt.

Einiges Unbehagen geäußert haben wohl Feuilletonredakteure und Vertreter des sogenannten geistigen Lebens der Bourgeoisie. Ihnen ist aufgefallen, daß mit dem Wortlaut des Gesetzes der Vertrieb oder Bezug von Schillers “Wilhelm Tell“ ein Straftatbestand ist. Immerhin findet dort eine Gewalttat statt, die Ermordung des Tyrannen Geßler, und die Straftat wird befürwortet.

Natürlich ist nicht daran gedacht, den Wilhelm Tellzu verbieten, gedacht ist an ein gesetzliches Instrument, das bei günstiger Gelegenheit gegen die Werke der marxistischen Theoretiker, gegen die aktuelle revolutionäre Literatur und gegen die mündliche Verbreitung der Wahrheit eingesetzt werden kann.

Aber gefaßt sind diese Gesetzentwürfe weiter. Sie sind so weit gefaßt, daß nicht nur verboten ist, an künftige Revolution zu denken, sondern auch längst vergangene zu befürworten. Nach dem Willen der Bundesregierung soll “mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft“ werden, wer “eine der . . . rechtswidrigen Taten (wie Landfriedensbruch, Mord, Totschlag oder Völkermord, . . . eine Straftat gegen die persönliche Freiheit), *nachdem sie begangen oder in strafbarer Weise versucht worden ist,* . . . billigt.“ Es wird dabei die Bourgeoisie die Erinnerung an ihre eigenen Revolutionen unter Strafe stellen müssen, wobei ja der eine oder andere Landfriedensbruch immerhin vorgekommen ist und auch verschiedene Könige über die Klinge springen mußten. Öffentliche Äußerungen der Zufriedenheit über die Hinrichtung Ludwig XVI. in der französischen Revolution oder auch nur darüber, daß dem preußischen König in der 48-er Revolution die persönliche Freiheit eingeschränkt wurde, sind verboten, denn die sind geeignet “den öffentlichen Frieden zu stören“. Die bürgerliche Klasse hat es weit gebracht in der Verkommenheit.

Nicht nur die direkten Bourgeois-Vertreter betreiben die Reaktion. Auch die Politiker, die über die Arbeiterbewegung zu Einfluß gekommen und dieser verkommenen Bourgeois-Klasse zu Diensten sind, stehen ihnen nicht nach. Der Eifer der SPD-Fraktion bei der Verfolgung des Gedankens an Revolution geht sogar noch weiter als der Eifer der schwarzen Reaktionäre von der CDU/CSU. Der von der SPD-Fraktion gebilligte Regierungsentwurf enthält über den CDU-Entwurf hinaus an Straftaten, deren Befürwortung mit Gefängnis bedroht wird, noch den “Landfriedensbruch“, was jede Demonstration ist, nachdem über den Polizeilautsprecher verkündet wurde, sie sei aufgelöst.

Die SPD-Fraktion ist in dieser Frage so reaktionär, daß nicht mal die FDP dabei ganz mitziehen will. Die FDP-Fraktion will nicht schon die Befürwortung von Gewalt unter Strafe stellen, sondern nur die Anleitung dazu. Als FDP-ler verkehrt man schon mal in den sogenannten gebildeten Kreisen und da macht man sich mit der Möglichkeit, den “Wilhelm Tell“ zu verbieten oder Schillers “Räuber“, leicht lächerlich.

Noch brütet der Strafrechtssonderausschuß über diesem Gesetz und unentschieden ist, wie schnell es zur abschließenden Lesung in den Bundestag kommt, ob schon im Dezember oder erst etwas später. Auf jeden Fall aber ist es höchste Zeit, den Schleier des Schweigens von dieser Krönung sozialliberaler “Strafrechtsreform“ fortzuziehen und die Ausgeburt eines Polizeigehirns ans Licht zu zerren. – **(wm)**

Portugal

Bürgerliche Regierung ohne Soldaten

Am Donnerstag voriger Woche trat die sechste Regierung in “Streik“. Sie stellte die Regierungstätigkeit ein und forderte den Staatspräsidenten und den Revolutionsrat auf, für die Realisierung normaler Regierungsmöglichkeiten zu sorgen. Mario Soares erklärte, “die sechste Regierung braucht einfach militärische Kraft, ohne die sie nicht arbeiten kann.“ Noch am selben Tag riefen am Mittag die Gewerkschaft Intersindical und die Arbeiterkommissionen des Industriegürtels Lissabons zur Demonstration vor dem Sitz des Staatspräsidenten um 15 Uhr sowie zur Arbeitsniederlegung auf. Die Intersindical forderte den sofortigen Rücktritt der Regierung. Die revisionistische PCP schloß sich diesem Aufruf an. Mit dem Unterschied, daß sie nicht den Rücktritt forderte, sondern lediglich die Feststellung traf, die Suspendierung der Regierungstätigkeit käme dem Rücktritt gleich.

Währenddessen sammelten sich in Belem die Arbeiter und Landarbeiter, bis auf den Bankbereich und einige Angestelltensektoren hatten alle Betriebe die Arbeit eingestellt. Radio Club Portugese spricht von 500 000 Versammelten vor dem Sitz des Staatspräsidenten. Diese Zahl ist sicher weit übertrieben, aber mindestens 200 000 waren es, die zu – sammenkamen. Im ganzen Land bis in den Norden veranstalteten die Arbeiter Plenarversammlungen.

In dieser Lage tagte der Revolutionsrat. Da die Regierungskrise eine politische sei, forderte der Revolutionsrat die Generalsekretäre der politischen Parteien auf, sich zu Gesprächen zusammenzufinden. Solche Gespräche halten PPD und PS, wie gestern verlautete, für sinnlos. Hier tut sich also nichts. Da die Regierungskrise von seiten der bürgerlichen Reaktion aber vor allem eine militärische Krise ist – ihr fehlt ein funktionierendes Unterdrückungsinstrument –, wurde im Revolutionsrat beraten, wie die notwendige militärische Beweglichkeit der Regierung hergestellt werden kann.

Es wurde beschlossen, den fortschrittlichen General Otelo de Carvalho im Kommando der Militärregion Lissabon durch den eigens für diesen Zweck zum Brigadegeneral beförderten Vasco Lourenco zu ersetzen. Zweitens wurde die ohnehin nicht mehr funktionsfähige konterrevolutionäre Kampfgruppe AMI aufgelöst.

Forderungen der Soldaten

Anderntags versammelten sich die Kommandanten der Militäreinheiten Lissabons und lehnten die Absetzung General Otelos ab. Daraufhin trat der frischgebackene Brigadegeneral Lourenco von seinem Posten wieder zurück. Die Interkommissionen der Soldatenräte traten ebenfalls zusammen und verfaßten einen Appell, in dem sie erstens die Entfernung von General Otelo durchweg ablehnten, zweitens folgendes feststellten: “Wir verurteilen die Manöver der politischen Parteien der sechsten Regierung, die auf dem Rücken der Arbeiter und Soldaten um Posten in der Regierung und dem Staatsapparat verhandeln. Mit ihrer Politik der Erpressung und der Putschdrohungen bringen sie das Land an den Rand eines reaktionären Bürgerkriegs und treiben tiefe Keile zwischen die Arbeitermassen. Die Handlungen dieser Parteien begünstigen das Vorwärtskommen des Faschismus durch die Spaltung, die sie im Volk provozieren. Die Regierung erregt sich darüber, daß sie nicht regieren kann, daß ihr die Autorität und die Mittel dazu fehlen. Darauf antworten wir, daß eine Regierung, die mit Unterstützung der Arbeiter und Soldaten regieren will, eine Regierung sein muß, die wirklich den Faschismus bekämpft, die eine Politik der nationalen Unabhängigkeit verfolgt, die den Fortschritt der Agrarreform und der Arbeiterkontrolle ermöglicht, so wie es die Bauern und Arbeiter fordern. Eine solche Regierung wird zwar noch nicht alle wichtigen Probleme des Volkes lösen. Das wird erst möglich sein, wenn das Volk im Staat befiehlt, und das heißt, erst wenn es die Macht ergriffen hat. Die Rolle einer Regierung muß aber sein, die Bedingungen dafür zu schaffen. Das Minimalprogramm einer solchen Regierung ist im wesentlichen in dem Dokument einer Gruppe von Offizieren des COPCON vom August vorgelegt, und dieses Dokument gewinnt im jetzigen Augenblick alle Aktualität. Um dieses Minimalprogramm muß das ganze Volk vereinigt werden gegen den Faschismus und die imperialistischen Drohungen.“

Der Appell schließt mit der Aufforderung an alle Kommissionen der Arbeiter, der Landarbeiter usw., sich noch enger zusammenzuschließen und die revolutionäre Demokratie zu entfalten. Vasco Lourenco, der General Otelo ersetzen sollte, hatte genau das Gegenteil verkündet. Er hatte gesagt, daß er als Kommandant der Militärregion keine Plenarversammlungen in den Kasernen mehr dulden würde.

Der Revolutionsrat muß sich heute mit der neuen durch den Widerstand der Soldaten geschaffenen Lage befassen. Wieder haben Intersindical und PCP für heute zu einem zweistündigen Streik aufgerufen, und gestern mobilisierten im ganzen Land PS und PPD ihre Anhänger. So versuchen beide rivalisierenden bürgerlichen Gruppen das höchste Organ des Staates unter Druck zu setzen.

In diesem Streit, der um die Herrschaft in einer bürgerlichen Regierung geht und dem Volk so oder so nur Schlechtes bringen kann, werden die Angriffe immer heftiger. Die PS hat durch Mario Soares gestern verkünden lassen, daß sie “keine Angst vor dem Bürgerkrieg“ habe. Das oben genannte Dokument des COPCON ist in der Tat aktuell.

Erstens fordert es, daß die demokratischen Organe des Volkes vorangebracht werden, und besteht auf dieser Demokratie des Volkes. Deshalb wurde dieses Dokument sowohl von den Revisionisten als auch von anderen bürgerlichen Parteien immer mißachtet. Zweitens aber ist es taktisch wichtig, denn der Revolutionsrat hat den General Otelo, der einer der Unterzeichner des Dokuments ist, mit seiner sofortigen Umsetzung beauftragt. Vom Revolutionsrat war das als “Ausgleich“ für die Entfernung des Generals aus dem Kommando der Lissaboner Militärregion gedacht. Es kommt aber jetzt auf die Arbeiter, Soldaten und Bauern an, ob sie aus diesem “Nebenprodukt“ der Auseinandersetzung zwischen den bürgerlichen Parteien das machen, was die einzige für das Volk vorteilhafte Antwort auf die Regierungskrise und die Streitigkeit um die Regierung ist: die Stärkung der demokratischen Organe des Volkes, ihre Entwicklung zu selbständigen und von allen bürgerlichen Parteien unabhängigen Machtorganen der Ausgebeuteten und Unterdrückten gegen jede Sorte von Ausbeutern und Unterdrückern.

Die Arbeiterklasse kann ohne Partei das Volk nicht führen

Den bürgerlichen Parteien dient das Volk als reines Druckmittel, und wenn es so weitergeht, werden sie es als Kanonenfutter in einem Bürgerkrieg gebrauchen, der mit den Interessen des Volkes absolut nichts zu tun hat. Noch ist die Lage so, wie der kürzlich verstorbene Revolutionär Manuel Quiros schrieb: “Die portugiesische Arbeiterklasse, die 48 Prozent der portugiesischen Bevölkerung ausmacht, ist die mächtigste Klasse vom sozialen Gesichtspunkt her. Sie ist es nicht vom politischen Gesichtspunkt her, weil ihr ihre Avantgardepartei fehlt. Sie befindet sich daher in vielerlei politische Richtungen aufgespalten von der PS bis hin zu der revisionistischen Partei Cunhals, zersplittert in ihrer inneren Einheit, und sie kann sich nicht als tragende demokratische Kraft der demokratischen Volksrevolution erheben . . .“

Dieser Umstand, das Fehlen einer revolutionären politischen Partei der Arbeiterklasse, erklärt, warum es den bürgerlichen Parteien noch immer gelingt, die Arbeiter in einen Kampf zu führen, der nicht der ihre ist. Diese Möglichkeit wird aber geringer, und die Massen werden klug, je mehr der Streit im bürgerlichen Lager nur um eine bürgerliche Regierung geht und die grundlegenden Interessen des Volkes schon überhaupt nicht mehr zur Sprache kommen. Das Volk kann heute schon darauf setzen, daß immer breitere Teile der Soldaten, zusammengefaßt durch demokratische Soldatenräte, sich auf keinerlei bewaffnetes Manöver dieser oder jener bürgerlichen Fraktion einlassen werden. Die neuen Rekruten der RALIS-Kaserne haben am Freitag folgenden Schwur auf die Fahne geleistet: “Wir Soldaten schwören, dem Vaterland treu zu sein und für seine Freiheit und Unabhängigkeit zu kämpfen. Wir schwören, immer an der Seite des Volkes im Dienst der Arbeiterklasse, der Bauern und des ganzen Arbeitervolkes zu stehen, wir schwören, mit allen unseren Kräften in freiwilliger Annahme der revolutionären Disziplin gegen den Faschismus, gegen den Imperialismus, für die Demokratie und die Macht des Volkes, für den Sieg der sozialistischen Revolution zu kämpfen.“ – (**kkw**, Lissabon, 24. November)

Internationaler Währungsfonds:

Waffe der Imperialisten gegen eine neue Weltwirtschaftsordnung

Gegenwärtig finden eine Reihe von internationalen Konferenzen statt, die die “Energie- und Rohstoff-Konferenz“ von 27 Ländern am 16. Dezember in Paris vorbereiten sollen. Es geht dabei um eine neue Weltwirtschaftsordnung, die die Länder der Dritten Welt anstreben.

Die ganze Woche über wurde noch viel Wind gemacht wegen des Treffens der Regierungschefs der sechs größten westlichen imperialistischen Länder in Rambouillet. Dagegen verbannte die bürgerliche Presse die Berichte über verschiedene Treffen, auf denen sich die Länder der Dritten Welt über gemeinsame Schritte gegenüber den Imperialisten beraten haben, in die hintersten Winkel der Wirtschaftsseiten. In Genf und Wien trafen sich die ölexportierenden Länder (OPEC). Sie beschlossen, aus ihren Öleinnahmen für 2,5 Milliarden DM zinsfrei langfristige Kredite für die wirtschaftlich ärmsten Länder bereitzustellen. Außerdem einigten sie sich darauf, daß die gesamte Delegation der Dritten Welt für die Pariser Konferenz von der “Gruppe der 77“, in der die Entwicklungsländer zusammengeschlossen sind und die gleichzeitig in New York tagte, festgelegt werden soll. Beide Beschlüsse gehen von der Einheit der Interessen der Länder der Dritten Welt aus. Im Fernsehen erklärte einer der Minister, am Wochenende zuvor hätten sich die imperialistischen Länder abgesprochen, und sie hätten sich nun auch abgesprochen.

Die Imperialisten wollen die Ausbeutung der Dritten Welt fortsetzen und steigern

Die Kernmannschaft der westlichen Imperialisten hat sich auf Schloß Rambouillet geeinigt auf eine scharfe Kampfansage an die Länder der Dritten Welt. Sie brauchen die Rohstoffe, die sie selbst nicht haben; es geht um “steigende Verfügbarkeit von Energiequellen“. Und in der Erklärung von Rambouillet heißt es: “Wir sind entschlossen, unseren Volkswirtschaften die für ihr Wachstum benötigten Energiequellen zu sichern.“ Das ist der derbe Ton von Leuten, die sich überall einmischen und die ganze Welt und die Menschheit als ihr Eigentum und sich als die Herren betrachten.

Gegen wen schon sollten die Energiequellen “gesichert“ werden. Der Oberhäuptling der sechs, die USA, war einst der größte Erdölproduzent der Welt. In den letzten Jahren aber haben sie trotz steigendem Verbrauch ihre eigene Produktion gedrosselt, um stattdessen zum Spottpreis die Lagerstätten der unterdrückten Länder auszuplündern. Gesichert haben wollen also die Räuber ihre Raubzüge “. . . durch internationale Zusammenarbeit zwischen Erzeuger- und Verbraucherländern. Im langfristigen Interesse beider werden wir keine Mühe scheuen, um ausgeglichene Bedingungen und eine harmonische und stetige Entwicklung des Weltenergiemarktes zu sichern.“

Seit Jahren steigen die Preise für die Industriewaren der Imperialisten rascher als für die Rohstoffe und Naturprodukte der Entwicklungsländern. Für die gleiche Menge Erdöl oder Kakao erhalten die unterdrückten Länder nach kurzer Zeit eine viel geringere Anzahl an z.B. Traktoren. Das heißt, es verschlechtern sich die Austauschrelationen, die “terms of trade“. Ein Land wie Kenia z.B. bekam 1974 gegen die gleiche Menge eigener Waren ein Viertel weniger an Waren aus den imperialistischen Ländern wie zuvor.

Kaum haben nun die Ölländer nach Jahrzehnten Ausbeutung ihre Preise an diese Entwicklung angeglichen, schon heulen die Wölfe, das müsse wieder “ausgeglichen“ werden. Sie wollen ihre ungehemmte Ausbeutung dieser Länder weiter verschärfen, und da ist ihnen die “Harmonie“ durcheinander gekommen. “Keine Mühe“ wollen sie scheuen, was heißt, sie wissen, daß sie große Mühe haben werden. So “stetig“ wie früher geht ihnen das nicht mehr von der Hand. Weshalb sie bekanntermaßen außer “keiner Mühe“ auch keine Mittel scheuen.

Vorerst wollen sich die Imperialisten bei ihren nächsten Aktionen des Internationalen Weltwährungs-Fonds (IWF) und anderer “geeigneter internationaler Gremien“ bedienen. Das klingt harmlos, ist es aber nicht.

Im “Internationalen Weltwährungs-Fonds“ haben sich die Imperialisten die Mehrheit gesichert

Der IWF ist eine Art Ausgleichsstelle für die gegenseitigen Währungsschulden der zur Zeit 126 angeschlossenen Länder. Jedes Land muß eine bestimmte Quote einbezahlen, 25 Prozent davon in Gold, den Rest in eigener Währung. Diese Quote bildet die Grundlage für die Stellung der Mitglieder. Braucht ein Mitgliedsland Währung eines anderen Landes, so kann es sich einen Kredit in dieser Währung geben lassen.

Für ihre Produkte erhalten die unterdrückten Länder Währungen der imperialistischen Länder. Mit diesem Geld können sie Maschinen usw. in jenen Ländern kaufen. Aber die fremde Währung reicht nicht aus, weil sich die Austauschverhältnisse beständig verschlechtern. So müssen die Länder der Dritten Welt beim IWF die Währungen der Imperialisten gegen Gebühren borgen.

Bis zu 25 Prozent seiner Quote kann jedes Land einen Kredit ohne Bedingungen erhalten. Dann aber werden Bedingungen gestellt und Auflagen erteilt.

Über die ganze Welt wird beim IWF Buch geführt, und es ist ein wunderbares Instrument, was die Imperialisten da haben. Das Stimmrecht richtet sich nach den Quoten. Über deren Festlegung heißt es in der Satzung: “Jedem Mitglied wird eine Quote zugeteilt.“ So haben also die sechs von Rambouillet fast die Hälfte aller Stimmen, mit den Niederlanden, Belgien, Schweden und Kanada – der “Zehner-Club“ – haben sie 55 Prozent der Stimmen. Obwohl neue Länder hinzugekommen sind, hat sich daran nichts geändert. Satzungsmäßig haben sich die größten imperialistischen Länder die Hälfte der Direktorenposten sichern lassen, und der Sitz des Fonds ist im Land mit der höchsten Quote, den USA.

Hier geht es nicht zu wie in der UNO, wo jedes Land gleiche Rechte und gleiche Stimmen hat. Hier zählt noch, was Geld hat und Imperialist ist. Und das macht den IWF so beliebt bei den Imperialisten, wo sie sonst überall auf der Welt Niederlagen erleiden.

Zur Ausbeutung kommt der Betrug

Das Währungssystem des IWF sichert den imperialistischen Ländern, daß ihre Währung auf der ganzen Welt als Geld zählt. Ihre Währungen sind sogenannte Leitwährungen. Das ist vor allem der US-Dollar, daneben teilweise die DM, der französische Franc und das englische Pfund. Bekanntlich kann man auf fast der ganzen Welt mit US-Dollars bezahlen, und etwa Kamerun und Togo bezahlen ihren gegenseitigen Handel nicht in ihren eigenen Währungen, sondern in US-Dollar. Der Dollar befindet sich also weit außerhalb seines Heimatlandes im Umlauf und ist die sichtbare Anwesenheit des Imperialismus. Den Staatsbanken dient er als Währungsreserve.

Den Imperialisten eröffnet sich damit der Weg in die Geschäfte des simplen Betrugs. Die USA drucken Dollars und bezahlen damit eine Fabrik auf den Philippinen oder das Öl aus Kuweit. Kommen diese Dollars nicht wieder in die USA zurück, sondern lagern als Reserve in den ausländischen Staatsbanken oder werden damit die Handelsgeschäfte zwischen anderen Ländern bezahlt, so kostet die USA das Öl und die Fabriken außer den Druckkosten für die Dollar-Noten nichts. Diesen Mechanismus erzwingen sich die Imperialisten durch den IWF.

Ein bürgerlicher Wissenschaftler faßt seine Untersuchungen dazu so zusammen: “Die Währungspolitik des Leitwährungslandes bestimmt letztlich die Einkommens- und Preisentwicklung aller Länder, die diesem Leitwährungssystem angehören; auf die Dauer kann kein Land eine Währungspolitik betreiben, die von der Politik des Leitwährungslandes wesentlich abweicht. Diese Feststellung besagt also, daß es auf den währungspolitischen Gleichschritt aller beteiligten Länder ankommt, genauer, daß die Länder mit abhängigen Währungen im währungspolitischen Gleichschritt mit dem Leitwährungsland bleiben müssen.“ (O. Issing, Leitwährung und internationale Währungsordnung, Berlin 1965, Seite 136)

Die Rohstoffe werden über die weltweite Inflation finanziert

In Rambouillet haben die sechs Staats- und Regierungschefs erklärt, “wir werden es nicht zulassen, daß der (wirtschaftliche) Erholungsprozeß ins Stocken gerät. Wir werden keinen neuen Inflationsschub hinnehmen.“ Woher kommt dieser Inflationsschub“? Das erklärt sich jetzt leicht. Sämtliche Öllieferungen werden bezahlt in US-Dollar. Diese Dollars haben die USA einfach gedruckt, um billig an das Öl zu kommen. Am billigsten ist es für die USA, wenn diese Dollars in den Notenbanken als Währungsreserve verbleiben. Da liegen sie wohl und die USA haben das Öl.

Wenn die Ölländer die Dollars aber als das behandeln, als das sie ihnen gegeben wurden, als Geld, womit man kaufen kann, da heizt das natürlich die weltweite Inflation an.

Die Dritte Welt hat die Inflation, und die imperialistischen Gauner haben das Öl, das ihnen die Inflation finanziert. In den OECD-Ländern (v.a. die großen imperialistischen Länder) betrugen die Preissteigerungen bis Juni gegenüber dem Vorjahr 11,7 Prozent. Dadurch ist den Entwicklungsländern allein bei den Lieferungen in die BRD von Januar bis August ein Verlust von etwa 2,7 Milliarden entstanden.

Die Imperialisten werden in Zukunft noch mehr Mühe haben

Das einzige wirtschaftliche Mittel, was die Dritte Welt einsetzen kann, um sich aus dieser Abhängigkeit zu befreien, sind ihre Rohstoffe. Das Öl z.B. müssen die Imperialisten solange kaufen, wie sie keinen billigeren Energieträger haben. Keine Mühe und keine Mittel haben sie daher je gescheut, um zu verhindern, daß die Völker der Welt die Verfügung über ihre Rohstoffe erzwingen. Im bewaffneten Kampf haben sich die Völker ihre Freiheit und staatliche Souveränität erkämpft. Sie versuchen nun, diese Machtmittel zu nutzen, um eine auf eigenen Beinen stehende nationale Wirtschaft aufzubauen.

Dazu unternehmen sie gegenwärtig Schritte, um sich aus dem wirtschaftlichen Diktat der Imperialisten zu lösen. Im Dezember im Paris werden sie das auf den Tisch legen.

Nicht vertreten sein wird in Paris die Sowjetunion. Sie ist bei diesen Manövern der Imperialisten unter Führung der USA gegenwärtig ausgeschlossen. In der “Prawda“ vom 20. November beklagt sie sich in einem Kommentar, daß das Treffen von Rambouillet in so kleinem Kreis stattgefunden hat. Wenn der “Prozeß der Entspannung“ fortschreite, werde es das nicht mehr geben, daß sich so wenige Länder über die “Probleme der Weltwirtschaft“ einigen. Das müsse dann in “breiter internationaler Zusammenarbeit“ geschehen. Gegen die Absichten der Imperialisten hat die Sowjetunion nichts einzuwenden, nur dagegen, daß sie nicht dabei sein kann.

Die gegenwärtig stattfindenden Konferenzen sind keineswegs so friedlich, wie es etwa die Umgebung des Jagdschlosses Rambouillet vermuten ließe. Der Sprecher der Bundesregierung meinte zu den Beschlüssen dort, daß sie “kurzfristig als mittelfristiges Ziel angepeilt [illegible], ohne daß damit gesagt [illegible] auch langfristig so bleibt [illegible] er unfreiwillig die Au[illegible] der Imperialisten ganz gut [illegible] – (fb)

Die Mitgliedschaft nicht im Kreuz, sondern im Nacken

Bericht über eine ÖTV-Veranstaltung mit dem ÖTV-Vorsitzenden Kluncker in Weingarten

Weingarten. Am 22. November fand eine dreieinhalbstündige Veranstaltung der ÖTV mit dem ÖTV-Vorsitzenden Kluncker statt. Es waren fast 200 Mitglieder aus den Kreisen Oberschwaben, Konstanz und Ostwürttemberg/Ulm anwesend. Klunckers angekündigtes Thema lautete: "Gegenwartsaufgaben der ÖTV". Unter diesem Titel sprach Kluncker fast eine Stunde lang über das staatliche Sparprogramm und die kommende Tarifrunde im öffentlichen Dienst.

Sozialchauvinistische Propaganda

Kluncker begann mit der Frage: "Ist die Finanzmisere Folge des Tarifabschlusses 74?" Diese Frage verneinte er unter Hinweis auf drei Erscheinungen der gegenwärtigen kapitalistischen Krise: "Ölkrise", "Rezession" und "Währungskrise". Eine Analyse dieser Erscheinungen gab er nicht. Zur Währungskrise sagte er lediglich: Das bisher "gut funktionierende System von Bretton Woods" sei nunmehr plötzlich zusammengebrochen. Über die Ursachen der "Rezession" schwieg er sich völlig aus. Die meisten und zornigsten Worte verlor er zur "Ölkrise": "Die Ölscheichs haben uns das Fell über die Ohren gezogen." Die weiteren Chancen "unserer Wirtschaft" bezeichnete er als ungewiß. Er deutete an, daß "außenpolitische Spannungsprozesse", z.B. im Nahen Osten durch die "Ereignisse im Libanon", die Lage "unserer Wirtschaft" unvorhersehbar beeinflussen könnten. Damit versuchte er den Versammelten einzureden, daß die gegenwärtige Krise nicht eine Krise des kapitalistischen Systems sei, sondern eine durch äußerliche Kräfte verursachte Störung.

Wie Meldungen von Naturkatastrophen klangen denn auch seine Zahlen zur Wirtschafts- und Finanzkrise: "60 Milliarden DM Defizit im Staatshaushalt und eine Million Arbeitslose – daran können wir nicht vorbei." Und wie es bei Sturmflutwarnungen heißen mag: "Alle Mann an die Sandsäcke", so forderte Kluncker eine "gemeinsame Anstrengung aller", um das Staatsdefizit zu begleichen.

Eine derartige Rettung des kapitalistischen "Gemeinwohls" fordern die Kapitalisten und ihre politischen Ver-
Kapitalisten und ihre politischen Ver-
treter schon seit längerem. Und gerade mit dieser Begründung fordern sie offen, wie unlängst Bundeswirtschaftsminister Friderichs, die Senkung der Lohnquote, d.h. des Anteils der Arbeiter an den jährlich von ihnen geschaffenen Werten. Nichts anderes meinte im Grunde Kluncker, wenn er davon sprach, daß "im nächsten Jahr aufgrund der Haushaltslage nicht viel zur Verteilung übrigbleibe".

Entsprechend hohl klangen seine Versprechungen wie "es wird 1976 keine Lohnpause geben", und die kommenden Tariferhöhungen müßten "einen Ausgleich für die Teuerungsrate in 1976 gewähren". Der Beifall auf diese Versprechungen war sehr verhalten.

Was die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer unter "Ausgleich der Teuerungsrate" verstehen, haben sie bereits in ihrem Abschluß in der Stahlindustrie deutlich gemacht. Kluncker nannte diesen Lohnraubabschluß vornehm eine "Bezugsgröße". Ohne näher auf ihn einzugehen, sagte er nur, der Tarifabschluß im öffentlichen Dienst dürfe sich nicht zu sehr von den Abschlüssen in der Industrie entfernen.

Es dürfe "keine Sonderopfer im öffentlichen Dienst" geben, es gebe aber auch "keinen generellen Nachholbedarf".

Mit diesen Phrasen hat Kluncker seine Tarifstrategie abgesteckt: Opfer bringen sollen die Lohnabhängigen für die Sanierung des kapitalistischen Systems, nur sollen die Opfer "gleich" sein, und fordern sollen die Lohnabhängigen nicht mehr, als ihnen von Kapitalisten und Dienstherren zugestanden wird – sie sollen sich zufriedengeben.

Wenn schon nicht länger, dann schneller arbeiten

Eine weitere "Bezugsgröße" war für Kluncker die "soziale Lage" der Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Wie er diese "Bezugsgröße" in der Tarifrunde zu behandeln gedenkt, brachte er mit folgenden Worten zum Ausdruck: "In Zeiten geringer Zuwachsraten muß besonders an die einfachen und mittleren Einkommensbezieher gedacht werden." Die Masse der Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst und die Masse der Mitglieder der ÖTV sind für Kluncker also arme Schlucker, an die man mal denkt, wenn die Zeiten schlecht sind. Die Ergebnisse dieses "Denkens" oder besser vielleicht dieses Gedenkens haben die meisten Kollegen noch von der letzten Tarifrunde in schlechter Erinnerung: 6 Prozent plus einer "sozialen Komponente" von 100 DM für sage und schreibe dreizehn Monate! Alle anschließenden Redebeiträge der Kollegen brachten zum Ausdruck, daß sie diese Art, an ihre Probleme zu "denken", nicht vergessen haben.

Zu anderen Punkten des staatlichen Sparprogramms nahm Kluncker praktisch nur in der Form von Versprechungen Stellung.

Zu den Versuchen, die 42-Stunden-Woche im öffentlichen Dienst wieder einzuführen, sagte er: "Es wird von der Gewerkschaft ÖTV keine Unterschrift unter die Wiedereinführung der 42-Stunden-Woche geben." Das begründete er so: Die 40-Stunden-Woche sei "verkraftet" worden ohne Einstellung zusätzlicher Beschäftigter. Diese Begründung ist ein Fußtritt für alle Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst, denn sie bedeutet, daß die ÖTV billigt, daß der Dienstherr die Verkürzung der Arbeitszeit durch Verschärfung der Arbeitshetze kompensiert. Sie bedeutet, daß die ÖTV hinnimmt, daß die Vermehrung des täglichen Arbeitsanfalls nicht durch entsprechenden Personalzuwachs ausgeglichen wird. Geradezu wie ein Hohn lautete in diesem Zusammenhang sein Argument, "das Gesundheitswesen wäre zusammengebrochen bei früherer Einführung der 40-Stunden-Woche", womit er die Verspätung der Einführung der 40-Stunden-Woche im öffentlichen Dienst zu rechtfertigen versuchte.

Beifall zu diesen Äußerungen erhielt er nur, als er sagte, die Verlängerung der Arbeitszeit sei "Sünde" an der Arbeitskraft.

Phrasen statt Forderungen

Zu den ständigen Versuchen des Dienstherrn, die Beschäftigten durch unterschiedliche Eingruppierungen zu spalten und an ganzen Gruppen Lohnraub zu begehen, hatte Kluncker nur zu sagen: Es werde "keine Unterschrift der ÖTV für die ersatzlose Streichung des Bewährungsaufstiegs" geben. Über eine Beseitigung der unteren Lohngruppen verlor er kein Wort.

Eine bloße Phrase hatte er als Antwort bereit auf die berechtigten Forderungen nach Beseitigung der Unterschiede der Urlaubsdauer zwischen den höheren und den unteren Lohn- und Gehaltsgruppen und allgemeiner Verlängerung der Urlaubsdauer: "Beim Urlaub ist es mir völlig verständlich, daß die Großkopfeten mehr Urlaub kriegen als die Kleinen, denn auf die Großkopfeten kann man leichter verzichten." Für diese Büttenrede erntete er einigen Beifall. Sicher ist, daß die Werktätigen auf die Bourgeoisie und ihren ganzen schmarotzerischen Klüngel verzichten können. Sicher ist auch, daß wir diese Schmarotzer nicht loswerden, indem wir wie Kluncker übersehen, was deren Existenz für uns bedeutet.

Eine Phrase hatte er auch nur übrig zur Lage der Arbeitslosen. "Größtes Problem" für die Arbeitslosen sei "die Überwechslung vom Arbeitslosengeld zur Arbeitslosenhilfe". Hier müsse sich die Gewerkschaft um "Nachhilfe" kümmern. Gleichzeitig verteidigte er den Raub, den die Bundesregierung durch Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung bei den Lohnabhängigen vornehmen will, indem er forderte, auch den Beamten solle "als Beitrag zur Solidarität" ein halbes Prozent abgenommen werden. Für diese "Solidaritätsabgabe" werden sich die Arbeitslosen nichts kaufen können, und für die Arbeitenden bedeutet sie ein Schlag ins Gesicht. Denn sie bedeutet, daß Solidarität nicht im gemeinsamen Kampf von Arbeitenden und Arbeitslosen gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit besteht, sondern darin, daß die Arbeitenden ebenfalls "Verzicht üben" sollen.



Kluncker, Loderer, Maria Weber, Vetter am 8. November in Dortmund

Für diese Art von "Solidarität" zeigten die versammelten Kollegen trotz Klunckers eindringlicher Beschwörungen keinerlei Interesse.

Wie eine Grabrede klang schließlich sein Satz: "Jugendarbeitslosigkeit ist das härteste Schicksal, das einen Menschen am Beginn seiner Laufbahn treffen kann." Mehr hatte er zu diesem Thema nicht zu sagen!

Seine ganze Kritik am Sparprogramm faßte Kluncker schließlich so zusammen: "Das Sparpaket ist wenig durchdacht. Von Reformansätzen kann überhaupt keine Rede sein."

Dieses ganze Gemisch von Phrasen und leeren Versprechungen hätte Kluncker auch so zusammenfassen können: Der ÖTV-Hauptvorstand will die Situation und die schlimmen Zeitläufte beklagen, aber kämpfen will er nicht.

Die Antwort an Kluncker: "Wir müssen wieder von Kampf reden"

Was Wunder, daß die zahlreichen nachfolgenden Redner aus der Versammlung sich auf diesen Schmus nicht einließen und dem Vorsitzenden harte Kritik und eine Menge dringlicher Forderungen entgegenhielten.

Der Vorsitzende des Kreisarbeiterausschusses Ravensburg führte aus: Der Streik im öffentlichen Dienst 1974 war "ein Meilenstein für eine streikungewohnte Gewerkschaft". Er wurde getragen und zum Erfolg geführt von "einfachen, ungeschulten Mitgliedern". Die ehrenamtlichen Funktionäre haben dabei im Ganzen versagt. Es ist möglich, daß wir in nächster Zeit wieder streiken müssen. Dazu brauchen wir eine "andere Gesamtstrategie". Der Schwerpunktstreik hatte große Mängel. Schlecht ist, daß bisher keinerlei Erfahrungen aus dem Streik gezogen wurden. Die Gewerkschaftsorgane haben keine Streikberichte gebracht. Erfahrungen sind aber unbedingt notwendig, wenn wir mit Aussicht auf Erfolg streiken wollen. Zu Beginn des Streiks 1974 herrschte in vielen Bereichen Chaos, weil die Kollegen bis zur letzten Minute nicht wußten, ob sie von der zentralen Streikleitung in den Streik einbezogen würden, und weil sie nicht wußten, welche Maßnahmen sie zu treffen hatten. Die Hauptverwaltung muß die Streikerfahrungen sammeln und die Mitglieder und Vertrauensleute entsprechend schulen.

Der nachfolgende Redner, ein Kollege aus Ulm, hielt Kluncker direkt entgegen: "Wir müssen wieder von Kampf sprechen." "In der Presse erscheinen täglich Angriffe gegen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Die Gegenargumente der Gewerkschaftsführung bleiben aus." Weiterhin kritisierte er, daß der Hauptvorstand im letzten Jahr eine "Empfehlung" zur Tarifforderung herausgab und die Große Tarifkommission darüber beriet, noch ehe die Diskussion im Kreis abgeschlossen war.

Großen Beifall erhielt der Kollege, als er ausführte: "Das Sparen des Arbeitgebers heißt doch nur: einem anderen aufbürden. Die Arbeitgeber sollen bei sich selbst erst mal eine Abmagerungskur machen, ehe sie bei den Kleinen sparen. Einsacken tun im öffentlichen Dienst nur die Leute in gehobenen Positionen mit ihren hohen Gehältern. Deshalb muß ein Sockelbetrag her – keine prozentuale Erhöhung."

Andere Kollegen pflichteten ihm bei, indem sie darauf hinwiesen, daß das Brot für alle um den gleichen Betrag teurer geworden ist. Die Auffassung, daß Prozente nur zur Bereicherung derjenigen beitragen, die sowieso schon Geld haben, fand breite Zustimmung. Einige Kollegen forderten direkt, nur die Löhne und Gehälter der unteren Gruppen anzuheben und die höheren zu belassen.

Arbeit für die Karrieren der Oberen

Eine Sekretärin aus der Universität Ulm legte dar, daß die Sachbearbeiter und Sekretärinnen im wissenschaftlichen Bereich oft Mehrarbeit leisten müssen, "um die Karrieren der Assistenten und Professoren aufzubauen". Diese Herren erwarten, daß man komplizierte fremdsprachige Texte und mathematische Abhandlungen ohne Vorkenntnisse oft in siebenstündig ununterbrochener Arbeit im Eiltempo fehlerfrei tippt. Die überwiegende Zahl der Kolleginnen, die eine Tätigkeit als Sekretärin ausüben, sind nur als Schreibkräfte eingestuft und dementsprechend schlecht bezahlt. Vor den "Aufstieg" etwa von Gruppe VIII nach Gruppe VII BAT (rund 80 DM brutto mehr) sind große Hürden gesetzt. Dagegen arbeiten diese Herren nur an ihrem Aufstieg, und daran müssen auch noch andere für sie arbeiten. Für einen solchen Aufstieg kassieren sie etliche hundert DM mehr.

Zahlreiche weitere Beiträge machten klar, wie vielfältig die Versuche des öffentlichen Dienstherrn sind, auf Kosten der Beschäftigten zu sparen. So wies der Kollege Steffen vom Kreisvorstand Oberschwaben auf die Einsparungen bei den sogenannten freiwilligen sozialen Leistungen hin wie etwa Essenskostenzuschuß und Fahrtkostenzuschuß und erhob die Forderung nach tariflicher Absicherung dieser Lohnbestandteile.

Andere Kollegen forderten die feste Einbeziehung der Ortszuschläge einschließlich der familienbezogenen Bestandteile in den Tarifvertrag. Der Vorsitzende des Kreisarbeiterausschusses wies darauf hin, daß die tariflich nicht fest gesicherten Zulagen wie z.B. die Leistungszulage ein "Disziplinierungsinstrument des Arbeitsgebers" sind. Diese Zulagen, die der Arbeitgeber verweigern kann, sollen Spaltung unter den Kollegen bewirken und sie zu vermehrter Arbeitsleistung und Wohlverhalten zwingen.

Er zeigte auf, daß aufgrund schlechter Arbeitsbedingungen und großer Arbeitshetze Arbeiter aus gesundheitlichen Gründen "früher aus dem Arbeitsleben ausscheiden". Vorher aber müssen sie bereits Rückstufungen, verbunden mit Lohnminderungen und Minderungen ihrer Rentenansprüche, in Kauf nehmen.

Die Welt will Kluncker nicht verändern

Gegenüber diesen zahlreichen Kritiken und Forderungen geriet Kluncker völlig in die Defensive, was sich sehr deutlich in seinem Schlußbeitrag ausdrückte. Klar wurde, daß ihm die Kampfbereitschaft, die sich in zahlreichen Beiträgen ausdrückte, höchst unangenehm ist. Deshalb versuchte er nunmehr offen abzuwiegeln.

Hatte er vorher groß getönt, eine Lohnpause werde es nicht geben, so sagte er nun kleinmütig: Ob wir eine Kampfbereitschaft wie 1974 vorfinden werden, ist ungewiß. Hatte er vorher verkündet, an die einfachen und mittleren Einkommensbezieher müsse besonders gedacht werden, so behauptete er nunmehr: Die "Durchsetzbarkeit" der Festbeträge ist "problematisch". Dazu führte er an, anders als hier "in der Provinz" (!) hätten Arbeiter in Frankfurter Betrieben kritisiert, daß durch die Sockelbeträge die Unterschiede zwischen den Lohngruppen und damit zwischen Gelernten und Ungelernten aufgehoben würden. Deutlich wird daran, daß Kluncker die Gewerkschaft notfalls spalten will, wenn darin Forderungen von Mitgliedern erhoben werden, die nicht in die Politik der Sozialdemokraten passen.

Die Forderung nach Auswertung der Erfahrungen des Streiks 1974 und nach Schulung der Mitglieder anhand dieses Materials lehnte er ab mit dem fadenscheinigen Vorwand, die "Veröffentlichung der Erfahrungen" liefere nur "Munition für die Arbeitgeber".

Hinsichtlich der Forderung nach tarifvertraglicher Sicherung der Ortszuschläge bezweifelte er wieder die Kraft zur Durchsetzung.

Derselbe Kluncker, der die Kraft der Mitgliedermassen zur Durchsetzung ihrer Forderungen fortwährend bezweifelte, fuhr der Sekretärin aus Ulm, die die Zustände in ihrem Bereich angeprangert hatte, folgendermaßen übers Maul: "Welten verändern können wir nur mit großen Organisationszahlen." Damit wollte er sie und ihre Kollegen für diese Zustände verantwortlich machen.

Daß hinter diesen Zweifeln an der Kraft der Mitgliedermassen nichts weiter als der Wunsch steckt, daß ihnen die Kraft fehlen möge, diese Welt tatsächlich zu verändern, in der ein Kluncker über ihre Köpfe hinweg und gegen ihre Interessen mit den Vertretern der Bourgeoisie schachert, kam in seiner Stellungnahme zu den Kritiken am neuen Personalvertretungsgesetz in Baden-Württemberg zum Ausdruck. Dieses Personalvertretungsgesetz sei "reaktionär", Aber "ich kann am Personalvertretungsgesetz nichts ändern", "ich habe auch nur eine Stimme, das wird im Parlament entschieden", und "man muß sich an die wenden, die dieses Parlament gewählt haben", "die Mehrheit in diesem Lande hat sich nun einmal für dieses Parlament entschieden." Also: An der Tatsache, daß in dieser kapitalistischen Welt das Volk alle paar Jahre einige Vertreter der Bourgeoisie wählen kann, die sich dann im Parlament in Ruhe überlegen können, wie sie die Interessen des Volkes am besten ver- und zertreten können, an der kann und will Kluncker nichts ändern. Deshalb, weil er an der kapitalistischen Welt selbst nichts ändern will. Mit seinen eigenen Worten: "Wir sind nicht für eine Zentralverwaltungswirtschaft, in der ein Parteibüro die Investitionen lenkt", "Investitionen haben nur Wert, wenn sie sich nicht nur am Profit (!), sondern am Interesse der Wirtschaft und der Bürger (!) von morgen orientieren." Demgegenüber müssen Arbeiterklasse und Volk feststellen, daß für sie nur "Investitionen" "Wert haben", die sie im eigenen Interesse und unter eigener Regie durchführen. – (d., Sympathisantengruppe Konstanz)

IGM-Gewerkschaftsführung bereitet Tarifrunde vor:

Mehr Sorge um die Lage der Wirtschaft als um die Lage der Arbeiter

Am letzten Montag hat der Bezirksleiter des IG Metall-Bezirks Stuttgart (Baden-Württemberg) die drei großen Tarifkommissionen Nordwürttemberg-Nordbaden, Südwürttemberg-Hohenzollern und Südbaden in Wendlingen zusammengerufen.

Er beantragte dort, die Lohn- und Gehaltstarife und die Ausbildungsvergütung für alle drei Tarifbezirke zum 31.12. zu kündigen. Dies wurde einstimmig beschlossen. Zu einem Beschluß über die Forderungen kam es nicht. Dies begründete Steinkühler gegenüber der "Abendschau" damit, daß die Forderungen noch beraten werden müßten. Die Tarifkommission werde in dieser Frage erst eine Entscheidung bis Ende des ersten Drittels des Dezembers fällen. Bis dahin solle der Mitgliedschaft und den Funktionären Zeit gelassen werden zur Diskussion.

Hinter diesem demokratisch klingenden Vorschlag steht die klare Frage: "Wer–wen?" noch offen. Also die Entscheidung darüber, ob der Sozialdemokrat Steinkühler die Metaller in Baden-Württemberg einer auf Versöhnung mit den Kapitalisten zielenden Forderung unterwerfen kann oder ob die große Tarifkommission eine Lohnforderung aufstellt, die allein vom Interesse der Metaller ausgeht.

Dazu zwei Gesichtspunkte zur Klärung der Absichten Steinkühlers:
– Gegenüber der "Frankfurter Rundschau" erklärte er am 14.11.: *"Die Tarifkommission werde ihre Forderung nicht isoliert, ohne Berücksichtigung der bis dahin geschaffenen Fakten, stellen."* Das war noch vor der Sitzung. Daß er noch keine Forderung zur Abstimmung gebracht hat, deutet klar darauf hin, daß ihm noch nicht genügend "Fakten" geschaffen worden sind. Also zum Beispiel solche Fakten, daß andere schwächere Tarifbezirke schon Forderungen beschlossen hätten, auf die man dann mit dem Finger zeigen kann, um zu sagen: Wenn die um die acht Prozent fordern, können wir nicht aus der Reihe tanzen.

So hat er übrigens letztes Jahr auch die Aufstellung der Lohnforderung hinausgezögert. Seine Absicht mit dieser Taktik liegt darin, der breiten und zum Teil starken oppositionellen Bewegung unter den Metallern in Baden-Württemberg das Rückgrat zu brechen und sie dem Kommando der sozialdemokratischen IGM-Zentrale zu unterwerfen.

Weiter gab er gegenüber der "Frankfurter Rundschau" zu verstehen: daß es schwierig wäre, die Lohnforderungen auf eine "Formel" zu bringen, die einerseits die Basis zufriedenstellt und andererseits die Verhältnisse in den verschiedenen Zweigen der Baden-Württemberger Metallindustrie überhaupt nicht über einen Leisten zu schlagen wären. Wobei er neben dem "gesunden" Daimler-Konzern auf das "Problem" Audi-NSU in Neckarsulm verwies.

Mit solchen "differenzierten" Überlegungen hat sich Franz Steinkühler schon Denkmäler gesetzt. Im letzten Jahr schlug er vor, "differenzierte Tarifabschlüsse" zu tätigen und sie jeweils der Kasse der einzelnen Kapitalisten anzupassen.

Auch in diesem Jahr gleicht sein Zungenschlag dem der Kapitalisten. Der BDA hat gerade zu der differenzierten Lage der Metallkapitalisten eine anschauliche Studie veröffentlichen lassen unter dem Titel: "Umsatzrendite bei Metall: 1,9 %", wobei sie darauf hinweisen, wie unterschiedlich die Lage ist: 23 % von den Metallkapitalisten hätten mit roten Zahlen abgeschlossen, weitere 22 % hätten sich mit einer Rendite von einem Prozent begnügen müssen, während lediglich 7 % von ihnen Profite gehabt hätten, die etwa dem Durchschnitt der letzten Jahre entsprächen. Das zeigt die Wirkung eines zwangsläufigen Gesetzes im Kapitalismus: Unter den einzelnen Kapitalisten herrscht Konkurrenz, die so weit geht, daß der eine oder andere von ihnen über die Klinge springen muß. Diese Konkurrenz verschärft sich in der Krise. Die Folge davon, daß einige von ihnen auf der Strecke bleiben, ist die, daß die anderen noch fetter werden.

Wenn man dieses Gesetz als Leitschnur für die Lohnpolitik nimmt, dann will man das Leben der Arbeiterklasse der Profitschinderei der Kapitalisten unterwerfen.

Letztendlich läuft diese Politik darauf hinaus, solche Lohnabschlüsse zu tätigen, die vor allem den Kapitalisten nicht weh tun sollen, die in den roten Zahlen stecken. Das hat sich auch bei dem letztjährigen Vorschlag Steinkühlers gezeigt. Die Kapitalisten haben sich über ihn amüsiert und abgelehnt. Denn in ihrem Verband haben auch die Großen das Sagen und die sind schon daran interessiert an einem Abschluß für alle, der auf dem Bemessensniveau derjenigen Kapitalisten liegt, die in den roten Zahlen stehen. Solche Überlegungen zu Lohnforderungen und Abschlüssen führen dazu, die Lage der Arbeiterklasse weiter ins Elend zu treiben, während die Konkurrenz zwischen den mächtigen Kapitalisten und den schwachen nur noch beflügelt wird. Eine Versöhnung mit den Interessen der Kapitalisten gibt es für die Arbeiter nicht. Die Konkurrenz unter den Kapitalisten wird es solange geben, solange der Kapitalismus herrscht. Darauf haben die Löhne und die Lohnforderungen keinerlei Einfluß. Nötig ist es deshalb, eine Lohnforderung aufzustellen, die allein von den Interessen der Arbeiter begründet ist.

Dies ist die Forderung von 50 Mark und 4 oder 5 Prozent nicht, wie sie jetzt in verschiedenen IG Metall-Vertreterversammlungen von den hauptamtlichen Funktionären eingebracht worden ist.

Man darf sich auch nicht von solchen wortradikalen Äußerungen von Franz Steinkühler beirren lassen wie zum Beispiel: *"Die Löhne müssen so erhöht werden, daß eine kaufkräftige Nachfrage entsteht. Ein Inflationsausgleich genügt da nicht."*

Die Zeit bis zur Tarifkommission muß genutzt werden. Dort, wo die Forderung von 50 Mark und 4 Prozent schon zur Debatte kam oder gar beschlossen wurde, muß die Kritik entfaltet werden mit der Absicht, ihren spalterischen Charakter klar zu machen, um die fortschrittlichen Forderungen, die meist aus den Abteilungen kommen, zu stärken und die Einheit auf ihrer Grundlage zu schaffen. Wo die Beschlüsse auf schlechter Grundlage gefaßt wurden, muß ihr Umstoß betrieben werden. Und dort, wo noch keine Beschlüsse gefaßt wurden, müssen die Forderungen von mindestens 130 bis 140 Mark, wie sie jetzt verschiedenenorts aufgestellt wurden, aufgegriffen werden.

Wenn Steinkühler der Auffassung ist, daß die Forderung noch diskutiert werden müsse, dann werden wir diese Diskussion vorantreiben und sie nutzen, um die Einheit unter den Metallern zu festigen und zu fördern, indem wir in der Diskussion um einheitliche Forderungen das Bewußtsein schärfen, daß wir nur im Kampf den Kapitalisten den Lohn abtrotzen können, den wir brauchen. – **(ek)**

Die Tischler beenden ihren Streik

Hamburg. Am letzten Donnerstag beendeten die norddeutschen Tischler ihren Streik. Auf der größten Streikversammlung in Norddeutschland mit 800 Kollegen in Hamburg wurde das Ergebnis mit 88,5 Prozent der Anwesenden angenommen: Ab 1. Oktober wird der Lohn um 6,3 Prozent erhöht, das sind 57 Pfennig beim Ecklohn, was im Monat für den Ecklohn etwa 100 DM brutto mehr ausmacht. Die Akkordsätze wurden um 4 Prozent auf 122 Prozent des Ecklohnes angehoben. Die Lehrlinge erhalten nach Lehrjahr 10, 14 oder 17 DM mehr. Das Urlaubsgeld für Lehrlinge wurde um 15 DM auf 205 DM erhöht.

IGM-Forderungen

Mindestens 125 DM mehr

Bremen. Der IG-Metall-Vertrauensleutekörper Bremer Vulkan beschloß am 18. November folgende Forderung zur Tarifrunde: 10 Prozent, mindestens 125 DM, drei Tage Urlaub mehr bis 1977.

9 Prozent, mindestens 115 DM

Kassel. Bei Rheinstahl-Henschel hat die Vertrauenskörperleitung die Forderung von 9 Prozent, mindestens aber 115 DM beschlossen.

Diese Forderung wurde auf der IG-Metall-Vertreterversammlung eingebracht. Der IG-Metall-Ortsvorstand brachte dagegen eine 8-Prozent-Forderung ein, die sich durchsetzen konnte. Zugleich behauptete der Vorstand, mehr als 6 Prozent seien nicht drin, weil die Kollegen nicht zu mobilisieren seien.

90 Prozent des Durchschnittlohns bei Kurzarbeit

Darmstadt. Die IGM Vertreterversammlung beschloß zur Tarifrunde folgenden Antrag:

Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Darmstadt sind in jeder Phase der Tarifauseinandersetzung zu informieren und aktiv einzubeziehen (durch Flugblätter, die darlegen, um was es in der Tarifrunde geht, durch Mitgliederversammlungen auf betrieblicher und örtlicher Ebene, beim Aufstellen der Forderung, im Verlauf der Verhandlungen und vor Abschluß der Tarife).

Außerdem wurde gefordert: Im Rahmen der Verhandlungen um einen gemeinsamen Manteltarif für Arbeiter und Angestellte (Industrie Hessen) wird die Verhandlungskommission aufgefordert, sich für nachstehende Forderung einzusetzen: Bei Kurzarbeit ist von den Unternehmern den kurzarbeitenden Kollegen die Ergänzung auf mindestens 90 % des Durchschnittslohns bzw. -gehaltes der letzten drei Monate zu zahlen.

„Wir haben keine Angst, wir wollen weiterkämpfen"

Streik bei ELES seit dem 29.10./Interview mit einem Kollegen/Polizeieinsatz gegen Streikketten

Wie war der Streikverlauf diese Woche?

Wir haben am Donnerstag wieder Ketten gemacht und kein Auto reingelassen mit Streikbrechern zweieinhalb Stunden lang. Da ist viel Polizei gekommen. Am Anfang haben sie nur rumgestanden. Dann haben sie mit Megaphon gerufen, wir sollen das Tor sofort freimachen und die Streikbrecher reinlassen. Die Kollegen wollten nicht, sie waren sehr böse. Dann ist die Polizei an die Tür vom Büro gegangen, hat drei, vier Kollegen geschlagen und ein paar Streikbrecher, Angestellte, reingelassen. Das war sehr schlecht für uns, aber die Polizisten waren mehr als wir. Die Kollegen haben sich aber dagegen gewehrt. Einen jungen Mann, der gekommen ist, uns zu unterstützen, haben sie verhaftet und mit einem Auto weggebracht. Die Kollegen waren sehr böse auf die Polizei. Der Kollege hat doch gar nichts gemacht. Warum haben die ihn verhaftet?

Wir haben gedacht, Deutschland ist ein demokratisches Land. Wir haben sowas nicht erwartet, daß die Polizei noch so hart, so schlecht gegen die Kollegen ist. Wir mußten dann aber die Streikbrecher reinlassen.

Am Freitag waren etwa zehn Zivilpolizisten da. Die Polizei hat auch Fotos von uns gemacht, das war ganz raffiniert gemacht. Wir konnten das nicht verhindern. Aber wir haben keine Angst, wir wollen weiterkämpfen; ich weiß nicht wie lange, aber wir wollen weitermachen. Der Chef will überhaupt keinen Tarifvertrag unterschreiben.

Sind es mehr Streikbrecher geworden?

Nein, es sind immer noch etwa dreißig. 23 Arbeiter, fünf Meister, ein paar im Büro. Ich glaube, die Streikbrecher sind auch nicht zufrieden, weil die überhaupt zu wenig verdienen, dreißig bis vierzig Mark brutto am Tag. Früher hatten sie mit zwölf oder dreizehn Stunden 70 DM, jetzt wird nur noch acht Stunden produziert, früher 200 Dutzend am Tag, jetzt nur noch 70 bis 80.

Der Chef hat zu einem griechischen Vorarbeiter gesagt: Du mußt jetzt nähen, ich brauch keine Vorarbeiter mehr. Der hat ja jetzt kaum noch Arbeiter. Der griechische Kollege hat gesagt, daß die Leute alle noch rauskommen, wenn der Chef weiter so drückt. Der Kollege streikt deshalb nicht mit, weil er wahrscheinlich denkt, daß er nach dem Streik wieder als Vorarbeiter rein kann.

Und die Heimarbeiter kriegen jetzt keine Arbeit mehr, weil es nichts mehr gibt in der Fabrik. Ich hatte zu denen gesagt, daß sie in die Gewerkschaft eintreten sollen und mitstreiken, sie kriegen auch Streikgeld. Sie hatten das nicht geglaubt; jetzt haben sie keine Arbeit und kein Geld.

Wie hat denn eure Situation ausgesehen?

Ich bin Ausländer und schon viele Jahre hier im Betrieb. Dieser Chef, dieser Kapitalist hat uns so viele Jahre beklaut, kein fester Stundenlohn, kein Tarif, kein Urlaub, kein Urlaubsgeld, kein Zuschlag, keine Prämie, kein Weihnachtsgeld, keine Essenspausen. Es ist überhaupt nichts in Ordnung. Die Räume sind ungesund.

Ich finde, das ist der schlimmste Kapitalist in Deutschland. Er hat so viele Häuser gebaut und hat eine schöne Villa und hat eine Arztpraxis in Frankfurt gebaut. Er hat mit 3 000 DM Miete angefangen in der Fabrik; drei, vier Jahre später hat er den Betrieb gekauft für 800 000 DM. Früher war er etwas besser, hat sich mit den Kollegen unterhalten. Später, als er mehr Geld gemacht hatte, war er noch schlimmer als früher.

Wie sieht es mit der praktischen Unterstützung eures Streiks aus durch Kollegen aus anderen Betrieben und Gewerkschaften?

Es sind viele Leute gekommen, die uns helfen. Am Donnerstagfrüh von der IG Metall und andere. Am Montag und die anderen Tage müssen wir Ketten machen, noch fester, noch stärker. Ich will, daß noch mehr kommen, uns helfen. Die Gewerkschaft hat auch gesagt, daß noch mehr kommen, von der IG Metall usw. Da haben viele Kurzarbeit.

Was hat der Kapitalist Szor noch für Druckmittel angewendet außer den bereits bekannten, um euren Streik zu zerschlagen?

Am Freitag wurde bekannt, daß wir am Montag alle die Kündigung kriegen vom Chef. Wir schicken die Sache sofort zum Arbeitsgericht. Und wir gewinnen das. Das kann der nicht so einfach machen. Er muß den Vertrag unterschreiben. Ich glaube, es hat keiner von uns einen schriftlichen Arbeitsvertrag, aber es hat auch keiner Angst, wir wollen weiterkämpfen.

Außerdem hat er vielen Kollegen noch Briefe geschrieben, sie müssen die Wohnung in seinen Häusern sofort verlassen. Von vielen habe ich gehört, daß er die Miete erhöht hat. Und die Lohnabrechnung von diesem Monat, Oktober, ist überhaupt nicht in Ordnung. Bei vielen fehlen Stunden, bei einigen hat er mehr für die Miete abgezogen, bei anderen mehr für Strom.



In den Streikversammlungen untersuchen die Arbeiter die Lage und beschliessen die nächsten Schritte

Es gibt Gerüchte, daß der Szor den Betrieb zumachen will. Stimmt das?

In irgendeiner Zeitung wurde gemeldet, daß er das Betriebsgelände verkaufen will. Von Meistern hab' ich gehört, er will nicht zumachen, nur den Betrieb kleiner machen, er habe jetzt viele Kunden verloren. Aber entlassen will er. Nach dem Streik will er vielleicht nicht wieder alle nehmen oder neue. Wahr ist, daß er viele Kunden verloren hat und in Zukunft hat er nicht mehr soviel Arbeit wie jetzt.

Ich hab' dort zwölf Jahre gearbeitet, und die letzten drei Jahre waren die besten für ihn, das Lager leer, keine Strümpfe, alles verkauft. Für die anderen Kapitalisten ist die Zeit jetzt schlecht, aber für ihn sind die letzten drei Jahre die besten von den fünfzehn, wo er den Betrieb hat. Für die Arbeiter war es immer schlecht.

Im Fernsehbericht über euren Streik hat der Szor gesagt, daß er in den nächsten drei Jahren den Tarifvertrag sowieso schrittweise einführen will. Was haltet ihr davon?

Der Chef sagt immer dasselbe. Er hat gesagt, er macht das, ich unterschreibe. Aber wann? Die haben nicht richtig gefragt, wann? Wie? Die haben nicht gefragt, was er morgen macht, wenn wir weiterstreiken. Er hat nur gesagt, daß er noch zwei oder drei Jahre weitermachen will, bis er 65 ist, Geld genug hat er gemacht. Und er will den Betrieb in zwei, drei Jahren zumachen. Was er da gesagt hat, war also nur ein Trick.

Hat die Polizei die Kollegen unter Druck gesetzt?

Mir ist eine Sache bekannt: Ein Türke, der den Streik bricht, hat gelogen: Zwei türkische Kollegen, die streiken, hätten Steine auf sein Auto geworfen. Das ist aber nicht wahr. Die zwei wurden zur Polizei nach Bad Schwalbach bestellt, sind mit Gewerkschaftern hin. Der Kollege hat überhaupt keine Ahnung, wann das gewesen sein soll und was das war. Er hat eine Anzeige gekriegt. Ich glaube aber, daß da der Szor dahintersteckt, der versucht es mit allen Mitteln.

Wir haben so viele Jahre genau wie Sklaven in diesem Betrieb gearbeitet. Wir können heute mit dem, was wir im Betrieb verdienen, nicht mehr weiterleben. Wir wollen dieses Mal mit der Gewerkschaft zusammen unsere Rechte bekommen. Wir wollen weiterkämpfen, weiter Ketten machen, weiter Druck ausüben, weil wir hier soviel Geld verloren haben und die Gesundheit.

Wir wünschen eurem Streik vollen Erfolg. – (Ortsgruppe Wiesbaden)

Vertrauensleuteversammlung der Klöckner-Hütte Bremen

Mit dem Stahlabschluss nicht einverstanden

Bremen. Auf der Vertrauensleuteversammlung am Dienstag verabschiedeten die rund 150 anwesenden Vertrauensleute der Klöckner-Hütte Bremen eine Resolution, die gerichtet ist an den Vorstand der IG Metall und an die Tarifkommission, in der sie bekräftigen, daß sie mit dem Abschluß der Stahltarifrunde nicht einverstanden sind. Sie sind der Auffassung, daß der Lebensstandard dadurch nicht gesichert wird und daß dieser Abschluß die Unternehmer ermutigt, diesen Lebensstandard weiter abzubauen. Weiterhin sind sie der Meinung, daß die Kraft der in der IG Metall vereinten Kollegen und Kolleginnen in der Zukunft dazu gebraucht werden muß, um dem Angriff der Unternehmer auf den Lebensstandard, der Arbeitshetze und der Rationalisierung zu begegnen.

Weiterhin wurde auf der Vertrauensleuteversammlung bekanntgegeben, daß sich die Tarifparteien in Sachen Kurzarbeit geeinigt haben.

Der Werksvorstand hatte gefordert, daß die Kurzarbeit von bisher 2 400 auf 4 100 ausgeweitet wird. Der Betriebsrat hatte abgelehnt und unter anderem die Forderung aufgestellt, daß alle Arbeiter, die 20 und mehr Kurzarbeitsschichten verfahren haben, zum Kurzarbeitergeld vollen Lohnausgleich bekommen. Der Werksvorstand hat mit kaum spürbaren Zugeständnissen seinen Willen durchgesetzt. Dem Lohnausgleich bei Kurzarbeit, den der Betriebsrat gefordert hatte, hat der Werksvorstand nicht zugestimmt. Die Vertrauensleute bekräftigten die Forderung des Betriebsrates, haben aber über Schritte, wie sie durchzusetzen sind, nicht weiter diskutiert.

Stahlwerke Peine/Salzgitter Tarifabschluss von insgesamt 4,2 Prozent

Am letzten Freitag wurden die Tarifverhandlungen für die 20 000 Arbeiter der Stahlwerke P + S abgeschlossen.

5 Prozent mehr Lohn und Gehalt ab 1. November, Erhöhung des Prämienfaktors von 1.02 auf 1.07 und der Leistungszulage der Angestellten von drei Prozent auf 3,5; Erhöhung der Jahresabschlußvergütung um 6 Prozent, von 87 auf 93. Die Ausbildungsvergütung wird um 22 Mark erhöht. In der Presse wird behauptet, daß die Lohnerhöhung insgesamt sechs Prozent betrage. Das Ergebnis ist in Wirklichkeit 4,2 Prozent mehr. Denn die sechs Prozent Erhöhung der Jahresabschlußvergütung muß man aufrechnen mit den 300 DM Sonderzahlung, die die Arbeiter und Angestellten Ende letzten Jahres bei P + S bekamen, die jetzt wegfallen.

Duisburg-Huckingen. Auf der Vollversammlung der Vertrauensleute des Mannesmann-Konzerns sprachen die Diskussionsredner sich gegen den Abschluß bei Stahl aus. Der Sekretär der IG Metall, Schmolz, hatte gemeint, daß der Abschluß den Interessen der Kollegen entspräche. Ein Kollege wies darauf hin, daß diese fünf Prozent nur auf den Ecklohn, nicht aber auf den Effektivlohn angerechnet werden. Etwa 300 Vertrauensleute stimmten einer Resolution an die Bezirksleitung in Essen zu, in der "das Tarifergebnis als völlig unzureichend" verurteilt wird.

Stahlaktien gestiegen

"Stahlaktien stark verbessert" – das meldete das "Handelsblatt" letzten Mittwoch, zwei Tage nach dem Tarifabschluß bei Stahl, der für die Kollegen Abbau des Reallohns bringt. An einem einzigen Tag, vom 17. auf den 18. November, sind die Aktienkurse von Klöckner um 3,8 Prozent, von Thyssen um 2,7 Prozent und von Hoesch um 4,8 Prozent gestiegen. Es ist das "Juhu" der Kapitalisten über einen unverschämten Lohnabschluß. Außerdem meint das "Handelsblatt", "die Börse dürfte ... die erfolgreichen Bemühungen des Managements bei der Anpassung der Belegschaft an die Absatzlage berücksichtigen". Vier Prozent der Belegschaft wurden entlassen und außerdem kurzgearbeitet. "Die Börse" hat es honoriert.

Hoesch um 4,8 Prozent gestiegen. Börse" hat es honoriert.

Wenn das Arbeitsamt "Jugendliche von der Strasse holt"

„29 Mark sind mehr als 24 Mark"

Am Samstag, dem 1. November, wurde der Vorsitzende der Landesanstalt für Arbeit in Hessen, Marquardt, im Hessischen Rundfunk zur Lage der Arbeiterjugend interviewt.

Fazit des Interviews: Die Jugendlichen sollten nicht mehr Traumberufe wählen, sondern eben auch mal wieder "Maurer oder Betriebshandwerker" werden. Das seien Berufe mit Zukunft. Die Jugendlichen sollten nicht "am eigenen Berufswunsch kleben bleiben".

Gleichzeitig gab er bekannt, daß sich in diesem Jahr 31 000 Jugendliche um eine Lehrstelle bemüht haben. Ihnen wurden 23 800 Lehrstellen angeboten.

Von den 10 000 arbeitslosen Jugendlichen (Stand 1.11.1975) – bei 100 000 Arbeitslosen in Hessen sind das immerhin 9,5 bis 10 % – suchen zur Zeit 8 500 (85 %) nur noch eine Arbeitsstelle. Sie haben die Hoffnung auf eine Lehrstelle aufgegeben. 1 078 (10 %) Jugendliche glauben noch eine Lehrstelle zu finden und sind demnach bei den Arbeitsämtern registriert als Ausbildungsstellen Suchende.

Dabei kommen 10 % dieser Jugendlichen nicht direkt von den Schulen. Sie hatten schon eine Ausbildungsstelle und mußten die Lehre abbrechen.

Mädchen und Jungen sind von der Jugendarbeitslosigkeit gleichermaßen betroffen.

Besonders hart trifft sie die ausländischen Jugendlichen: 1 150 (11 %) und die Sonderschüler: 890 (8,9 %).

Ein arbeitsloser Jugendlicher musste umsonst arbeiten

Wie es arbeitslosen Jugendlichen ergeht, die das Arbeitsamt "von der Straße holt", schildert die Zuschrift eines Jugendlichen:

Heidelberg. Jedes Jahr führen die Arbeitsämter in der BRD verschiedene Lehrgänge durch, "um die arbeitslosen Jugendlichen von der Straße herunterzuholen", wie es heißt.

Nachdem ich im Januar die Schule verlassen und zeitweise gearbeitet habe, wurde ich ab 1. Oktober vom Arbeitsamt Heidelberg in den Lehrgang "Gartenbau" gesteckt. Vor dem ersten Oktober bekam ich – ich wohne noch bei meinen Eltern – 24,42 DM Arbeitslosenhilfe in der Woche. Deshalb war ich gezwungen, diesen Lehrgang mitzumachen.

Am 1. Oktober trafen sich zwölf Lehrgangsteilnehmer in der staatlichen Versuchs- und Lehranstalt für Gartenbau im Pfaffengrund. Zuerst, so hieß es, würden wir in verschiedenen Gartenbaubetrieben arbeiten, um "die Praxis kennenzulernen". Dort würden wir in "einem richtigen Arbeitsverhältnis" stehen. Anschließend, zwei Monate später im Dezember, soll "ein theoretischer Teil" folgen und später dann noch einmal ein praktischer. Von vier Heidelberger (und nähere Umgebung) Garten- und Landschaftsbaubetrieben waren Vertreter gekommen. Schließlich zog jeder mit drei Lehrgangsteilnehmern wieder ab.

Ich kam zum Garten- und Landschaftsbaubetrieb Wetzel, dessen Boß uns auch sofort richtig in der Praxis einsetzen konnte: Unkraut zupfen! Wenn man den Eltern auf der Tasche liegt, macht man auch mal eine schlechte Arbeit. Wir hatten uns ausgerechnet: sechshundert bis siebenhundert Mark im Monat für 42 Stunden Arbeit in der Woche. Nicht viel, aber besser als gar nichts, haben wir uns gedacht. Ich bekam einen Bescheid über 29,46 Mark ins Haus. Vier Mark mehr, als ich vorher ohne Arbeit hatte. "29 Mark sind mehr als 24 Mark", hat Arbeitsvermittler Steinle vom Arbeitsamt Heidelberg dazu auch richtig bemerkt. Daraufhin habe ich natürlich keine Minute länger gearbeitet. Bis zum 15. Oktober habe ich neun Stunden täglich (freitags sechs) gearbeitet; dafür soll ich jetzt keinen Pfennig kriegen. Die 24,42 DM sollen mir ebenfalls gestrichen werden. Der Unternehmer dagegen hat kräftig eingesackt: "50 Mark Lehrgangskosten täglich pro Teilnehmer." (Steinle) Die 50 Mark sind "Ausbildungskosten", gehen also an den Unternehmer, dafür, daß er uns Unkraut zupfen läßt. Dann arbeiten wir ja.

Wieviel verlangt der wohl, wenn wir einen Garten sauber machen? Zehn, fünfzehn oder zwanzig Mark in der Stunde. Davon sehen wir auch keinen Pfennig. Jedenfalls ist jetzt klar, warum die Regierung die Arbeitslosenversicherung erhöhen will. – (m., Heidelberg)

schaftsbaubetrieb Wetzel, dessen Boß uns auch sofort richtig in der Praxis losenversicherung erhöhen will. – (m., Heidelberg)

Dr.C.Otto, Bochum Kapitalist muss Weihnachtsgeldkürzung zurücknehmen

Bochum. Vor drei Wochen waren die Kollegen der Steinfabrik Dr. C. Otto in Bochum gegen die beabsichtigte Kürzung des Weihnachtsgeldes an zwei Tagen in Streik getreten. Das Unternehmen wollte die im Frühjahr für das Jahr 1974 ausgezahlte Dividende vom tariflichen Weihnachtsgeld abziehen. Zunächst wurde nach dem Streik diese Entscheidung der Schlichtungskommission in Neuwied übergeben. Sie erklärte sich aber für nicht zuständig und verwies die Sache an den Betrieb zurück. Dieses war ein erster Erfolg des Streiks.

Die Direktion machte daraufhin den Vorschlag, das Weihnachtsgeld in voller Höhe an die Kollegen auszuzahlen, die bereits länger als fünf Jahre im Betrieb beschäftigt sind. Dieser Vorschlag stieß auf die Empörung der Kollegen. Sie sagten: "Wir haben für alle gestreikt, und alle brauchen das Geld." Am Montag hatte die Direktion die Kürzung zurückgenommen. Die Kollegen haben diesen Angriff auf ihren Lohn erfolgreich zurückschlagen können. Der Streik bei Dr. C. Otto war der erste seit fast zwanzig Jahren. – (h., Bochum)

Bierbrauer beschließen Streik

München. In Bayern führten die Bierbrauer eine Urabstimmung durch, um einen Streik durchzuführen. Sie antworteten damit auf das 4 %-Angebot der Brauereikapitalisten. In München wurde am 19.11. eine Versammlung mit 700 Kollegen durchgeführt, die ihre Bereitschaft zum Kampf in einer einstimmig gefaßten Resolution bekräftigten. Die bisher vorliegenden Urabstimmungsergebnisse ergaben bei einer Beteiligung von 93,7 % eine Zustimmung zum Streik von 91,5 %. (Münchner Abendzeitung, 21.11.1975)

Stahlwerke Südwestfalen: Demonstration gegen Stillegungen

Hagen. Mit einem Demonstrationszug gegen die beabsichtigte Schließung des Werkes Eckesey der Stahlwerke Südwestfalen protestierte nach der Betriebsversammlung am letzten Sonntag die Belegschaft des Werkes durch Eckesey. Von der Stillegung sind 180 Beschäftigte betroffen. Bei einer Teilstillegung vor drei Jahren waren bereits 650 Kollegen auf die Straße gesetzt worden.

Streik

Streik gegen Verschleppungstaktik

Villingen-Schwenningen. Für 45 Minuten legten 50 Arbeiter der Kunststoff-Spritzgußwerke Burger in Villingen am Mittwoch, 5.11., die Arbeit nieder. Sie streikten gegen die Verschleppungstaktik der Firma im Zusammenhang mit der Eingruppierung in ein Prämiensystem, das vor einigen Jahren ohne Anhörung des Betriebsrates beschlossen worden war.

BASF-Weihnachtsgeldkürzung

Ludwigshafen. Dieses Jahr soll es bei BASF nur 125 Prozent Weihnachtsgeld geben. Vorletztes Jahr waren es 150 Prozent, letztes Jahr 170 Prozent. Das heißt, 125 Prozent, von denen 100 Prozent sowieso tariflich abgesichert sind, sind eine reelle Verschlechterung.

Außerdem sollen, wenn es die "betrieblichen Belange" erfordern, Abteilungen in Produktion, Werkstätten, Laboratorien, Vertrieb und Verwaltung über Weihnachten und Neujahr dicht gemacht werden. Dazu muß man seinen Jahresurlaub (eventuell schon den von 76) nehmen und bekommt einen halben bzw. zwei halbe Tage geschenkt. Und das, nachdem man vorher dazu gebracht worden ist, seinen Urlaub von 1975 bis zum Jahresende zu nehmen (im Tarifvertrag steht, bis März des folgenden Jahres). – (i., BASF-Zelle)

GEW Westberlin: Vertreterversammlung am 1.Dezember

Fristers Amoklauf gegen Gewerkschaftseinheit stößt auf Widerstand der Mitglieder

Westberlin. Unter den gewerkschaftlich organisierten Lehrern Westberlins tut sich gegenwärtig allerhand. In drei Bezirken der GEW Westberlin wurden jüngst Dringlichkeitsanträge an die Vertreterversammlung am 1. Dezember verabschiedet, in denen die bisherige Trittbrettfahrerexistenz der GEW in Fragen Lohn aufgekündigt und gefordert wird, den Lohnkampf gemeinsam mit den Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst und ihren Gewerkschaften ÖTV, DPG, GdED zu führen. Auf der Mitgliederversammlung der GEW Neukölln wurde berichtet, daß im Bezirksamt Neukölln auf einer Personalversammlung dem anwesenden Innensenator Neubauer gelungen war, die Abstimmung einer Resolution gegen Stellenstopp, für Festgeldforderungen in der Lohnbewegung und für freie gewerkschaftliche und politische Betätigung im öffentlichen Dienst zu verhindern. Sofort wurde diese Resolution einstimmig angenommen. Die Richtung geht auf Zusammenschluß und Verbindung mit der Arbeiterbewegung, Widerstand gegen den Dienstherren. Den Hauptvorstand der GEW dagegen plagen gegenwärtig ganz andere Sorgen. Nachdem der frühere Schulrat Frister auf der Westberliner Vertreterversammlung Anfang September die Übernahme der Bundessatzung und der Unvereinbarkeitsbeschlüsse erpreßt hatte, hat er nun nachgesetzt.

Wir hatten schon damals geschrieben, daß nun die Gefahr der Spaltung erst richtig da ist. Am 25. Oktober beschloß der Hauptvorstand die Einrichtung einer "fördernden Mitgliedschaft" der GEW Bund. Förderndes Mitglied der GEW kann sein, wer:

"– die in der Satzung der GEW beschriebenen Ziele und Aufgaben unterstützt,

– die freiheitlich demokratische Grundordnung und die Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB und der GEW ohne jede Einschränkung bejaht. (...)

4. Die fördernden Mitglieder entrichten Beiträge ..., die in der Beitragsordnung der GEW festgelegt sind.

5. Auf Beschluß des Geschäftsführenden Vorstandes der GEW können fördernde Mitglieder der GEW zu Versammlungen einberufen werden.

6. Fördernde Mitglieder erhalten die Zeitschrift 'Erziehung und Wissenschaft' kostenlos. Sie werden in gewerkschaftliche Vorteilsregelungen – beruflichen Rechtsschutz, Versicherungsschutz u.a. – einbezogen. Sie haben das Recht, an Veranstaltungen teilzunehmen, die für GEW-Mitglieder öffentlich sind."

Damit hat der Hauptvorstand allen, die meinten, die leidige Satzungsquerele sei überstanden und man könne nun endlich gemeinsam die gewerkschaftlichen Kampfaufgaben anpacken, einen Schlag versetzt. Die Wut auf Frister und den Hauptvorstand kam gleich wieder hoch, so daß sich selbst die Landesvorsitzende Kujawa, die auf der Vertreterversammlung im September das Zukreuzekriechen nicht genug propagieren konnte, genötigt sah, Frister "Vertrauensbruch" vorzuwerfen. Das kann einem schon auf die Nerven gehen. Kujawa protestiert nicht im Namen der im Landesverband organisierten Kollegen gegen den unverfrorenen Spaltungsbeschluß des Hauptvorstandes, mit dem er sein Rektoren- und Dienstaufsichtsbeamtenpack in der Gewerkschaft GEW sozusagen von Hauptvorstandsgnaden und unerreichbar und unbelangbar von der demokratischen Kontrolle der Mitglieder einnisten will. Sie klagt ihn, dem sie die Treue geschworen, des Vertrauensbruchs an, als ob das jemand interessiere. Die Kollegen hat nach diesem ersten Coup des Hauptvorstandes dann noch mehr der zweite, der kurz darauf folgte, interessiert. Die Vorsitzende der Fachgruppe Grundschulen in der GEW, Ulla Widmer-Rockstroh, wurde von Frister persönlich vom Ansinnen des Hauptvorstandes benachrichtigt, sie aus der GEW auszuschließen, und sie habe auf einer Mitgliederversammlung der Fachgruppe dem einstimmig mit einer Enthaltung gefaßten Beschluß der Kollegen, die wegen KBW-Kandidatur aus der GEW ausgeschlossene Lehrerin Barbara Sarbach an der Versammlung teilnehmen zu lassen, stattgegeben. Dies sei Unterstützung der KBW-Politik. Der Hauptvorstand dulde dies nicht, und daher müsse man sie leider verabschieden. Bei der Personalversammlung aller Lehrer des Bezirks Neukölln wurden unter einer Protesterklärung, die sich mit der Kollegin solidarisierte und sofortige Einstellung des Ausschlußverfahrens forderte, sofort über 500 Unterschriften gesammelt. Zahlreiche Kollegen haben von sich aus Proteste an den Hauptvorstand geschickt. Auf einer Veranstaltung der GEW gegen Lehrerarbeitslosigkeit am 18. November wurde von den 800 Anwesenden ohne Gegenstimme beschlossen:

"– Weg mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen!

– Aufhebung aller vollzogenen Ausschlüsse!

– Weg mit der Ausschlußdrohung gegen die Kollegin Rockstroh!

– Keine Reverse als Voraussetzung für Rechtsschutz!

– Keine Aufhebung des Gastrechts für vom Unvereinbarkeitsbeschluß Betroffene!

– Weg mit dem Beschluß der fördernden Mitgliedschaft!"

Die Empörung geht tief in die Reihen derer, die Anfang September noch in Treu und Glauben, sie könnten sich mit der Politik des Duckens den Frieden in der Gewerkschaft einhandeln, für die Übernahme der Bundessatzung stimmten. Nur die Revisionisten und die rechten Sozialdemokraten mauern eisern. Die Revisionisten mit dem Argument, sie hätten noch nicht genug Informationen zum Fall Rockstroh. Sie sind also noch nicht zentral ausgerichtet, und es fällt ihnen auch nichts ein, wie sie ihre Politik des Hinterdreinkriechens hinter allen Lumpenstücken des Hauptvorstandes diesmal rechtfertigen sollen.

Unter den gewerkschaftlich organisierten Lehrern greift hingegen die Einsicht um sich, daß die Auseinandersetzung mit der rechten Dienstherrenfraktion unvermeidlich ist und auf einer außerordentlichen Bundesvertreterversammlung gesucht und ausgetragen werden muß. – (d., Berlin)

Erfolgreicher Streik gegen Akkordkürzung

Schwäbisch Gmünd. Am Dienstagnachmittag letzter Woche traten die 180 Akkordarbeiter der 350 Beschäftigten der Metallwarenfabrik Erhard und Söhne in den Streik gegen eine Akkordkürzung, die bis zu 350 DM Einkommensverluste mit sich brachte. Der Streik wurde auch am Donnerstag fortgesetzt. Erreicht wurde, daß die bisherigen Akkordsätze weiter gelten. Die Geschäftsleitung und der Betriebsrat vereinbarten, daß "so rasch wie möglich eine Verfahrensregelung zur Regelung der Vorgabezeiten abgeschlossen wird". (Stuttgarter Zeitung, 21.11.) So lange werden auch keine Zeitaufnahmen durchgeführt. Der Feiertag wird den Streikenden bezahlt, ebenfalls die Streikstunden am Donnerstag. Die Dienstagstunden sollen wieder eingearbeitet werden. Die "Stuttgarter Zeitung" vom 21.11. schreibt: "Unter der Hand wird gemunkelt, daß Mercedes-Benz, einer der Hauptkunden von Erhard und Söhne, durch seine Forderung nach Einhaltung von Lieferterminen für KFZ-Tanks die Geschäftsleitung zum Einlenken veranlaßt hat."

Verwirklichung der 40-Stunden-Woche gefordert

Wiesbaden. Die Betriebsgruppe der ÖTV an den städtischen Kliniken hat einen Beschluß gegen den geteilten Dienst und die 6-Tage-Woche gefaßt. Die 40 anwesenden Kollegen forderten mit großer Mehrheit: Für alle Beschäftigten die 5-Tage-Woche mit zwei zusammenhängenden Tagen frei in der Woche und die 8-Stunden-Schicht.

Mainz. Die 42-Stunden-Woche soll wiedereingeführt werden. Das beschloß der rheinland-pfälzische Landtag mit den Stimmen der CDU und der FDP, von der auch der Antrag stammte. Der Mainzer Ministerrat soll sich bei den Regierungen von Bund und Ländern dafür einsetzen. Der CDU-Finanzminister wies darauf hin, daß die Erhöhung Schwierigkeiten machen wird, weil der Tarifvertrag über die Arbeitszeit für Arbeiter und Angestellte erst 1980 kündbar sei.

Die Bremer Lehrerschaft erteilte dem Senator eine Abfuhr

Personalversammlung der Bremer Lehrer gegen Gesinnungsschnüffelei und politische Unterdrückung

"Wenn Flöhe dressiert werden, geht man so vor: Die Flöhe werden in einen Kasten gesteckt, über den man eine Glasplatte deckt.

Springen die Flöhe hoch, stoßen sie gegen die Platte. Sie lernen dadurch, nicht so hoch zu springen. Den Vorgang wiederholt man mehrere Male, wobei die Platte immer tiefer gelegt wird. Am Ende der Prozedur haben sich die Flöhe daran gewöhnt, nicht mehr zu springen, und kommen kriechend aus dem Kasten hervor. Dies soll – so will es der Staat – der Zeitpunkt der zweiten Lehrerprüfung für die Lehrer sein."

Dieser Beitrag eines Kollegen, der die Knechtsexistenz anprangerte, zu der der Staat die Lehrer brechen und verbiegen will, damit sie ihrerseits mit den Kindern der Werktätigen genauso umspringen und sie zu willigem und billigem Menschenmaterial für die Fabriken machen, fand stürmischen Beifall auf der Personalversammlung am 12.11. bei der großen Mehrzahl der über 1 500 versammelten Bremer Lehrer und brachte den Kampfeswillen gegen Bespitzelung und Säuberung an den Schulen zum Ausdruck. Von Anfang an zeigte die Versammlung, daß die Lehrer nicht gekommen waren, um sich einschüchtern und ducken zu lassen vom Senator und seinem Oberschnüffler und sich den Kampfeswillen ausreden zu lassen, sondern um ihre Einheit gegen den Dienstherrn zu dokumentieren.

Wichtigster Tagesordnungspunkt der Versammlung war ein Runderlaß des Oberschulrates Eisenhauer, Leiter der Abteilung Schulaufsicht der Bildungsbehörde, an die Schulleiter der Stadtgemeinde Bremen zur "Entlassung von Probebeamten" und zur "Praxis der Bewährungsbeurteilung", der Anweisungen gab für umfassende Spitzeltätigkeit und Gesinnungsschnüffelei unter den Lehrern.

Dieses Schreiben des Oberschulrates Eisenhauer im Auftrage seines Herrn, des Senators Thape, vom 18. Juni 1975 hatte in den vergangenen Monaten unter den Lehrern das Faß zum Überlaufen gebracht, als sein Inhalt bekannt wurde: Als Entlassungsgründe von Probebeamten werden im einzelnen genannt: "Verkauf der KVZ im Lehrerzimmer und auf der Straße, Verteilung eines Flugblattes des KBW, öffentliches Eintreten für verfassungsfeindliche Ziele (Teilnahme z. B. an Veranstaltungen des KBW, Aufruf zum 'KAMPF' gegen die Schulverwaltung." Und die Schulleiter werden in der Rundverfügung aufgefordert, in ihren Bewährungsgutachten auch Auskunft zu geben über die politische Einstellung der Kandidaten und sich dabei auf Spitzeldienste in der Lehrerschaft, von Eltern und Schülern zu stützen.

Jede Regung gegen den Dienstherrn wurde als "Kampf gegen die Schulverwaltung" unter Rausschmißdrohung gestellt.

Als der Eisenhauer-Erlaß vom Referendarrat, einem Vertretungsorgan der Referendare am Bremer Studienseminar, veröffentlicht wurde, war der Plan durchkreuzt, in aller Stille das Spitzelsystem auszubauen.

In sechs Lehrerkollegien (fünf Gymnasien und ein Schulzentrum) wurde die Rücknahme des Runderlasses gefordert, zumeist gegen heftigsten Widerstand der Schulleiter und ihres Anhangs. In den GEW-Betriebsgruppen von inzwischen 18 Schulen, darunter den größten Bremer Schulen, wurde das Schreiben diskutiert und das Schreiben und die Absicht der Behörde zurückgewiesen. Dies, obwohl verschiedentlich die Fraktion des Dienstherrn in der GEW in Gestalt der Schulleiter und seiner zugeordneten Aufsichtsbeamten in den Gewerkschaftssitzungen erschien, die Kritik am Eisenhauer-Schreiben als "verfassungsfeindlich" kennzeichnete oder dreist jede Äußerung gegen das Eisenhauer-Schreiben mitschrieb.

Auf zwei Bezirksdelegiertenkonferenzen der GEW wurde die Rücknahme der Anweisungen gefordert. Auf einer Bezirksdelegiertenkonferenz wurde die Einstellung aller Überprüfungen, Bespitzelungen und Entlassungen aus polistischen Gründen gefordert, die uneingeschränkte Meinungs- und Informationsfreiheit und die freie gewerkschaftliche und politische Betätigung im öffentlichen Dienst verlangt. Der GEW-Landesverband wurde aufgefordert, entsprechend tätig zu werden.

Der Senator dagegen setzte seine Fraktion aus Schulräten und Schulleitern in Marsch, die politisch den GEW-Landesvorstand bestimmen, und ließ sie als GEW-Landesvorstand erklären: "Das vom Leiter der Abteilung Schulaufsicht im Auftrage des Senators ... herausgegebene Rundschreiben ist verfassungs- und gesetzeskonform. Wer Kollegen auffordert, 'das Rundschreiben zurückzuweisen', fordert zum Bruch von Rechtsnormen auf. Wer die GEW und ihre Organe dazu auffordert, Rechtsnormen zu brechen, denen er sich selber durch Eid eingefügt hat, stellt sich selbst außerhalb aller gewerkschaftlichen Solidarität." Dies alles nützte wenig und konnte den Sturm gegen den Eisenhauer-Erlaß nicht verhindern. In vielen Kollegien wurde eine Personalversammlung gefordert mit dem Ziel der einheitlichen Zurückweisung des Schreibens durch die Bremer Lehrerschaft und wurde verlangt, daß der Senator und sein Oberschnüffler Stellung nehmen sollten auf der Versammlung zu dem Schreiben.

Es begann schon bei der Geschäftsordnung: Gerade 50 Minuten waren Zeit zur Behandlung des Eisenhauer-Rundschreibens. Da stellte der Bremer GEW-Vorsitzende Mews den Antrag, der Oberschnüffler Eisenhauer solle als erster unbeschränkt reden dürfen zur Rechtfertigung des Rundschreibens. Die Absicht war klar: Debatte und Beschlußfassung der versammelten Lehrer sollten verhindert werden. Das hat die Versammlung abgelehnt! Eisenhauer konnte seine vorbereitete Rede nicht mehr halten, er erklärte nur, sein Runderlaß sei rechtens und verfassungsmäßig.

Verschiedene Kollegen nahmen gegen den Eisenhauer-Rundbrief Stellung und forderten seine Rücknahme. Der alte Personalrat, der gegen den Eisenhauer-Erlaß und einzelne Disziplinar- und Entlassungsmaßnahmen nichts unternommen hatte und jeden Konflikt mit dem Dienstherrn gescheut hatte, fand wenig Beifall und erntete Buhrufe.

Zwei Resolutionen wurden eingebracht, eine von der DKP/Arbeiterpolitik-Fraktion, die im wesentlichen die Angst und Furcht an den Schulen als Auswirkungen des Eisenhauer-Briefes beschrieb und die Rücknahme der Verfügung forderte; eingebracht wurde sie von einem Kollegen, der vor dem Senator und seinem Oberschnüffler nochmal seinen Amtseid ablegte und seine Verfassungstreue beschwor; allerdings die Verfügung gehe zu weit. Eine zweite Resolution wurde von einer Kollegin eingebracht, gegen die ein Entlassungsverfahren wegen Unterstützung des KBW läuft: Die Resolution forderte vom Senator die Einstellung aller Überprüfungs-, Disziplinar- und Entlassungsverfahren und forderte das Recht auf uneingeschränkte Meinungs- und Informationsfreiheit an den Schulen und trat ein für die freie politische und gewerkschaftliche Betätigung im öffentlichen Dienst.

Da hielt es den Senator Thape nicht mehr auf seinem Sitz in der ersten Reihe: *"Sie können beschließen, was Sie wollen. Es wird sich nichts ändern, solange ich im Amt bin."* Dafür erntete er Zwischenrufe und Zischen von der Versammlung. Dann versuchte er noch zu spalten: Bedroht seien ja nur Verfassungsfeinde durch die Verfügung.

Das fruchtete nichts, wie die Abstimmung zeigte: Mit deutlicher Mehrheit wurde die Resolution angenommen, die die uneingeschränkte politische und gewerkschaftliche Betätigung forderte. Und noch mehr Stimmen gab es für die zweite Resolution, die sich nur gegen die Eisenhauer-Verfügung richtet und das durch sie erzeugte Klima der Angst und Gesinnungsschnüffelei an den Schulen. An den Abstimmungsergebnissen kommt zum Ausdruck, daß der Widerwille gegen die Schnüffelei und Bespitzelung an den Schulen allgemein und dafür kein Lehrer zu gewinnen ist und daß ein zunehmend größerer Teil der Lehrer – die Mehrheit hier auf der Personalversammlung – gegen das vom Staat verlangte "treue Dienen" auftritt und das Beamtenrecht als Fessel empfindet. Die sich in ihrer politischen Betätigung nicht festlegen lassen.

Die Personalversammlung war ein Schlag gegen die Versuche des Senats, die Lehrer in ihrer großen Masse zu Kriechern und Knechtsgestalten zu machen.

Die Wirkungen dieses Erfolges haben sich schon am nächsten Tag gezeigt: Gegen die Kollegin, die die Resolution eingebracht hatte auf der Versammlung und gegen die ein Disziplinarverfahren läuft mit dem Ziel der Entlassung, hat der Personalrat das erste Mal seit langer Zeit der Entlassung nicht sofort zugestimmt und die Kollegin vor den Personalrat geladen, was noch nie da war! Und bei verschiedenen anderen Disziplinarverfahren hat der Senat zunächst nichts weiteres von sich hören lassen. – (w, Bremen)

Beschlüsse zur ÖTV-Tarifrunde

Tarifforderungen

Bremen.

Die ÖTV-Betriebsgruppe Senator für Arbeit und die ÖTV-Betriebsgruppe Sozialamt haben beide beschlossen: 150 DM und 240 DM Urlaubsgeld. Die DGB-Kreisjugendkonferenz Bremen beschloß am 14. November: einheitliches Personalrecht im öffentlichen Dienst, uneingeschränktes Streikrecht, freie politische und gewerkschaftliche Betätigung im öffentlichen Dienst.

Die Bezirksjugendkonferenz Weser-Ems der ÖTV empfahl, eine Festgeldforderung von 150 DM aufzustellen, sofortige Kündigung des Schlichtungsabkommens und denselben Beschluß wie die DGB-Kreisjugendkonferenz, außerdem sollen Veranstaltungen zum Thema: Berufsverbote durchgeführt und eine Dokumentation über die Fälle erarbeitet werden.

Frankfurt

Die Fachgruppe Rechtsreferendare hat in ihrer letzten Sitzung die Forderung zur Tarifrunde beschlossen und zwar 130 DM fest und 300 DM Urlaubsgeld.

Die Notwendigkeit einer einheitlichen Festgeldforderung in dieser Höhe und die Zurückweisung des Sparprogramms der Bundesregierung wird in einem Flugblatt begründet, das in der Abteilung Justiz zur Vorbereitung der Mitgliederversammlung zur Tarifrunde im Dezember verteilt wird. – (b.)

Hamburg.

Die Mitgliederversammlung der ÖTV-Fachgruppe Häuser der Jugend hat sich einstimmig gegen eine Prozentforderung ausgesprochen und eine Festgeldforderung in Höhe von 150 DM beschlossen.

Dortmund.

Die ÖTV-Mitgliederversammlung der Abteilung Sozialarbeit, anwesend 55 Personen, stellte die Forderung auf:
Festbetrag für Arbeiter und Angestellte 150 DM.

Gegen Unvereinbarkeitsbeschlüsse

Heidelberg

Die ÖTV-Mitgliederversammlung der Universität hat am 10.11. die Tarifforderung aufgestellt: 150 DM für jeden, auch für Auszubildende. Die Delegierten wurden beauftragt, auf der Kreisdelegiertenversammlung, einen Antrag an den Gewerkschaftstag einzubringen: Aufhebung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse, die auf ihrer Grundlage erfolgten Gewerkschaftsausschlüsse sollen rückgängig gemacht werden.

Neckargemünd

Am Rehabilitationszentrum hat die ÖTV-Mitgliederversammlung einen Antrag an die Delegiertenversammlung gestellt: Festgeldforderung von 150 DM, gleiche Vergütung von Praktikanten und Vorpraktikanten in Höhe von 600 DM, für Auszubildende 600 DM, Erhöhung des Arbeitslosengeldes auf 80 Prozent des vorherigen Lohnes, keine Streichung des Ortszuschlages, Abschaffung der unteren Lohngruppen. Die Arbeitslosen sollen auf Kreisebene des DGB organisiert werden. Arbeitslose Mitglieder sollen in Arbeitslosenausschüssen zusammengefaßt werden.

Sofortige Aufhebung des Ministerpräsidentenerlasses

Dortmund

Die ÖTV-Kreisdelegiertenkonferenz Dortmund hat sich in einer Entschließung gegen den Ministerpräsidentenerlaß gewandt: "Mit Empörung hat die ÖTV-Kreisdelegiertenversammlung die Haltung der Regierung und der im Bundestag vertretenen Parteien in der Frage der Berufsverbote zur Kenntnis genommen." Die Delegierten "fordern die sofortige Aufhebung des Ministerpräsidentenerlasses" und lehnen "den Sondergesetzentwurf zu den Berufsverboten ab".

Personalversammlung gegen politische Überprüfung

Westberlin.

Mit 1 000 zu 10 Stimmen forderte die Personalversammlung der Technischen Universität Westberlin den Senat von Westberlin auf, alle politischen Überprüfungen und Disziplinarverfahren einzustellen. Die Personalversammlung sprach sich gegen die politische Entlassung von drei Assistenten aus, die einen Wahlaufruf für die SEW unterschrieben hatten.



700 Arbeiter und Angestellte der Stadt Offenbach versammelten sich am Vormittag vor dem Rathaus zu einer Protestkundgebung gegen die Streichung von Zulagen.

Erfolgreiche Kundgebung

Protest vor dem Rathaus gegen Zulagenstreichung

Offenbach. Einen Strich durch die Rechnung des Magistrats machten 700 Arbeiter und Angestellte, die bei der Stadt Offenbach beschäftigt sind. Sie protestierten am Donnerstag, dem 20. November, in einer Kundgebung vor dem Rathaus gegen die geplante Streichung von Zulagen. Der Magistrat von Offenbach will das Urlaubsgeld, die Essenszulage, die Schmutz- und Gefahrenzulage und andere Teile des Lohns streichen. Während der Protestkundgebung tagten der Magistrat und der Gesamtpersonalrat im Rathaus. Der Magistrat mußte sich das Hupkonzert von fünfzehn bis zwanzig Müllfahrzeugen und Lastwagen des Tiefbauamtes anhören, die auf der Hauptverkehrsstraße vor dem Rathaus aufgefahren worden waren.

Schon vorletzte Woche hatte eine Personalversammlung der Stadtwerke stattgefunden, an der etwa 1 000 Kollegen teilnahmen. Hier wurden energische Schritte gegen die Lohnkürzung verlangt. Die Kollegen sind nicht bereit, sich die Butter vom Brot nehmen zu lassen. Das hatten sie auch im ÖTV-Streik Anfang 1974 gezeigt. Damals erklärten sie, den Streik fortzusetzen, wenn nicht das geforderte Urlaubsgeld vereinbart wird. Der Magistrat mußte nachgeben. Als im Herbst 1974 mit schweren Geschützen gegen die Vereinbarung geschossen wurde und Bundeskanzler Schmidt in einem öffentlichen Brief die Urlaubsgeldregelung verurteilte, gelang es dem Magistrat, die Vereinbarung rückgängig zu machen.

Nach der Protestkundgebung erfuhren die Kollegen, daß der Magistrat die geplante Lohnkürzung für 1976 zurückgenommen hat.

Festgeldforderung

Eine Kollegin schrieb an die Redaktion, daß der Artikel in der KVZ Nr. 46 über die Tarifverhandlungen nicht den Tatsachen entsprach.

Die Tarifkommission der Gewerkschaft HBV Baden-Württemberg, Buchhandel und Verlage, hat auf ihrer ersten Sitzung am 4. und 5. November in Stuttgart beschlossen, eine Festgeldforderung für 1976 zu erheben. Nachträglich wurde die Höhe der Forderung auf 160 DM festgelegt.

Die tarifpolitischen Arbeitskreise Mannheim/Heidelberg und die Vertreter der Stuttgarter hatten von vornherein einen Festgeldbetrag gefordert. Während die Mannheimer/Heidelberger einen Betrag in Höhe von 180 DM, nicht unter 160 DM, beschlossen hatten, hatten die Stuttgarter über die Höhe des Festgeldbetrags noch keinen endgültigen Beschluß gefaßt. Sie stimmten aber nachträglich für einen Betrag in Höhe von 160 DM. Somit waren die Freiburger, die in der Tarifkommission eine Mischforderung vertreten hatten, überstimmt worden. Für die Lehrlinge wurde für das erste Lehrjahr eine Forderung von 590 DM, für das zweite Jahr 600 DM und für das dritte Lehrjahr 610 DM aufgestellt.

Die Tarifkommission beschloß weiterhin, mit den bayrischen Kollegen, mit denen gemeinsam verhandelt wird, deren Forderung für 1976 aber noch nicht vorlag, zusammenzutreten, um für die Tarifverhandlungen eine einheitliche Forderung herauszuarbeiten. Diese Gespräche sollen noch im November geführt werden.

In die Verhandlungskommission wurden als Vertreter der württembergischen HBV neben dem hauptamtlichen Gewerkschafter, der durch sein Amt Mitglied ist, drei Vertreter gewählt, die von vornherein für die Festgeldforderung eingetreten waren.

Berichtigung zu "Anfrage: Warum 140 DM mehr"/KVZ Nr.46

In der KVZ Nr. 46 wurde in dem Artikel: "Anfrage: Warum 140 DM mehr?" für einen Bruttoverdienst von 1 500 DM die Lohnsteuer eines verheirateten Arbeiters mit zwei Kindern, seine Frau arbeitet nicht, mit 10,80 DM angegeben. Das ist nicht richtig. Der richtige Betrag ist 138,50 DM. Bei 10,80 DM ist schon das Kindergeld und ein weiterer Freibetrag von 3 Prozent abgerechnet. Zugrundegelegen hatte dieser Zahl eine Pressemitteilung des Bundesfinanzministeriums über die Lohnsteuern ab 1. Januar 1975, wo Kindergeld und ein weiterer Freibetrag schon abgerechnet waren.

Wenn der Kollege jetzt 140 DM mehr bekommen würde, erhöht sich die Lohnsteuer auf 165 DM, also um 26,50 DM. In dem Artikel waren rund 28 DM als Steuererhöhung angegeben worden.

Der Nettolohn berechnet sich also folgendermaßen bei einer Lohnerhöhung von 140 DM:

Lohnerhöhung brutto	**140 DM**
davon Abzüge:	
Lohnsteuer	26,50 DM
9 % Rentenversicherung	12,60 DM
6 % Krankenversicherung	8,40 DM
1,5 % Arbeitslosenversicherung	2,10 DM
	49,60 DM
Lohnerhöhung netto	**90,40 DM**

Bezirksdelegiertenkonferenz der ÖTV-Jugend

Hannover. Auf der Bezirksdelegiertenkonferenz der ÖTV-Jugend am 20./21.11. unterstützten die Delegierten einheitlich einen Antrag, der für die kommenden Tarifauseinandersetzungen Festgeldbeträge fordert. In weiteren Anträgen traten die Delegierten für die baldmöglichste Kündigung des Schlichtungsabkommens ein, für die Abschaffung der unteren Lohngruppen BAT X und 9 a. Weiter sprach sich die Konferenz mit großer Mehrheit gegen den Ausschlußantrag gegen einen Kollegen aus und gegen die Auflösung des Kreisjugendausschusses Hannover. Ein Antrag gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse wurde gefaßt.

Hessisches Kultusministerium plant Maulkorberlaß für Schülervertretungen

Schülervertretungen sollen an die Kette gelegt werden

In Hessen sollen in Zukunft die Schülervertreter nach der Pfeife des Schulleiters tanzen oder gar nicht. Das ist in einer Rechtsverordnung festgelegt, deren Entwurf das Kultusministerium vorgelegt hat. Sie soll am 1. August 1976 in Kraft treten.

Den Schülern soll der rebellische Geist ausgetrieben werden, von dem das Ministerium gerade in den letzten Monaten immer mehr zu spüren bekommen hat. Noch vor ein paar Tagen blockierten 1 300 Schüler des Zweiten Bildungsweges aus ganz Hessen die Zugänge zum Ministerium.

Die Zustände an den Schulen sind von Tag zu Tag unerträglicher geworden, und von den Reformversprechungen der Landesregierung ist nichts übrig geblieben. Um mit dem Widerstand der Schüler fertig zu werden, greift die Landesregierung jetzt gezielt die Vertretungsorgane der Schüler an. Gleich mit dem ersten Paragrafen der geplanten Verordnung soll der Schülervertretung jede selbständige Arbeit ausgetrieben werden. *"Die Schülervertretung"*, heißt es da, *"kann außerhalb der Unterrichtszeit im Einvernehmen mit dem Schulleiter eigene Veranstaltungen und politische Bildungsarbeit im Rahmen des Artikel 56 der Verfassung des Landes Hessen betreiben. Der Grundsatz der parteipolitischen und weltanschaulichen Neutralität der Schule ist zu befolgen."* Ohne *"Einvernehmen des Schulleiters"* darf sich die Schülervertretung nicht regen. Und damit der Schulleiter auch genau weiß, wo es mit seinem "Einvernehmen" ein Ende zu haben hat, ist in § 95 festgelegt: *"Der Schulleiter hat das nach § 1 Absatz 2 erforderliche Einverständnis zu versagen, wenn die Veranstaltung mit einer besonderen Gefahr für die Schüler verbunden ist oder wenn befürchtet werden muß, daß sie geeignet ist, den Erziehungsauftrag der Schule zu gefährden. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn sie gegen die demokratische Grundordnung gerichtet ist oder gegen ein Gesetz verstößt oder wenn sie droht, den Schulfrieden zu stören oder den Bildungsanspruch der Schüler zu beeinträchtigen."* Die Schülervertretungen sollen auf eine Verfassung eingeschworen werden, die die Herrschaft der Besitzenden garantiert und die Besitzlosen unter der Knute hält.

Dahinter steckt die Furcht der Herrschenden, daß sich unter den Schülern, in der überwältigenden Mehrheit die Kinder von Arbeitern und Besitzlosen, die Einsicht ausbreitet, daß mit den Verhältnissen, unter denen sie nur zu leiden haben, nur Schluß gemacht werden kann, wenn mit der Herrschaft der Kapitalistenklasse und ihres Staates Schluß gemacht wird.

Den Schülervertretungen soll verboten werden, die Kapitalistenklasse und ihren Staat als die Verantwortlichen für die Zustände an den Schulen und in der Gesellschaft beim Namen zu nennen und anzugreifen.

Und was Schulleiter alles als "Störung des Schulfriedens" empfinden, davon wissen die Schüler inzwischen genug. Da ist der Willkür Tür und Tor offen.

Das Ministerium ist bei allgemeinen Festlegungen nicht stehengeblieben. Damit die Schülervertretung sich in dem ihr zudiktierten Rahmen hält, wird vorgeschrieben, daß sie jede öffentliche Äußerung vorher dem Schulleiter vorzulegen hat. *"Erklärungen, Presseveröffentlichungen und Veröffentlichungen am Schwarzen Brett"* hat der Schulleiter *"zu widersprechen"*, wenn sie *"den Erziehungsauftrag der Schule verletzen"*.

An den Gesamtkonferenzen dürfen die Schülervertreter zwar teilnehmen, es ist ihnen aber verboten, die Schülerschaft zu informieren, wenn die Konferenz Vertraulichkeit beschließt; andernfalls droht Ausschluß aus der Konferenz und eine Ordnungsmaßnahme.

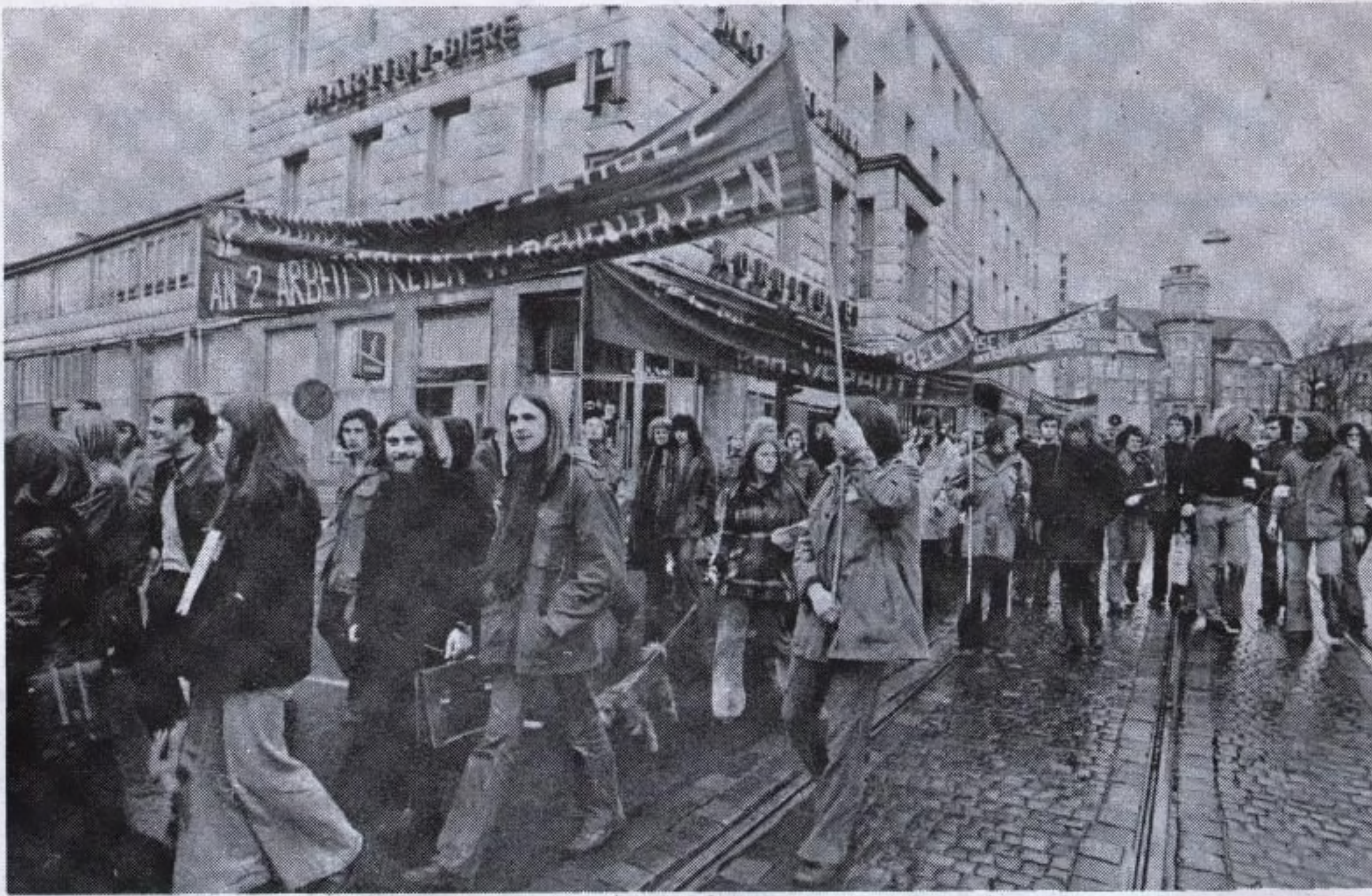
Die Schulleitung hat dagegen jederzeit das Recht, in die Sitzungen der Schülervertretungen ihre Nase zu stecken und rumzuspionieren, ob da vielleicht etwas "Unfriedliches" vorbereitet wird.

Man kann sich vorstellen: Das gäbe einen schönen "Frieden" an den Schulen, wenn sich die Schüler diese Maulkorbverordnung gefallen lassen würden. Es wird diesen Frieden aber nicht geben, denn die Verhältnisse an den Schulen, die die Schüler rebellisch machen, sind durch solche Verordnungen nicht aus der Welt.

Der Landesschülerring, dem die Behörde gerade eine Veranstaltung gegen die Entrechtung im öffentlichen Dienst verbieten wollte, hat gleich Protest gegen die Verordnung eingelegt.

Einzelne Stadtschülerräte haben begonnen, die ersten Schritte im Kampf gegen die Rechtsverordnung zu planen. Der Stadtschülerrat in Darmstadt hat auf seiner Sitzung am 22. November beschlossen, den Krollmann-Entwurf abzulehnen. Eine öffentliche Konferenz mit allen Schülervertretern und Vertretern der GEW wird vorbereitet für Anfang Dezember. Vom 28. November an wird eine Unterschriftensammlung gegen den Entwurf an den Schulen durchgeführt. Über Schulstreiks und die Durchführung einer Demonstration soll auf Vollversammlungen Anfang Dezember beraten werden.

Am 17./18. Dezember ist eine Sitzung des Landesschülerrats in Frankfurt festgelegt. Am zweiten Tag soll eine öffentliche Konferenz stattfinden, zu der aus allen Städten Delegationen eingeladen sind. – (h., Darmstadt/Red.)



Kassel. Über 2 000 Schüler demonstrierten gegen Unterrichtsausfall, die Nichteinstellung von Lehrern und die Entrechtung im öffentlichen Dienst.

Kassel: Gegen die Verhältnisse an den Schulen

Über 2000 Schüler gingen auf die Strasse

Kassel. Obwohl in Hessen Hunderte von Lehrern keine Anstellung finden und ohne Arbeitslosengeld auf der Straße stehen, herrscht an den Kasseler Schulen großer Lehrermangel. Der durchschnittliche Unterrichtsausfall beträgt zirka 20 bis 30 %, in einzelnen Fällen sind es bis zu 50 %. An den Berufsschulen sind sechs statt der vorgeschriebenen zwölf Stunden Unterricht keine Seltenheit. An den allgemeinbildenden Schulen fallen oft ganze Fächer flach, weil keine Lehrer für den Unterricht vorhanden sind. Die materielle Ausstattung ist so miserabel, daß der Unterricht sogar in Kellern und Dachräumen abgehalten werden muß, wie an der Friedrich-Liszt-Schule und an der Albert-Schweitzer-Schule. Ganze Berufsschulzweige sind in Behelfsgebäuden untergebracht, wie zum Beispiel im Gebäude der ehemaligen Firma Salzmann, wo in manchen Klassen die Schüler zu dritt an Zwei-Mann-Tischen sitzen müssen.

Wegen der miserablen Verhältnisse an den Schulen rief der Stadtschülerrat für den 20.11. zu einem Aktionstag auf mit Diskussionsveranstaltungen und einem Sternmarsch zum Rathaus. Die Aktionen richteten sich gegen Unterrichtsausfall, Lehrernichteinstellung und Berufsverbote. Der Regierungspräsident verbot die Aktionen, weil das Thema Berufsverbote nichts mit dem "bildungspolitischen Mandat" der Schülervertretung zu tun habe. Der Stadtschülerrat hielt aber trotz Verbot an der Durchführung der Aktionen fest. Die Veranstaltungen wurden durchgeführt, an denen auch von der politischen Entrechtung im öffentlichen Dienst betroffene Lehrer sprachen. Auch an Schulen, wo keine Veranstaltungen geplant waren, wurden Kundgebungen auf dem Schulplatz durchgeführt und die Schüler beteiligten sich an der Demonstration, wie z. B. an der Max-Eyth-Berufsschule. Ein Schüler berichtete: "Wir haben wegen der schlechten Lage bei uns unter den Forderungen demonstriert: '12 Stunden Berufsschule an 2 arbeitsfreien Tagen, Einstellung aller Lehrer, freie gewerkschaftliche und politische Betätigung an der Schule und im gesamten öffentlichen Dienst'. Die Lehrer versuchten uns einzuschüchtern. Jeder, der mitgeht, werde dem Betrieb gemeldet. Trotzdem fanden sich 250 auf dem Hof ein und marschierten geschlossen zum Königsplatz, wo wir uns mit den anderen Demonstrationszügen zusammenschlossen. Es war das erste Mal, daß so viele von uns für ihre Rechte auf die Straße gingen, und das gegen den Willen des Staates."

Schließlich gingen über 2 000 auf die Straße, Haupt-, Real- und Berufsschüler, Gymnasiasten und etliche Studenten. Die Revisionisten im Vorstand des Stadtschülerrates wollten erst keine Kundgebung wegen "schlechter Witterung" durchführen. Vertreter von Schülervertretungen aber bestanden darauf und auf Verlesung der Solidaritätsresolutionen ihrer Mitschüler. Auf der Kundgebung sprach auch eine Studentin, die am gleichen Morgen beim Regierungspräsidium ein Anhörungsverfahren hatte. Einige Studenten hatten dies öffentlich gemacht und den Beamten eine Protestresolution vorgelegt. Während des Verfahrens lief das Telefon des Staatsschnüfflers heiß. Aufgeregte Schulleiter wollten sich Instruktionen holen. "Die Schüler führen ihre Aktionen trotz Verbot durch, was ist zu tun?" – (v., Kassel)

500 demonstrieren in Neumünster gegen die Jugendpolitik der Stadt

Neumünster. Gegen die miserablen Freizeitmöglichkeiten und die dafür verantwortliche städtische Jugendpolitik gingen am 21. November über 500 Arbeiterjugendliche und Schüler auf die Straße. Sie waren es leid, daß ihren Forderungen seit Jahren nur mit leeren Versprechungen begegnet wurde, während gleichzeitig Millionen für zwielichtige Bauprojekte verschleudert wurden. Als auch noch der Stadtjugendpfleger B. Krause ins Sozialamt versetzt und dem zweiten Jugendpfleger R. Potaski die Kündigung angedroht wurde, weil sie sich für die Forderung nach einem Jugendzentrum eingesetzt hatten, war das Faß übergelaufen. 21 Jugendverbände und politische Organisationen bildeten eine Aktionseinheit und führten eine Aktionswoche mit Veranstaltungen in den städtischen Jugendheimen durch, trotz des Verbots durch den Bürgermeister. Die Demonstration verlief sehr kämpferisch. Lautstark forderten die Jugendlichen die Gustav-Hansen-Schule als Jugendzentrum, die Rücknahme der Disziplinierungsmaßnahmen gegen die Jugendpfleger und das Recht auf freie politische Betätigung.

Bremen: Gymnasium Kleine Helle

Schülervertretung von der Behörde abgesetzt

Bremen. Die Bremische Schulbehörde hat jüngst die Auflösung der Schülervertretung am Gymnasium Kleine Helle verfügt. Ihre Satzung entspreche nicht den Richtlinien der Behörde. Schulrat Schweingruber hat in einem Rundschreiben angekündigt, daß demnächst alle Satzungen der Schülervertretungen in Bremen überprüft werden sollen.

Am Wirtschaftsgymnasium erkennt der Schulleiter die gewählte Schülervertretung nicht mehr an. Der Direktor des Gymnasiums an der Kurt-Schumacher-Allee "empfiehlt der Schülervertretung, sich eine behördenkonforme Satzung zu geben, wenn sie nicht das Schicksal der Schülervertretung an der Kleinen Helle erleiden wolle".

Diese Eingriffe in die Rechte der Schüler kommen nicht von ungefähr. An den Bremer Oberschulen ist in den letzten Monaten die Leistungsschraube immer enger gedreht worden. Regelungen, die die Schüler vor Willkür schützen sollten, wie die, daß Klassenarbeiten mit mehr als einem Drittel Fünfern und Sechsern wiederholt werden, sind abgeschafft. Der Schulleiter am Gymnasium in Lesum kontrolliert seit einiger Zeit alle Deutsch-Aufsätze der Oberstufe höchstpersönlich. Die Abiturrichtlinien wurden systematisch verschärft.

Jede Möglichkeit wird genutzt, um den Schülern vorzeitig das Kreuz zu brechen, damit sie "freiwillig" einsehen, daß sie für weitere Bildung und Studium untauglich sind. Daß es an den Schulen um Auslese geht und daß es mit dem Lied von der "Chancengleichheit" nichts gewesen ist, diese Einsicht setzt sich unter den Schülern immer mehr durch.

Die Maßnahmen der Schulbehörde stoßen auf Widerstand.

Am Waller Gymnasium widersetzte sich eine Klasse dem Schreiben einer Englisch-Arbeit, es herrschte ein unerträglicher Baulärm. Eine Klasse an der Gesamtschule für Sozialpädagogik und Sozialökonomie verweigerte erfolgreich eine Mathematikarbeit. An der Kleinen Helle protestierten die Schüler in einer Pausenversammlung hartnäckig gegen das Hausverbot für einen kommunistischen Lehrer. Die Behörde ließ Polizei gegen die Schüler anrücken.

Angriff auf die Vertretungsorgane der Schüler

Mit dem Angriff auf die Schülervertretungen will der Senat jetzt Ruhe schaffen. Den Schülern sollen die Organe kaputtgemacht werden, mit denen sie ihren Kampf gegen die Schulbürokratie organisieren können. Die Schüler an der Kleinen Helle haben diesen Schlag gegen ihre Rechte nicht hingenommen. Sofort hat über die Hälfte der Klassen die Rücknahme der Auflösung ihrer gewählten Vertretung gefordert. Das hat die Schulleitung gezwungen, sich eine inhaltliche Rechtfertigung der Behördenmaßnahme auszudenken. Die Schulleitung hat ein Informationsblatt für die Eltern und Schüler herausgegeben. Vier Gründe gibt die Schulleitung für die Absetzung der Schülervertretung an:

1. Die Regelung, daß die Vollversammlung das oberste Beschlußorgan sei, habe aufgehoben werden müssen. "Nach den Grundsätzen der parlamentarischen Demokratie werden Entscheidungen durch Vertretergremien und nicht in Versammlungen aller Bürger gefaßt." Es gebe in der Schule auch gar keinen genügend großen Raum.

2. Es gehe nicht an, daß Schülervertreter jederzeit abgewählt werden könnten. "Sachliche und vernünftige Entscheidungen sind nur dann möglich, wenn für jeden Schülervertreter ein gewisses Maß an Unabhängigkeit gesichert ist. Das ist aber nur der Fall, wenn ein Schülervertreter nicht jeden Tag damit zu rechnen hat, sein Mandat zu verlieren."

3. Das Schülermandat dürfe nicht, wie es die Satzung vorsieht, übertragbar sein.

4. Minderheiten, die wenigstens fünf Prozent betrügen, müßten in der Schülervertretung vertreten sein.

Was sich die Schulleitung da im Namen der Demokratie, der parlamentarischen versteht sich, ausgedacht hat, ist nicht ohne System. Alle Regelungen der Satzung, die gewährleisten sollen, daß die Schülervertretung tatsächlich als Instrument des Mehrheitswillens der Schüler arbeitet, sollen gestrichen werden. Rein sollen in die Satzung Bestimmungen, die der Schulleitung Spielraum geben, Schülervertreter zu ködern und die Schülervertretungen in Instrumente der Schulleitung zu verbiegen, mit denen der Widerstand der Schüler gegen die Behördenpolitik zersetzt werden kann.

Nach dem Willen der Schulleitung sollen die Schülervertreter schon früh den großen Vorbildern im Parlament nacheifern, die nur ihrem teuer bezahlten "Gewissen" verantwortlich sind und sich um den Willen derer, die sie gewählt haben, einen Dreck scheren.

Beifall nur bei den Reaktionären

Es ist denn auch nicht verwunderlich, daß die Satzungsvorstellungen der Schulleiter bei den rechten Schülern von der sogenannten "Aktion kritischer Schüler" auf unverhohlenen Beifall stieß. Es besteht sogar Anlaß zu der Vermutung, daß der Vorstoß der Behörde auf Initiative dieser Bourgeoispflänzchen unternommen worden ist.

Die Schulbehörde täuscht sich aber, wenn sie meint, die Schülerschaft werde sich so mir nichts dir nichts ihre gewählten Organe zerschlagen lassen.

Schon sind von mehreren Schulen Protestresolutionen gegen die Auflösung der Schülervertretung an der Kleinen Helle beschlossen worden. An der Kleinen Helle wird eine Urabstimmung gegen die Auflösung der Schülervertretung vorbereitet. – (j., Kommunistischer Oberschülerbund Bremen)

Nordrhein-westfälische Kollegs setzen ihre Streiks fort

Münster. Am 11. und 12. November streikten in Nordrhein-Westfalen 11 von 13 Kollegs. Dieser Streik wurde spontan von den Kollegs in Dortmund, Düsseldorf, Köln und Minden bis einschließlich Freitag, den 21.11., fortgesetzt. Auf Empfehlung des Landesrings der Studierenden des Zweiten Bildungswegs und der Streikkomitees wurde dann am Freitag, dem 21.11., an den meisten Kollegs in Nordrhein-Westfalen nochmals gestreikt, um die Solidarität mit den streikenden Kollegiaten in Düsseldorf, Köln, Minden und Dortmund zu unterstreichen. Verbunden mit diesem Streik wurde ein Ultimatum, in welchem das Kultusministerium in Düsseldorf aufgefordert wird, bis Donnerstag dieser Woche zu den Forderungen "Weg mit dem Gemeinschaftskundeerlaß", "Keine Streichung des 0,5-Bonus", "Keine Eingliederung der Kollegs in die gymnasiale Oberstufe" Stellung zu nehmen. Entspricht diese Stellungnahme nicht den Forderungen der Kollegiaten, so soll am Freitag, dem 28.11., in Düsseldorf eine Gesamtvollversammlung aller Kollegiaten in ganz Nordrhein-Westfalen durchgeführt werden und es soll über eine Fortsetzung des Streiks beraten und abgestimmt werden.

IG Metall-Vertreterversammlung Darmstadt:

Volksentscheid gegen § 218!

Darmstadt. Die Vertreterversammlung der IG Metall Darmstadt hat auf ihrer letzten Sitzung erneut die Forderung nach einem Volksentscheid erhoben und die Gesetzesvorlagen der Parlamentsparteien ausdrücklich zurückgewiesen. Bei nur einer Gegenstimme und zirka 25 Enthaltungen stimmte die überwiegende Mehrheit der etwa 150 Delegierten dem Antrag zu. In dem Beschluß heißt es unter anderem:

Die Verwaltungsstelle Darmstadt der IG Metall spricht sich gegen die vorliegenden Reformbestrebungen der im Bundestag vertretenen Parteien aus. Keiner dieser Reformvorschläge ist geeignet, die Situation derer zu verbessern, die durch die Verhältnisse zur Abtreibung gezwungen werden.

Die Reformvorschläge lassen, wie auch der bislang gültige § 218, nicht die Betroffenen selbst entscheiden. ...

Weiter bleibt in den Reformvorschlägen die Strafandrohung bestehen ...

Mit der erforderlichen Beratung und der damit verbundenen Registrierung der Schwangeren wird aber erreicht, daß die Schwangerschaft registriert wird. Damit läßt sich jede illegale Abtreibung erfassen und bestrafen. ...

Innerhalb der Grenzen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts ist eine tatsächliche Reform des § 218, nämlich dessen ersatzlose Streichung nicht möglich. Jede Reform des § 218 in diesen Grenzen bedeutet, daß man weiterhin die zur Abtreibung gezwungenen Frauen bestraft. Nicht diese Frauen aber sind schuldig, sondern die Verhältnisse, die sie zur Abtreibung zwingen.

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes bleibt nur eine Möglichkeit, mit einer Streichung des Schandparagrafen Schluß zu machen mit der Bestrafung der betroffenen Frauen und Familien:

Das Volk selber soll entscheiden!
Volksentscheid gegen § 218!

§ 218 Reform-Kommission

Wenig Raum im Zwiespalt

Die Gesetzentwürfe zur Reform des § 218 sind jetzt bei der Reformkommission des Parlaments in der Mache. Schnell soll die arbeiten, so die Parteiensprecher bei der ersten Lesung. Denn "die Bürger dieses Landes" verlangten nach "Rechtsfrieden" (Eyrich, CDU). Die "Rechtsunsicherheit beheben" sei drum die vordringlichste Aufgabe (Timm, SPD). "Nur 5 bis 6 Sitzungen" werde man brauchen, meinte Müller-Emmert, Mitglied der SPD und besagter Strafrechtsreformkommission. Im nächsten Jahr schon sei mit der 2. Lesung zu rechnen.

Man sieht: Einfach ist für die Parlamentspolitiker ihre Aufgabe nicht. Der "Rechtsfrieden" soll den Kampf beenden zwischen den Volksmassen, die fordern: "Der § 218 muß weg!" und dem bürgerlichen Staat, der vor dem § 218 zu dessen Schutz die Verfassung als Bollwerk aufgebaut hat. An diesen ehrwürdigen, festen Mauern sollte die Bewegung gegen den § 218 zerschellen.

Die Befriedung der Volksmassen hat so nicht geklappt. Die Altehrwürdigkeit der Verfassung hat die Bewegung gegen den § 218 nicht in die Knie gezwungen. Stattdessen hat sich die Erkenntnis breit gemacht: Wenn die Verfassung gegen das Volk ist, ist das Volk gegen die Verfassung. Die herrschende Klasse und ihren Staat hat das in Alarm versetzt. Wenn das Volk der Verfassung die Ehre versagt, zeigt sich die Verfassung dem Volk statt altehrwürdig schnell nur noch alt, rissig und brüchig, nicht tragfähig als gemeinsame Basis der Interessen. Der Schluß liegt nahe, daß die Verfassung nicht länger tragbar ist für's Volk – und auch die nicht, die sie (und mit ihr ihre Herrschaft) verteidigen.

Mit der Verabschiedung des § 218 im Parlament soll diese Gefahr gebannt werden. Verständlich, daß die herrschende Klasse das Parlament zur Eile treibt. Nicht nur den § 218, mehr noch: die Ehre der Verfassung gilt es zu bewahren. Ein Schutzwall ist zu ziehen vor das Bollwerk der Verfassung. Dafür muß das Gesetz endlich gültig werden, Recht, das den Einsatz der Staatsorgane gegen das Volk rechtfertigt und absichert. Diese Rechtssicherheit zu schaffen, die bestehende Rechtsunsicherheit schnell zu beheben, das haben alle Parlamentarier als vordringlich anerkannt.

Aus Erfahrung wird man klug. Das gilt beschränkt auch für die Parlamentspolitiker. Deswegen ist ihnen nicht gerade wohl in ihrer Haut bei dieser Aufgabe. Ein Volk, das vor der Würde der Verfassung nicht zurückschreckt, um seine Interessen durchzusetzen: ein Gesetz, das nun die Verfassung schützen muß, statt umgekehrt – wie garantieren, daß das Volk vor dem Gesetz haltmacht? Die verfassungsgebenden Politiker sind nicht mehr, die gesetzgebenden Politiker dagegen sind Fleisch und Blut. Man lebt, man will schließlich in weiche Parlamentssessel sinken können nach anstrengendem Wahlgang durch das Volk! Die Lage muß also bedacht werden. Klug muß man den "Rechtsfrieden" anpacken. Schnell schon, aber nicht überstürzt, sich absichern ist wichtig. Das "Rechtsbewußtsein" muß man jedoch halten, daß sich das Volk vertreten lassen muß durchs Parlament, daß Verantwortung und Weitblick fürs Volkswohl nur so und ganz allein über das Recht entscheiden. Geschlossen muß man außerdem sein. Innere Sicherheit demonstrieren.

"Wenn dieses heikle Gesetz im Bundestag verabschiedet würde z. B. nur mit einer Stimme Mehrheit, hätte ich ein ungutes Gefühl. Der Behebung der Rechtsunsicherheit und der Hebung des Rechtsbewußtseins in der Bevölkerung wäre das nicht dienlich", bekannte MdB Müller-Emmert auf einer SPD-Veranstaltung in Ludwigshafen.

Die Furcht des SPD-Mannes ist begründet. Nicht nur in den Gewerkschaften, auch in den Reihen fester Parteimitgliedschaft stößt der Gesetzentwurf der Koalition auf Widerstand. Das "Weitestgehende" geht großen Teilen bisheriger SPD-Gefolgschaft nicht weit genug. Der Konflikt ist schwer: Je mehr Rechtssicherheit für die herrschende Klasse, desto weniger Sicherheit der Parlamentssessel und derer, die sie besitzen. Andererseits auch: Je weniger Rechtssicherheit für die herrschende Klasse, desto weniger Sicherheit des parlamentarischen Schmarotzerlebens überhaupt.

Derart von beiden Seiten in die Enge getrieben und aufeinandergepreßt, wird jetzt in den Sitzungen der Reformkommission um den Raum freier Entscheidung gerungen. Die Aufgabe der Komitees und Initiativen gegen den § 218 und aller entschiedenen Gegner des staatlichen Abtreibungsverbots wird es sein, diese Enge so unerträglich werden zu lassen, bis das Parlament zugesteht: Das Volk selber soll entscheiden! Volksentscheid gegen den § 218! – **(ab)**

Meine Gegnerschaft gegen den § 218 widersprach dem "Geist des Hauses"
Meine Gegnerschaft gegen den § 218 widersprach dem "Geist des Hauses"

Entlassung musste zurückgenommen werden

Essen. Im August dieses Jahres habe ich eine Famulatur auf der chirurgischen Abteilung des Bethesda-Krankenhauses in Essen begonnen. Ein solches Praktikum müssen Medizinstudenten nachweisen, wenn sie ihr Staatsexamen machen wollen.

Nach einer Woche wurde ich vom Chefarzt Dr. Kühne fristlos entlassen. Begründung: Ich hätte im Krankenhaus eine Plakette gegen den § 218 getragen, die ständig Ausgangspunkt für Diskussionen mit den Beschäftigten gewesen sei. Nachforschungen beim Verfassungsschutz hätten ergeben, daß ich Mitglied des Kommunistischen Bundes Westdeutschland sei. Mit Leuten meiner Gesinnung sei eine Vertrauensbasis zur Zusammenarbeit nicht gegeben. Er, Chefarzt Kühne, sei nicht bereit, solche Leute auch noch zu unterstützen, indem er sie ausbildet.

Studentenvertreter der Fachschaft Medizin protestierten gegen die Entlassung in einem offenen Brief.

Fast hundert Unterschriften waren bis dahin von Beschäftigten des Krankenhauses unter ihren Kollegen für einen Volksentscheid gegen den § 218 gesammelt worden. Einige hatten wie ich die Plakette der Komitees gegen den § 218 an ihrem Kittel getragen. Der Vertrauensleutekörper hat mehrheitlich die Forderungen der Komitees unterschrieben. Mit meiner Entlassung wollten Chefarzt und Verwaltungsdirektor die Beschäftigten einschüchtern.

Das Komitee gegen den § 218, dessen Mitglied ich bin, verteilte ein Flugblatt an die Belegschaft.

Wir machten Stände vor dem Krankenhaus, auf denen wir berichteten, wie Ärzte der Frauenabteilung dieses Krankenhauses Bevormundung und Schikane auf Grund des § 218 praktizierten.

Die örtliche Presse berichtete über meine Entlassung.

Die Verwaltung des Krankenhauses wurde hektisch. Sie versuchte denen auf die Spur zu kommen, die Unterschriften gesammelt und die Plaketten verkauft haben. Jedesmal, wenn das Komitee gegen den § 218 einen Stand vor dem Krankenhaus durchführte, tauchte der Verwaltungsdirektor Lessau auf, mit der Kamera bewaffnet, um uns zu fotografieren. Per Aushang verbot der Verwaltungsdirektor allen Kollegen des Krankenhauses jegliche politische Betätigung. "Die Eigentümerin dieses Krankenhauses, die Evangelische Kirche, hat ein anderes Parteibuch, die Bibel", so Lessau.

Für die Beschäftigten bedeutet der "Geist dieses Hauses" (Zitat Lessau) Arbeitshetze und Entrechtung. Ihre gewählte Mitarbeitervertretung z.B. wurde des Amtes enthoben, weil die gewählten ÖTV-Mitglieder aus der Kirche ausgetreten waren. Die Bewegung gegen den § 218 an diesem Krankenhaus stellte den Geist der Unterwerfung unter diese Verhältnisse in Frage.

Vor dem Arbeitsgericht habe ich Klage gegen meine Entlassung erhoben. Meine fristlose Entlassung sollte für rechtswidrig erklärt werden. Dem Vorsitzenden des Gerichts waren die hilflosen Ausführungen des Herrn Lessau über Geist und Gesinnung, die man als Beschäftigter des Krankenhauses mitbringen müßte, aber doch zu vage. Lessau mußte einwilligen, meine Entlassung für rechtswidrig zu erklären. Das Urteil ist ein Erfolg für die Gegner des § 218. – (Iris Boy, Essen)

Sicherungs- und Beugehaft

Borvin Wulf erneut inhaftiert

Hamburg. Nach zehn Monaten Untersuchungshaft war Borvin Wulf am 10. November vom Landgericht Hamburg aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Am zehnten Tag nach seiner Entlassung wurde Wulf auf Anweisung des Hamburger Oberlandesgerichts wieder ins Gefängnis geworfen.

Zur Erinnerung: Borvin Wulf war am 21. Januar festgenommen worden. Die Polizei hatte Berichte an die Presse lanciert, er sei am Bombenattentat auf den Hamburger Justizsenator Klug und den Gefängnisarzt Mairose beteiligt. Durch Gericht und Staatsanwaltschaft wurde er von Beginn an dagegen nur verdächtigt, allgemein eine "kriminelle Vereinigung" unterstützt zu haben, weil in einer Zweitwohnung Waffen gefunden worden waren. Das Material gegen ihn war nun offensichtlich so dürftig, daß das Landgericht nach zehn Monaten weitere Untersuchungshaft nicht zu rechtfertigen wußte. Es hob den Haftbefehl auf, weil nach zehn Monaten polizeilicher Ermittlungen nichts mehr zu verdunkeln sei und deshalb kein Haftgrund mehr bestehe.

Anders das Oberlandesgericht. Auf Beschwerde der Staatsanwaltschaft erließ es erneut Haftbefehl und bejahte Verdunkelungsgefahr. Der Staatsschutzsenat des Hamburger Oberlandesgerichts stellte klar: In allen Straffällen in Zusammenhang mit *"aus dem Untergrund unternommenen Angriffen gegen die demokratisch-rechtsstaatliche Ordnung"* besteht bis zum Abschluß des Prozesses grundsätzlich Verdunkelungsgefahr und damit ein Haftgrund! Es fordert und rechtfertigt damit grundsätzlich Gefängnis für Revolutionäre ab Festnahme bis Ende einer etwaigen Strafverbüßung nach dem Prozeß. Das ist Sicherungshaft.

Gleichzeitig deutete das Staatsgericht einen Weg zur Haftentlassung an: Auch Wulf gehöre in Haft. Daran ändere nichts, daß er bestreite, davon gewußt zu haben, daß in der Wohnung Waffen gelagert würden. Daran ändere nichts, daß er sich öffentlich gegen Aktionen mit Waffengewalt gegen den Staat ausgesprochen habe, denn: *"Er hat darüber Stillschweigen bewahrt, wem er die Wohnung zur Benutzung überlassen hat."* Die Staatsschutzrichter fordern Verrat und stellen Entlassung als Verräterlohn in Aussicht. Das ist Beugehaft.

Sicherungs- und Beugehaft, Gefängnis und Verrat – das sind die Mittel, die diesem Staat übrig geblieben sind für den Versuch, den Revolutionären beizukommen. – **(p., Hamburg)**

Wegen Abtreibung fünf Jahre im Gefängnis

Düsseldorf. Ein älterer Mann gab einem Mitglied des Düsseldorfer Komitees gegen den § 218 folgendes Interview:

Sie sind wegen Abtreibung in 42 Fällen zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt worden. Können Sie uns sagen, wie es gekommen ist?

Vor etwa zwanzig Jahren habe ich das erste Mal abgetrieben. Das war, weil unsere Ehe gestört war und meine Frau nicht mehr in der Lage war, noch ein drittes Kind aufzuziehen. Unser Hausarzt riet mir, die Abtreibung selber vorzunehmen. Ich hatte einige medizinische Kenntnisse, und die Abtreibung selbst verlief reibungslos.

Durch meine Frau wurde die Geschichte bekannt, und eines Abends fragte sie mich, ob ich nicht auch einer Bekannten helfen könnte. In der Kleinstadt, in der wir damals lebten, sprach sich immer mehr herum, daß ich Abtreibungen vornehmen würde, und immer mehr Frauen suchten mich auf.

Fast alle waren Frauen, die in solchen Verhältnissen lebten, daß sie kein Kind mehr aufziehen konnten. Einige waren auch minderjährig und hatten ihre Ausbildung abbrechen müssen. Ich habe das alles deshalb gemacht, weil ich den Frauen helfen wollte. Ich wurde von den Ereignissen regelrecht überrollt. Beinahe wöchentlich kamen Frauen zu mir und konfrontierten mich mit ihren Schwierigkeiten. Obwohl ich mir bei jeder Abtreibung selber sagte, daß es das letzte Mal sei. In keinem Fall habe ich Geld genommen.

Wie kam es zu der Anklage?

Ab und zu kam die Polizei, die irgendwie Wind bekommen hatte, daß in der Stadt jemand Abtreibungen vornehmen würde. Sie konnten mir jedoch nichts nachweisen. Mit der Zeit war ich nervlich einfach so fertig, daß ich mich freiwillig stellte.

Die Verhandlung fand in einer Schulaula statt, weil in einem normalen Gericht nicht genug Platz gewesen wäre. Außer mir gab es 38 Nebenangeklagte. Die medizinischen Gutachten bestätigten vor Gericht, daß kein Arzt die Abtreibungen hätte besser machen können. Obwohl man zugeben mußte, daß ich nicht aus gewinnsüchtigen Motiven gehandelt hatte, forderte der Staatsanwalt sieben Jahre Gefängnis. Schließlich gab es "nur" fünf Jahre.

Was geschah nach Ihrer Entlassung?

Bei der Deutschen Bundesbahn, wo ich vorher Beamter war, wurde ich natürlich nicht mehr eingestellt. Meine Frau hatte sich inzwischen von mir scheiden lassen. Heute bin ich 56 Jahre alt, habe keinen festen Arbeitsplatz und bin Alkoholiker. – (i., Komitee gegen den § 218 Düsseldorf)

Gegen den Paragraf 218

Hamburg. Der Landesausschuß für Berufsbildende Schulen (Vertretung der Berufsschüler) hat beschlossen, die Forderungen der Komitees gegen den § 218 zu unterstützen.

AUFRUF

ZUR URABSTIMMUNG

ÜBER EINEN STREIK!

Durch die Maßnahmen des Staates erhöht sich der finanzielle Druck auf die Studenten, die Konkurrenz wird erhöht, und die Studenten ohne reiche Eltern sind gezwungen ihr Studium abzubrechen und stehen damit mittellos auf der Straße. Gleichzeitig werden mehr Studenten herausgeprüft und die politische Entrechtung und Bespitzelung durch den Staat vorangetrieben, damit sich nicht der Widerstand gegen diese Maßnahmen organisieren kann.

Gegen diese Angriffe des Staates auf die Lebens- und Studienbedingungen der Studenten hat der Zentralrat der Vereinigten Deutschen Studentenschaften allen ASten vorgeschlagen, Ende November Anfang Dezember Aktionen durchzuführen.

Die Studenten der Uni Osnabrück haben dazu eine Urabstimmung über einen Streik beschlossen.

Die Urabstimmung sollte unter folgenden Forderungen durchgeführt werden:

- Erhöhung der Ausbildungsförderungauf einen kostendeckenden Betrag von mindestens 600 DM und einen Elternfreibetrag von mindestens 1200 DM!
- Streichungder Darlehensregelung!
- Weg mit dem Streikparagraphen im Bafög-Gesetz!
- Selbstverwaltung aller Sozialeinrichtungen der Studenten und ihre Finanzierung durch den Staat!
- Recht auf Bildung von Vertretungskörperschaften der Studenten mit politischem Mandat!
- Aufhebung aller Gesetze und Hochschulbestimmungen, die die Meinungs-, Rede-, Presse-, Streik-, Organisations- und Versammlungsfreiheit einschränken oder unterdrücken!
- Weg mit den Berufsverboten!
- Keine Verschärfung der Studien- und Prüfungsbedingungen!
- Einstellung aller Lehrer und Übernahme aller Lehrerstudenten in den Schuldienst!
- Arbeitslosengeld für alle arbeitslosen Lehrer!
- Anerkennung aller Jugendlichen ohne abgeschlossene Ausbildung, die keine Arbeit finden, als Arbeitslose; Arbeitslosengeld für diese Jugendlichen in Höhe von mindestens 60 % des durchschnittlichen Facharbeiterlohns!

Diskutiert in allen Seminaren den Aufruf und die Forderungen!

Urabstimmung vom 24.-26. 11.!

Streik vom 1.-3. 12.!

AStA DER UNIVERSITÄT

V.i.S.d.P.: Ch. Guhl

Plakat des ASTA der Universität Osnabrück zur Vorbereitung der VDS-Aktionstage

Ein Jahr auf's BAFög gewartet

Interview der KVZ mit vier Studenten der Fachhochschule für Sozialwesen in Mannheim

Ihr erhaltet alle BAFöG?

B: Ich hab' bisher überhaupt noch nichts gekriegt. Ich habe am Anfang des Vorkurses Waisenrente beantragt.

Und warum hast du nichts gekriegt?

B: Weil ich Waisenrente beantragt habe und weil die Bearbeitung der Waisenrente ein Jahr gedauert hat. Da die Waisenrente aufs BAFöG angerechnet wird, bearbeiten die erst meinen BAFöG-Antrag, wenn sie wissen, wieviel Waisenrente ich kriege. Da das ein Jahr lang gedauert hat, konnte ich ein Jahr lang warten.

Soweit ihr jetzt BAFöG erhaltet, habt ihr 500 bis 550 Mark. Wie steht man damit da?

C: Ich komm nicht hin, also ich überzieh' halt laufend mein Konto, das ist so die einzige Möglichkeit.

Kann man mal vorrechnen, was man so pro Monat braucht? Was zahlt ihr Miete?

B: Ich zahle 200 Mark.

C: Also 150 bis 160 Mark muß man gut rechnen, wenn die Heizung noch drin ist.

Und fürs Essen?

C: Also ich würde sagen, 200 müßte man mindestens rechnen.

Also 350 bis 360 Mark für Miete und Essen, und Fahrkosten ungefähr 25 Mark, macht 375 bis 385 Mark.

D: Dann kommt noch die Krankenversicherung hinzu, 25 Mark.

B: 15 Mark, wenn du BAFöG kriegst.

Also 400 Mark.

B: 400 Mark, und du hast noch kein Buch gelesen.

C: Hast auch noch nichts zum Anziehen gekauft.

A: Also Kleidung ist einfach nicht drin, das geht einfach nicht.

B: Ich rechne immer, wenn ich meinen Etat ausrechne, mit im Winter vier Wochen Arbeit und im Sommer acht Wochen Arbeit, um Geld zu verdienen.

Arbeitet ihr alle in den Ferien?

A: Ja.

B: Wenn wir Arbeit kriegen.

D: Ungefähr 30 Prozent aller Studenten der Fachhochschule arbeiten neben dem Studium regelmäßig. Von den restlichen 70 Prozent sind mindestens nochmal 40 Prozent in den Sommerferien gezwungen, länger zu arbeiten.

Von den BAFöG-Sparmaßnahmen müssen wohl die Fachhochschulen besonders stark betroffen sein, weil da wohl prozentual am meisten vom BAFöG abhängig sind, weil sie aus den besitzlosen Klassen kommen.

D: Soviel ich weiß, kriegen insgesamt 70 Prozent BAFöG bzw. 60 Prozent aller Studenten der Fachhochschule erhalten Voll-BAFöG.

Und die, die von der Mittleren Reife herkommen, erhalten wohl alle BAFöG?

A: Ja.

B: Also bei uns im Vorkurs war wohl keiner, der nicht BAFöG beantragt hat.

So daß die BAFöG-Kürzungen nochmal verschärft den Zugang von der Mittleren Reife zur Fachhochschule erschweren.

B: Ja, vor allem weil noch hinzukommt, daß die meisten schon viele Jahre gearbeitet haben vorher und von zu Hause weg sind, so daß sie von den Eltern nichts mehr erhalten können.

Wie sieht das mit den BAFöG-Kürzungen aus, habt ihr schon die neuen BAFöG-Bescheide?

D.: Da muß man erst mal sehen, daß die BAFöG-Stelle völlig überlastet ist. Bei der Fachhochschule gibt es einen, der dafür zuständig ist, der hat also 650 Anträge zu bearbeiten. Für die Studenten wirkt sich das so aus, daß sie die Auskunft erhalten, sie könnten froh sein, wenn sie im Januar ihr Geld erhalten. Bei mir im Semester war es so, daß erst etwa 30 Prozent von allen, die überhaupt BAFöG beantragten, bisher einen Bescheid erhielten, obwohl man im höheren Semester den BAFöG-Antrag schon im Juni abgeben muß, damit man im Oktober überhaupt BAFöG erhalten könnte. Von diesen 30 Prozent haben 15 Leute BAFöG-Kürzungen von teilweise 150 Mark hinnehmen müssen.

Vor den VDS-Aktionstagen

Plakat des ASTA der Universität Osnabrück zur Vorbereitung der VDS-Aktionstage

Vor den VDS-Aktionstagen

Zentralratssitzung des VDS

Bonn. Am Montag, 24. November, fand eine Zentralsitzung der Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) statt. Sie war vom Vorstand des Studentenverbandes einberufen zur Berichterstattung über seine Tätigkeit und zur Beratung über die bevorstehenden Aktionstage gegen die politische Entrechtung und die Verschlechterung der Studienbedingungen.

Die Sozialdemokraten und DKP-Revisionisten, die den Verband gegenwärtig führen und auch die M e h r h e i t der dreissig Studentenvertretunger des Zentralrates stellen, waren offenbar zum Austausch von Unverbindlichkeiten zu dieser Sitzung nach Bonn gefahren: Anträge zur Durchführung der Aktionstage und zur Fortsetzung des Kampfes für dieberechtigten Forderungen der Studenten hatten sie keine vorbereitet.

Doch es kam anders – schon im Tagesordnungspunkt "Vorstandsbericht". Das Vorstandsmitglied Knickrehm (DKP) lobte die Verbandspolitik anläßlich der DGB-Demonstration vom 8. November in Dortmund und stellte es als besonders erfolgreich heraus, daß es gelungen sei, nach seiner Schätzung etwa 10 000 Studenten für die Unterstützung der von der sozialdemokratischen DGB-Führung erhobenen Forderungen nach Mitbestimmung, Investitionen usw. zu gewinnen. Diese Unterwerfung des Studentenverbandes unter die reformistischen Forderungen der SPD-Gewerkschaftsführer wurde von einer starken Minderheit des Zentralrates entschieden zurückgewiesen und als Betrug an den Studentenschaften bezeichnet, die auf der letzten Mitgliederversammlung des Verbandes direkt eine solche falsche Festlegung der Politik zurückgewiesen hatten. Von Studentenvertretungen der über sechs bis acht Stimmen verfügenden Fraktion der Sozialistischen Basisgruppen z.B. wurden demgegenüber als Fortschritt bezeichnet die zahlreichen "oppositionellen Forderungen" auf der DGB-Demonstration. Gemeint waren damit Forderungen, wie sie insbesondere vom KBW und vom KABD dort vertreten worden sind.

Zur Beratung der Verbandspolitik zu den bevorstehenden Aktionstagen an den Hochschulen legten als einzige die Delegierten des von den Roten Zellen gestellten AStA Kiel einen Antrag vor. Sie schlugen eine Erklärung des Verbandes vor zur Unterstützung der an den Hochschulen beschlossenen Aktionen, insbesondere der Urabstimmungen für Streiks während der Aktionstage, und traten ein für die Durchführung der Mitgliederversammlung des Verbandes bereits Anfang Februar. Diese Vorverlegung der bisher im April oder später stattfindenden Mitgliederversammlung wurde von den Vertretern des Kieler AStA mit der Notwendigkeit der Beratung und Beschlußfassung über zentrale Kampfaktionen zur Durchsetzung der in den Aktionstagen erhobenen Forderungen und deren Vorbereitung begründet. Vorgeschlagen wurde ein einheitlicher Streik an allen Hochschulen im nächsten Semester, um die Regierung zur Anerkennung der erhobenen Forderungen zu zwingen. Die Sozialdemokraten und DKP-Revisionisten unternahmen allerhand Anstrengungen, um sich gegenüber diesem Vorschlag für die Fortsetzung des Kampfes über die Aktionstage hinaus herauszureden. Die Jusos erklärten einheitliche zentrale Kampfaktionen für nutzlos; die DKP-Revisionisten hielten sie zwar prinzipiell für nötig, aber man könne sie nicht "oktroyieren"; und schließlich wurde eingewandt, die Studenten "seien noch nicht so weit" und eine Vorziehung der Mitgliederversammlung auf Anfang Februar sei wegen der nötigen "Vorbereitung" nicht möglich. Einig waren sich diese bürgerlichen Gesellen lediglich in der Absicht, die Studentenschaft zu einem Zeitpunkt, in dem sie zur Aktion greift im Kampf für ihre Forderungen, ohne Erklärung und ohne Sprecher zu lassen.

Die gegenwärtigen Aktionstage sind ein Signal des Kampfes der Studenten. Erstmals spricht die Studentenschaft mit einer Stimme im Kampf für die Durchsetzung ihrer elementaren Forderungen und politischen Rechte gegenüber dem bürgerlichen Staat. Schon dieses erste Signal ist der bürgerlichen Führung des Studentenverbandes so laut, daß sie sich die Ohren davor zuhält und zu allerlei Ausflüchten greift gegenüber den Vorschlägen zur Durchsetzung der erhobenen Forderungen. Diese Vorschläge jedoch müssen beraten und entschieden werden von den Studentenschaften an den Hochschulen, damit es dem bürgerlichen Staat nicht länger möglich ist, die Studenten und Studentenschaften einzeln an den Hochschulen zu schlagen, sondern die Studenten durch ihren Verband den Kampf gegen die Regierungspolitik einheitlich und wirksam führen können. – (hj)

Erziehungswissenschaftliche Hochschule soll geschlossen werden

Worms. Das Kultusministerium Rheinland-Pfalz plant die Schließung der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule Worms mit der Begründung, es gäbe zu viel Lehrer Die Professoren stimmten der Schließung zu – unter der Bedingung, daß Landau und Koblenz Universitäten werden. Die Studenten haben sich in einer Vollversammlung gegen die Schließung ausgesprochen und eine Urabstimmung über Kampfmaßnahmen beschlossen. Beschlossen ist eine Demonstration am 4.12.

Vorbereitungen für Streiks und Demonstrationen

Baden-Württemberg

Demonstration für den 3.12. in Stuttgart beschlossen

Stuttgart. Am 25.11. wurde auf der Landesastenkonferenz Bericht erstattet über die Vorbereitungen der Aktionstage vom 1. bis 3.12. Der Aufruf der Landesastenkonferenz hat breite Resonanz gefunden. An 16 Hochschulen laufen Streikvorbereitungen. An fast allen Hochschulen werden Vollversammlungen, Veranstaltungen und Arbeitskreise durchgeführt. Um die Kämpfe zusammenzufassen, beschloß die Konferenz mehrheitlich eine zentrale Demonstration am 3. Dezember in Stuttgart. An diesem Tag will die Landesregierung über einen Teil der Sparmaßnahmen beschließen, die die Studenten betreffen: Erhöhung der Mensapreise, 1 700 Stellenstreichungen an den Hochschulen, Erhöhung aller Gebühren um 15 %.

Freiburg. An der evangelischen Fachhochschule wurde eine Urabstimmung für Streik beschlossen.

Freiburg. Auf der allgemeinen Studentenvollversammlung der Pädagogischen Hochschule Freiburg am 20. November wurde beschlossen, vom 24. bis 28. November eine Urabstimmung über einen eintägigen Warnstreik am 2. Dezember und eine Demonstration am 3. Dezember in Stuttgart durchzuführen. Die Diplomstudenten werden gleichzeitig einen dreitägigen Streik gegen die geplante völlige Streichung des Diplomstudienganges durchführen.

Heidelberg. Die Situation an der Hochschule ist zugespitzt. Der Juso-AStA an der Universität hat Anfang dieser Woche sein Versprechen der Urabstimmung für Streik während der Aktionstage endgültig leeres Wort sein lassen. Er ist auf der Landesastenkonferenz selbst gegen den Vorschlag einer zentralen Demonstration am 3. Dezember in Stuttgart aufgetreten. Nützlich war den Sozialdemokraten im AStA dies Versprechen der Urabstimmung solange, wie sie damit Spaltung und Verwirrung betreiben konnten gegenüber einer in der vergangenen Woche auf Initiative der Institutsgruppen und der Kommunistischen Hochschulgruppe durchgeführten Urabstimmung für die sofortige Einleitung des Streiks gegen die Unterdrückungsmaßnahmen des Universitätsrektors und die unzureichenden Stipendien und für die Durchführung der Aktionstage als Streik. Dazu forderte der Juso-AStA die Studenten auf, mit Nein zu stimmen.

An dieser Urabstimmung beteiligten sich 3 139 Studenten. 1 595 stimmten für die sofortige Einleitung eines Streiks gegen die Aufhebung der Wahlordnung der Studentenschaft, die Auflösung der Fachschaften und das Verbot der politischen Betätigung durch das Rektorat. Für die Durchführung der Aktionstage als Streik stimmten 2 085 Studenten. Damit wurde das Ziel dieser Urabstimmung nicht erreicht: 6 000 Studenten zu gewinnen für die sofortige Einleitung eines Streiks, um die Unterdrückungsmaßnahmen des Rektorats zu Fall zu bringen.

Dies Ergebnis zeigt, daß die Strömung in der Studentenschaft, die auf Vermeidbarkeit des Kampfes gegen den bürgerlichen Staat und Reformen durch den bürgerlichen Staat setzt und die Sozialdemokraten in den AStA gebracht hat, stark ist, so daß die Spaltungsmanöver der Jusos Erfolg haben konnten und die nötige Einheit zur Durchführung der vorgeschlagenen Streikaktion nicht hergestellt werden konnte.

Das Rektorat mußte angesichts der Stärke der Bewegung die Auseinandersetzung und das Eintreten für den Vorschlag des Streiks hinnehmen und zugleich jeden direkten Angriff auf diese Bewegung vermeiden, um nicht den Zusammenschluß der Studenten zu bestärken und damit die Bedingungen für den Erfolg der Spaltungsmanöver der Sozialdemokraten zu verringern.

Das Programm der Urabstimmung hat die Aufgabe des entschlossenen Kampfes für die politischen Freiheiten, für das Recht zum Zusammenschluß und für die Sicherung der materiellen Existenz an der Heidelberger Universität gegen den bürgerlichen Staat und seine Beamten im Rektorat gestellt. Knapp 1 600 Studenten sind dafür in der Urabstimmung eingetreten und entschlossen, diesen Kampf zu führen. Sie werden sich nicht zurückziehen, wenn sich die Reaktionäre jetzt wieder offener hervorwagen und versuchen, verlorenen Boden zurückzugewinnen, und sie werden die Auseinandersetzung führen zur Herstellung der einheitlichen Front gegenüber dem Heidelberger Rektorat und den Kultusbeamten. Um diesen Zusammenschluß für den Kampf zu stärken und zu verbreitern, werden die Durchführung der Aktionstage durch Versammlungen und Aktionen an den Instituten und die Mobilisierung für die Demonstration am 3. Dezember in Stuttgart genutzt werden. – (c., Heidelberg/Red.)

Mannheim. Schon am 7. November hat die Versammlung der Vorkursteilnehmer an der Fachhochschule für Technik in einer Resolution den Allgemeinen Studentenausschuß aufgefordert, mit Bezug auf den Beschluß der Landesastenkonferenz eine Urabstimmung über einen dreitägigen Streik durchzuführen und dabei die Forderungen mit aufzustellen:

Weg mit dem NC! Weitere Ausgleichbarkeit einer Hauptfach-Fünf! Volles BAFöG auch für Wiederholer!

Unter diesen Forderungen wehren sich die Studenten aus den Vorkursen gegen Maßnahmen, mit denen die Vorkurse auf kaltem Wege abgeschafft werden sollen.

Rheinland-Pfalz

Mainz. Am 15.11. fand in Mainz eine Sitzung der Landesastenkonferenz statt, au der weitere Vorbereitungen für die Aktionstage beraten wurden.

Die anwesenden ASten berichteten über folgende Beschlüsse:

Mainz: Die Universitätsvollversammlung hat eine Urabstimmung für einen zweitägigen Warnstreik und eine örtliche Demonstration empfohlen. Da das satzungsmäßig entscheidende Gremium, der Zentrale Fachschaftsrat, die Streikurabstimmung ablehnte, weil die Medizinerfachschaft gegen den Streik votierte, wird die Urabstimmung jetzt auf Fachschaftsebene durchgeführt. Die Vollversammlung der Mediziner beschloß inzwischen eine Streikurabstimmung.

Die Fachhochschule I und II und die katholische Fachhochschule streiken seit Dienstag für zwei Tage.

Ludwigshafen: Die Fachhochschule beschloß zwei Streiktage mit anschließender Demonstration.

Kaiserslautern: Die Fachhochschule Kaiserslautern beschloß zwei Streiktage für die erste Dezemberwoche.

Hessen

Am 21.11. hat die Landesastenkonferenz Hessen getagt und den Beschluß gefaßt, den Kampf gegen den Staatskommissar in Marburg zu unterstützen. Dazu soll am 28.11. in Marburg eine Demonstration stattfinden für den Erhalt der Verfaßten Studentenschaft und das politische Mandat. Dazu sind die hessischen Studentenschaften aufgerufen. Weiterhin hat die Landesastenkonferenz empfohlen, an den Aktionstagen am 4.12. örtliche Demonstrationen durchzuführen.

Niedersachsen

Göttingen. Auf einer von 1 000 Studenten besuchten Vollversammlung wurde die Durchführung eines aktiven Streiks in der Zeit vom 10. bis 12.12. beschlossen.

Nordrhein-Westfalen

Münster. Trotz des Verbots durch den Rektor Hoffmann wird seit Montag an der Universität die Urabstimmung für Streik durchgeführt. Eine Versammlung von 700 Studenten hatte beschlossen, daß der AStA die Urabstimmung wie geplant durchführt.

Bochum: 18 Fachschaften haben auf einer Fachschaftsvertreterkonferenz am 12.11. ein einheitliches Vorgehen bei der Durchführung der VDS-Aktionstage beschlossen. In der Woche vor dem 1. Dezember werden Fachschaftsvollversammlungen durchgeführt, auf einer Universitätsvollversammlung soll dann beschlossen werden, die Aktionstage mit einem Streik zu verbinden. Erwogen wird die Durchführung einer Demonstration am Ort.

Hamburg. Die Vollversammlung der Studenten an der Universität hat für den 1. bis 3.12. Veranstaltungen und für den 3. eine örtliche Demonstration beschlossen.

Die Studenten der Hochschule für Bildende Kunst führen vom 24. bis 28.11. einen aktiven Streik beschlossen.

Bremen. An der Hochschule für Sozialpädagogik in Bremen wurde in der Vollversammlung am 24.11. beschlossen, eine Urabstimmung durchzuführen für Streik vom 2. bis 4. Dezember. Am dritten Streiktag soll eine gemeinsame Demonstration aller Studenten zum Bremer Senat durchgeführt werden.

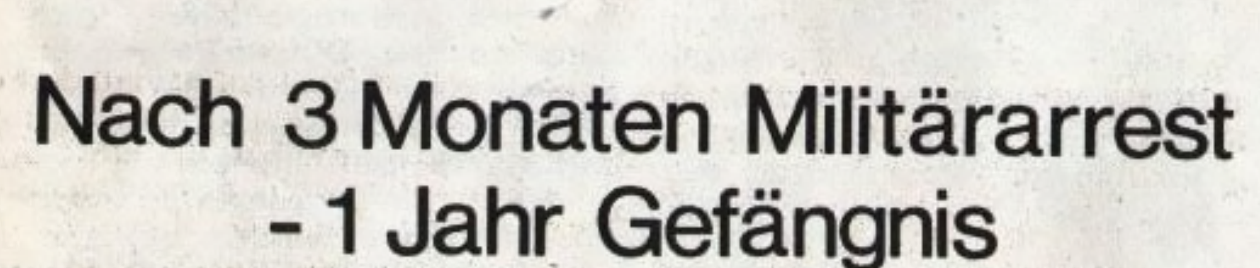
Marburg: Große Mehrheit für Streik

Marburg. 5 896 von 6 985 Stimmen für das politische Mandat, für die Wiedereinsetzung des AStA und Streik gegen den Staatskommissar, das ist das Ergebnis der in der letzten Woche durchgeführten Urabstimmung. Das ist eine gute Ausgangsposition für entschlossene Kampfmaßnahmen. Allerdings will der vom MSB und SHB getragene AStA den Streik auf zwei Tage begrenzen, anstatt für einen unbefristeten Streik, bis der Staatskommissar weg ist, einzutreten. Der AStA will offenbar auf eine Verhandlungslösung hinaus. Der DGB-Landesvorsitzende Richert hat sich als Vermittler angeboten. Wie sollen aber bei den Verhandlungen die Forderungen der Studenten durchgesetzt werden, wenn sie nicht mehr die Streikfront im Rücken haben?

Heuchelei mit der Unfallverhütung

Koblenz (Falckensteinkaserne). Im Oktober war das Fernsehen in der Falckensteinkaserne. Die Ausbildungskompanie 1/III und die 2./330 mußten auf dem Exerzierplatz antreten. Zusammen waren das so ungefähr 350 Soldaten, genausoviel wie pro Jahr bei der Heimfahrt tödlich verunglücken. Der Spieß der 1./III, der Hauptfeldwebel Rudolph, hatte seinen großen Auftritt. Er durfte etwas vorführen, was er noch nie gemacht hatte: die Belehrung der Soldaten über die Tücken des Verkehrs freitags vor Dienstschluß.

Um die Unfallverhütung beim Bund wird zur Zeit viel Wirbel gemacht. Der "Spiegel" berichtete kürzlich von einem Hauptmann, der freitags öfters einen Zusatzdienst bis 19 Uhr erfindet, um die Soldaten aus dem Berufsverkehr rauszuhalten. Ein anderer Kompaniechef verbot seinen Rekruten kurzerhand, mit dem Auto heimzufahren. Dabei ist es doch der Bund selber, der die Unfälle hervorbringt. Wir sind doch nicht freiwillig oft 300 km von zu Hause weg stationiert. Es wundert doch niemand, wenn man nach zehn Stunden Dienst noch drei Stunden fahren muß und es dann oft kracht. Auch lassen wir unser Auto nicht aus Spaß 15 Monate verlottern. Von dem beschissenen Sold können wir nicht einmal die dringendsten Reparaturen durchführen lassen. Überhaupt: Wenn jetzt in der Falckensteinkaserne freitags erst eine halbe Stunde später Dienstschluß ist und in der Ausbildungskompanie 1/III freitags nicht selten ein Zusatzdienst erfunden wird, dann ist das ganze "Fahr'n Se langsam" pure Heuchelei. Wenn die Herren von der Bundeswehrführung es ernst meinen mit der Unfallverhütung, dann sollen sie doch alle Heimfahrten mit der Bahn kostenlos machen und freitags Zusatzdienste verbieten. Oder für heimatfern eingezogene Soldaten freitags früher Dienstschluß machen. In der Ausbildungskompanie 17/III in der Westerwaldkaserne in Montabaur fängt zum Beispiel der Dienst montags erst mittags an (dafür ist aber bis 21.30 Uhr Dienst).



Nach 3 Monaten Militärarrest - 1 Jahr Gefängnis

Munster. Nach einer dreimonatigen Arreststrafe, die der Wehrpflichtige S. Volke in der Panzertruppenschule Munster während der Sommermonate absitzen mußte, wurde er von einem Zivilgericht zu einer weiteren Strafe von einem Jahr Gefängnis verurteilt. Die dreimonatige Disziplinarstrafe wird angerechnet. Zugleich wurde der Wehrpflichtige aus der Bundeswehr entlassen. Der Wehrpflichtige Volke verweigerte, die Uniform anzuziehen.

Er hatte nach Erhalt des Einberufungsbescheids Antrag auf Zurückstellung vom Wehrdienst gestellt mit der Begründung, daß er der einzige Ernährer der Familie sei. Sein Vater war verstorben, und seine Mutter war schwer krank. Dennoch mußte Volke zum Wehrdienst antreten. Da im Rahmen des Disziplinarstrafrechts die Höchststrafe 21 Tage Bau beträgt, wurde Volke jeweils nach 21 Tagen für wenige Stunden aus der Arrestzelle entlassen und aufgrund einer neuen Disziplinarstrafe sofort wieder eingebuchtet. Das Truppendienstgericht hatte dazu seine Zustimmung gegeben. Rechtsmittel können dagegen nicht eingelegt werden. Die Haftbedingungen zielten darauf ab, Volke gefügig zu machen: Einzelhaft in einer 2 mal 3 Meter großen Zelle, die mit einem finsteren Loch vergleichbar ist. Das Mobiliar besteht aus einem kleinen Tisch und einem Holzstuhl. Das Bett wird tagsüber hochgeklappt und nur von 22 Uhr bis 5 Uhr zum Schlafen heruntergelassen. In den Zellen und auf den Toiletten herrscht erbärmlicher Gestank. Unter Aufsicht der Wache können die Arrestanten täglich 30 Minuten um den Sportplatz gehen. Dabei herrscht Abstand und Sprechverbot. Volke hat den Ausgang mehrfach gesperrt bekommen wegen Gefährdung des Ansehens der Bundeswehr. Duschen dürfen die Arrestanten einmal wöchentlich. Besuchserlaubnis besteht für 15 Minuten einmal in der Woche. Dabei ist eine Aufsicht zugegen. Täglich darf eine Tageszeitung gelesen werden und Bücher aus der Truppenbücherei. Ein Arrestant darf bis zu 6 Zigaretten täglich rauchen. Für diese Arrestordnung der Panzertruppenschule zeichnet der Oberstleutnant Weick verantwortlich.

10 Tage Bau

Weitere Bestrafung eines Koblenzer Soldaten wegen der Teilnahme an der Demonstration gegen den § 218

Koblenz. Am 20. November verhängte der Kommandeur des Schweren Pionierbataillons 850, Oberstleutnant Michel, gegen den Pionier Gerhard Bayha eine Disziplinarstrafe von zehn Tagen Arrest. Dies mit folgender Begründung:

"1. Er (Pionier Gerhard Bayha) ist am 21.09.1975 in Koblenz am Hauptbahnhof, als er sich dort zusammen mit anderen Personen aufhielt, um nach Bonn zu fahren und in Uniform an einer politischen Veranstaltung teilzunehmen, dem wiederholten Befehl der Feldjäger, sich auszuweisen – ebenso wie die übrigen Soldaten –, nicht nachgekommen.

2. Er hat weiterhin am 21. September 1975 in Bonn trotz wiederholter allgemeiner Belehrung durch den Kompaniechef und persönlichen Verbotes durch den Bataillonskommandeur als Soldat in Uniform an einer politischen Demonstration teilgenommen.

Die Vollstreckung der Disziplinarmaßnahme beginnt – frühestens – am 21.11.1975 um 16.00 Uhr."

Dies ist die bisher höchste Strafe, die die Generalität gegen die Koblenzer Soldaten wegen ihrem Auftreten gegen den § 218 verhängt hat. Sie wird damit begründet, daß Gerhard Bayha schwerere Dienstvergehen begangen habe als die anderen Soldaten. Wie sieht es jedoch mit den sogenannten "schwereren Dienstvergehen" aus?

– Er habe den persönlichen Befehl seines Bataillonskommandeurs gehabt, sich nicht in Uniform an der Demonstration zu beteiligen. Bezogen wird hier auf ein Gespräch unter vier Augen, das Anfang September stattfand, als Gerhard Bayha, damals Vertrauensmann der Ausbildungskompanie, wegen eines Kameraden zum Bataillonskommandeur mußte. Hier machte der Bataillonskommandeur zwar allgemeine Andeutungen, jedoch sprach er kein persönliches Verbot aus.

– Auf Grund einer Gegenüberstellung mit den beiden Feldjägern (in der vorletzten KVZ wurde darüber berichtet), die ein abgekartetes Spiel war, wurde er als Beteiligter vom Sonntagmorgen "identifiziert".

Keiner der Koblenzer Soldaten konnte bisher durch die Strafen gebrochen werden. Ganz im Gegenteil, die Solidarität mit den Soldaten wuchs, und sie selbst waren zu keinem Zugeständnis gegenüber ihren Vorgesetzten bereit. Nicht wie sonst konnte hinter hohen Kasernenmauern, still und heimlich, die Auseinandersetzung ablaufen. Viele Menschen griffen in öffentlichen Erklärungen die Generalität an und solidarisierten sich mit dem Verhalten der Koblenzer Soldaten.

Dieser Entwicklung soll Einhalt geboten werden und sie wollen beweisen, daß sie letzten Endes doch am längeren Hebel sitzen. Die Erfolge der Koblenzer Soldaten werden vielen Soldaten in ihrer Arbeit gegen die Bundeswehr Auftrieb geben und der Widerstand wird wachsen. Dies weiß die Bundeswehrführung und deshalb versucht sie mit allen Mitteln, die Soldaten zu brechen. Hierzu inszeniert sie eine Gegenüberstellung, beruft sich auf nie gemachte Aussagen und läßt so lange Beweise anführen, bis sie die Möglichkeit erreicht, eine höhere Strafe zu verhängen. Auch bleibt noch offen, ob gegen Gerhard Bayha wegen Meuterei auf dem Koblenzer Hauptbahnhof, zivilgerichtlich verfolgt wird. Ob sie es nun machen oder nicht, schon heute kann mit Gewißheit gesagt werden, auch dieses Manöver wird den Zweck nicht erreichen, ganz im Gegenteil, es wird uns im Kampf gegen den § 218 nur weiter bestärken. – (Initiative für ein Soldaten- und Reservistenkomitee Koblenz)





Links der Kanonenjagdpanzer, rechts der Kampfpanzer "Leopard". Die westdeutsche Rüstungsindustrie möchte beide Kampfwagen zum Exportschlager machen. Ihre Vertreter dringen deshalb auf eine offizielle Aufhebung der Exportbeschränkungen für Rüstungsgüter von der Bundesregierung. Wie bisher die Beschränkungen umgangen wurden, zeigt der untenstehende Artikel.

Das Rüstungsgeschäft „Merex"

Auftraggeber war der BND / Die Staatssekretäre sorgten für das Umgehen der Ausfuhr-Kontrollbestimmungen

Bonn. Am Freitag, dem 21. November, hat beim Bonner Landgericht ein Prozeß gegen die Bonner Waffenhandelsfirma Merex wegen Verstoß gegen das Außenhandelsgesetz und Steuerhinterziehung begonnen. Die Firma soll zwischen 1964 und 1968 ohne Genehmigung Kampfflugzeuge, Geschütze, Maschinengewehre und Minen aus Bundeswehrbeständen im Wert von etwa 80 Millionen DM nach Pakisten, Indien, Saudi-Arabien und in den Iran verkauft haben.

Nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz von 1961 müssen Waffenlieferungen ins Ausland genehmigt werden und sind in sogenannte Spannungsgebiete verboten. Mit von der Partie, jedoch nicht angeklagt waren damals eine ganze Reihe von Organen des bürgerlichen Staats. Den Auftrag für die Waffenlieferungen erhielt die Firma Merex vom Bundesnachrichtendienst (BND, einer der Geheimdienste), nachdem auf Staatssekretärsebene aus politischen Gründen entschieden wurde, die Vorschriften zu umgehen (d.h. daß zum Beispiel der bürgerliche Staat das Regime des Schahs im Iran und somit auch dessen Aufrüstung und Kriegführung in Oman unterstützt, dies aber nicht öffentlich bekannt werden lassen will).

Beteiligt sollen damals die CDU-Staatssekretäre R. Lahr (Auswärtiges Amt), F. Neef (Wirtschaft), K Gumbel (Verteidigung) und K Carstens (Auswärtiges Amt und Verteidigung) gewesen sein, außerdem der BND-Chef und Ex-General Reinhard Gehlen. Der Chef von Merex sagte, auch SPD-Politiker seien informiert gewesen. Der BND besorgte Geld, Versicherungen und Transportmöglichkeiten und verhinderte verschiedene Untersuchungen anderer Behörden, die auf Merex aufmerksam geworden waren. Das Verkehrsministerium stellte Schiffahrtslinien zur Verfügung und das Verteidigungsministerium 90 Düsenjägerpiloten der Bundeswehr zum Transport von Flugzeugen.

Diese Tatsachen können als wahr hingenommen werden: Sie wurden nicht dementiert; die Agenten des BND sind als Zeugen geladen; ein SPD-Abgeordneter fragte Carstens, ob er sich um das Problem des Waffenhandels beim BND gekümmert hatte.

Was ist von dieser Angelegenheit zu halten? Handelt es sich um eine "Affäre", wie die bürgerlichen Zeitungen schreiben, haben ein Kapitalist und einige Staatsbeamte und Politiker gegen den Willen der Mehrheit der bürgerlichen Politiker, gegen das Gesetz und gegen die im bürgerlichen Staat herrschende Politik gehandelt?

Der Waffenhandel war in vielen Regierungs- und Amtsstellen Hand in Hand organisiert worden. Es ist anzunehmen, daß damals auch die Minister und die Regierung von den Tatsachen wußten. Die Drahtzieher sind bis heute nicht angeklagt. Ob es Parlamentariern genehmigt wird, im Prozeß auszusagen, steht noch nicht fest. Der Prozeß ist nicht öffentlich. Der Staatsanwalt ermittelt, wie die Zeitung "Die Welt" an eine geheime Anklageschrift gekommen ist, aus der viele Informationen stammen, die der Öffentlichkeit jetzt zugänglich sind. Der ganze Staatsapparat spielt Hand in Hand bei Durchführung und Geheimhaltung des "illegalen" Waffenhandels.

Dies ist auch nicht verwunderlich, weil dieser Waffenhandel genau zu der Linie in der Außenpolitik paßt, Unterstützung der Verbündeten durch wirtschaftliche und militärische Hilfe (z.B. Ausbildung von Offizieren des reaktionären Schah-Regimes und Wirtschaftshilfe).

Verstärktes Eintreten für die Lockerung der Exportbestimmungen, um der wieder erstarkten Rüstungsindustrie den Weltmarkt zu erschließen. Ihre Erzeugnisse gehören zu den besten in der Welt, und die Marktchancen sind gut (siehe Der Spiegel Nr. 38/1975).

Dieser Fall zeigt also, daß der bundesrepublikanische Staat ein erstarkender imperialistischer Staat ist, der die Aufgabe hat, die wirtschaftlichen, politischen und strategischen Interessen des westdeutschen Kapitals durchzusetzen und sich versucht, so lange wie möglich das Mäntelchen eines "demokratischen", "friedlichen" Staates umzuhängen. – (Ein Bundeswehrsoldat)

"Keine Stationierung von US-Truppen in Garlstedt"

Bremen. Gegen US-Truppenstationierung in der Garlstedter Heide hat sich die ÖTV-Bezirksjugendkonferenz Weser-Ems am vergangenen Wochenende ausgesprochen und eine Resolution verabschiedet. Darin heißt es u.a.:

"Diese US-Truppenstationierung in Garlstedt dient also den Großmachtinteressen der USA, um ihre politischen und wirtschaftlichen Interessen in der BRD und ganz Europa durchzusetzen. Was diese 'Interessen' bedeuten, das hatte zuletzt das vietnamesische Volk erfahren!

Keine Stationierung von US-Truppen in Garlstedt!

Wir fordern den Bezirksjugendausschuß auf, in diesem Sinne die Bewegung zu unterstützen und den Protest mitzutragen und entsprechend an den Bezirksvorstand Weser-Ems und den Kreisvorstand Bremen heranzutragen."

Solidaritätserklärungen gegen die Bestrafung der Koblenzer Soldaten

Erneut sind zahlreiche Protesterklärungen bei den Einheiten in Koblenz, dem Soldaten- und Reservistenkomitee Koblenz sowie dem Ausschuß der Komitees gegen den § 218 eingegangen: zum Beispiel von einer Veranstaltung der Komitees gegen den § 218 in **Wuppertal**, in Schwerte und anderen Orten. Auf einer von der Antimilitaristischen Gruppe **Mannheim** zusammen mit dem Komitee gegen den § 218 durchgeführten Veranstaltung wurden 104 DM für die Koblenzer Soldaten gesammelt. Der Arbeitskreis Demokratischer Sodaten (ADS) **Barme** hat eine Protesterklärung verabschiedet ebenso wie die Teilnehmer einer Veranstaltung der Initiative für ein Soldaten- und Reservistenkomitee **Köln.**

Ebenfalls hat die Antimilitaristische Gruppe **Offenbach** eine Protesterklärung auf einer Veranstaltung verabschiedet, weiter der Fachgruppenausschuß des Fachbereiches Sozialwesen der Fachhochschule Niederrhein, Abteilung **Mönchengladbach**, und die Zivildienstleistenden des Sozialen Friedensdienstes **Bremen.**

Letzte Meldung:

Koblenz. Am 25. November wurde der Gefreite Norbert Ruh als Vertrauensmann abgesetzt. Die Absetzung erfolgte als Repressalie gegen den Soldaten, der in Uniform an der Demonstration gegen den § 218 am 21. September in Bonn teilgenommen hatte.

„Haarappell"

Koblenz (Rheinkaserne). Die Vorschrift, die Haare kurz wie ein geschorenes Schaf tragen zu müssen, wurde bei der Bundeswehr schon immer als beliebtes Druckmittel eingesetzt. So war es wieder mal bei der 2. Kompanie. Am Freitagmorgen begannen die Zug- und Gruppenführer die Haarlänge zu überprüfen. Befund – die Haare sind eigentlich nicht kurz genug und man soll übers Wochenende zum Friseur gehen. Doch schon beim morgendlichen Antreten verkündete der Kompaniechef, Oberleutnant Jacob: "Meine Herren, ich war beim Friseur."

Und am Mittag ließen er und der Spieß die Katze aus dem Sack: Beim Abschlußantreten scharfe Haarkontrolle. Man solle sehen, wie die Haare bis dahin (zwei Stunden und dann noch Stuben- und Revierappell) kurz werden. Ansonsten Nachappell Samstag um halb zwölf Uhr. Während viele sich selbst die Haare stutzten, fanden einige ganz ungewöhnliche Hilfe. Oberleutnant Thesen, Zugführer des 1. Zuges, erbarmte sich und schnitt höchstpersönlich zirka 20 Kameraden die Haare. Am folgenden Montag machte sich der Kompaniechef auf seine Art darüber lustig: "Meine Herren, ich hoffe, daß einige von Ihnen zu Hause von ihrer Frau oder Freundin einen kräftigen Anschiß bekommen haben, weil ihr Haarschnitt so versaut ist. Ich hoffe, Sie werden die Lehre daraus ziehen und sich Ihre Haare in Zukunft rechtzeitig schneiden lassen."

Bleibt zuzufügen, daß dieser Mann natürlich weiß, daß das fast unmöglich ist. Er selbst ist verantwortlich dafür, daß zum Beispiel schon zwei Samstage hintereinander Dienst war und ständig Zusatzdienste (so am vergangenen Mittwoch Revierreinigen und Stubendurchgang von 18 Uhr bis 22.30 Uhr). Vielmehr macht es ihm anscheinend Vergnügen, unsere wenige dienstfreie Zeit kurzfristig zu streichen. So mußten nach dem Haarappell völlig überraschend von jedem Zug fünf Kameraden dableiben, um irgend einen Teil der Kaserne zu reinigen, den man auch noch am Montag hätte reinigen können. Ebenso schikanös ist der Zustand, daß die Zusatzdienste übers Wochenende (GvD, KvD, Bereitschaft, Wache) erst Freitag mittags bekannt gegeben werden. Bezeichnend auch, wie es einem Kameraden ging, der ebenfalls am selben Tag überraschend als Ordonanz für ein Hirschessen der Offiziere eingeteilt wurde. Mit dem Versprechen auf Dienstausgleich wurde ein weiterer Freiwilliger gesucht. Dem Kameraden wurde dann vom Spieß der Dienstausgleich "gewährt". Montag Morgen ein halber Tag frei. Doch der Kamerad wies darauf hin, daß er von Sonntag auf Montag GvD habe. Antwort: "Dann haben Sie halt Pech gehabt!" Am Montag Nachmittag wurde dem eh schon übermüdeten Kameraden der volle Dank der Militärs zuteil. Er wurde erneut für denselben Abend bis in die Nacht hinein als Ordonanz eingeteilt, weil die Offiziere schon wieder einen Grund zum Saufen gefunden haben.

Die Einheit Angolas ist durch den Imperialismus gefährdet

Der Bruderkrieg in Angola dauert an. Die Intervention der Supermächte wird immer massiver. “Im Hafen von Luanda werden seit dem 11. November pausenlos sowjetische Waffen entladen.“ (Süddeutsche Zeitung, 25. November) Kissinger hat erklärt, daß die USA sich “Gegenmaßnahmen“ überlegen müßten. (Südwestfunk, 25. November) Deshalb verstärken sich die Bemühungen der OAU und der Staaten Afrikas, der Einmischung der Supermächte ein Ende zu setzen, den Bruderkrieg zu beenden und zu einer Lösung zu kommen, die die Unabhängigkeit und territoriale Integrität Angolas sichert.

Jetzt hat Mozambique, dessen Befreiungsorganisation FRELIMO schon immer brüderliche Beziehungen zur MPLA unterhielt, durch seinen Außenminister Chissano erklärt: “Sein Land unterstütze die Forderung Somalias nach Einberufung einer dringlichen Gipfelkonferenz der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU).“ Gegenüber Falschmeldungen der imperialistischen Presse hat er erklärt: “Mozambique hat nicht einen einzigen Soldaten nach Angola geschickt, und es wird auch niemals Soldaten dorthin schicken.“ (Reuter/Die Welt, 25. November)

Der Generalsekretär der OAU, Nouredinne Djoudi, hat erklärt: “Die ausländischen Kräfte in Angola dürfen nicht von der aktuellen Situation profitieren, indem sie versuchen, eine Bewegung gegen die andere zu favorisieren.“ “Was die OAU angeht, hat sie nicht zu wählen zwischen MPLA, FNLA oder UNITA. Die OAU bemüht sich, daß Angola ein Land wird, das unabhängig ist, frei von jeder Kontrolle ist, die direkt oder indirekt ausgeübt wird durch welche fremden Mächte auch immer gegenüber Angola.“

Afrikanische Länder für die Unabhängigkeit Angolas

Der Präsident des Senegal hat sich für die Unabhängigkeit Angolas ausgesprochen und gegen den Zustand, daß es gespalten ist, zwei Regierungen hat, und ist für eine Regierung der nationalen Einheit eingetreten. In einer gemeinsamen Erklärung haben der Senegal und Ägypten ihre Freude ausgedrückt, daß die Kolonialherrschaft über Angola beseitigt ist, und der OAU ihre Unterstützung versichert, den Frieden in Angola herzustellen und die territoriale Integrität Angolas wiederherzustellen.

In einer gemeinsamen Erklärung haben Togo und Libyen ihre Genugtuung darüber ausgedrückt, daß der heroische Befreiungskampf des angolanischen Volkes durch die Unabhängigkeit gekrönt worden ist, und fordern die Befreiungsorganisationen auf, eine Lösung ihrer Differenzen zu finden, die die Einheit und Unabhängigkeit Angolas garantiert. Der Präsident von Haute-Volta hat die Unabhängigkeit Angolas begrüßt und unterstützt den OAU-Präsidenten in seinen Bemühungen, die Einheit und Integrität Angolas zu sichern.

Ebenso haben sich die Minister vieler Regierungen geäußert. Die Außenminister von Senegal, Niger, Kamerun, Tunesien, Mauretanien. Minister der Regierungen von Botswana, Tschad und Zentralafrika, die in ihren Stellungnahmen die Unabhängigkeit Angolas gefeiert und zugleich aufgerufen haben, die Bemühungen für eine Regierung der nationalen Einheit zu verstärken. In einem gemeinsamen Kommunique haben die Präsidenten von Togo, Haute-Volta und Niger erklärt: Die Unabhängigkeit ist die Krönung des Kampfes des angolanischen Volkes gegen den portugiesischen Kolonialismus, und sie ist genauso ein Sieg des freien Afrika über den internationalen Imperialismus. Sie appellieren an die Befreiungsorganisationen, daß sie so rasch als möglich ihren Feindseligkeiten ein Ende bereiten, ihre Differenzen überwinden im Hinblick auf die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit. Der Außenminister von Kamerun, Keutcha, hat erklärt: “Wir müssen weiter außerordentlich wachsam bleiben, damit sich die Unabhängigkeit der jungen Staaten konsolidiert. Es kommt vor allem darauf an, die subversiven Bedrohungen der Feinde Afrikas aufzuspüren und zu schlagen, die das Feuer des Hasses und der Uneinigkeit in Angola schüren.“

Ganz Afrika äußert sich zu dieser Auseinandersetzung und bezieht Stellung. All diese Stellungnahmen sind Ausdruck der Tatsache, daß diese Nationen sich ihre Unabhängigkeit vom Imperialismus, diese Staaten ihre Selbständigkeit gegenüber dem Imperialismus erkämpft haben und weiter erkämpfen. Daß die Völker ganz Afrikas glücklich darüber sind, daß durch die Unabhängigkeit Angolas ein weiterer Sieg über Kolonialismus und Imperialismus errungen worden ist.

Die afrikanischen Länder kämpfen um ihre Einheit gegen die Supermächte

Zugleich sind all diese Erklärungen und Bemühungen Ausdruck und Bestandteil des Kampfes ganz Afrikas und der OAU gegen die Einmischung und Hegemoniepolitik der beiden Supermächte. Diese wollen sich Angola unterwerfen. Die Solidarität der afrikanischen und arabischen Völker spalten und zerstören. Sie wollen an dieser Stelle dem sich verstärkenden Kampf ganz Afrikas gegen Imperialismus und Hegemoniestreben eine Niederlage bereiten. Die Verschärfung der Einmischung und Hegemoniepolitik fördert aber zugleich das Erstarken und die Festigung dieser Einheit. Die Einheit ist eine Waffe der afrikanischen Völker für die Erlangung der nationalen Befreiung, dem Ziel und der Aufgabe der OAU. Sie alle lassen sich von dem Grundsatz leiten, daß die Angelegenheiten Afrikas von den Afrikanern selber geregelt werden müssen, daß dies erkämpft und durchgesetzt werden muß gegen den internationalen Imperialismus, insbesondere das Hegemoniestreben der beiden Supermächte.

Beide Supermächte bekämpfen diese gerechte Politik der afrikanischen Staaten und der OAU erbittert. Die Sowjetunion wollte der OAU diktieren, daß sie den Kampf gegen jede imperialistische Einmischung, für die Unabhängigkeit und Integrität Angolas, für eine Regierung der nationalen Einheit preisgibt und stattdessen einseitig die MPLA unterstützt, die Aufteilung des Landes hinnimmt.

Die Einmischung des Sozialimperialismus schafft dem US-Imperialismus wieder neue Möglichkeiten

Die USA haben durch ihren UN-Botschafter Moynihan eine Hetzkampagne gegen die OAU und ihren Präsidenten Amin entfesselt. Beide Supermächte arbeiten daran, daß der Bruderkrieg in Angola weitergeht. Die USA durch Waffenlieferungen und Geld v.a. an die FNLA.

Inzwischen häufen sich die Meldungen über die Massierung der Waffentransporte der Sowjetunion nach Angola. Die Anwesenheit zahlreicher russischer Militärberater wird nicht mehr bestritten. Die von kubanischen Truppen auch nicht. Die UNITA hat erklärt, daß sie russische Soldaten gefangengenommen hat, was nicht von der MPLA, sondern von der Sowjetunion dementiert wurde.

Die beiden Supermächte haben Angola zu ihrem Tummelplatz gemacht. “Weil für alle Beteiligten in Angola soviel auf dem Spiel steht, wird jeder versuchen, eine Niederlage zu vermeiden, selbst um den Preis der Teilung.“ (Süddeutsche Zeitung, 25. November) So wird bereits die Verletzung der territorialen Integrität Angolas erwogen, seine Spaltung und Teilung, dessen Teile dann zum Einflußbereich jeweils einer Supermacht gehören sollen. Doch vorerst gehen sie aufs Ganze.

Die Einmischung der Sowjetunion ist inzwischen derart offensichtlich, daß es sich die andere Supermacht, die USA, erstmals wieder leisten kann, öffentlich zu erklären, daß sie sich mit Angola befassen muß. Die imperialistischen Führer der USA lassen jetzt öffentlich darüber nachdenken, ob es nicht richtig sei, direkt in Angola einzugreifen: “Amerikas Krisenmanager im State Department und Pentagon sehen eine ‘untragbar schwere‘ Entscheidung auf sich zukommen: Wie sollen die USA reagieren, wenn die Sowjetunion in Angola aufs Ganze geht?“ (Die Welt, 22. November) Soll man intervenieren? Die Möglichkeit einer direkten Konfrontation der Supermächte um Angola wird also nicht mehr ausgeschlossen. Allerdings haben die Krisenmanager Bedenken: “Um Himmels willen kein neues Vietnam“. (Die Welt, 22. November)

Der Einmischung der Supermächte, ihrem Kampf gegen die Unabhängigkeit Angolas, ihrer Drohung mit Aggression gegenüber erhebt sich Afrika. Seine Forderungen sind: Schluß mit allen Einmischungen und Manövern der Imperialisten. Verteidigung der jungen Unabhängigkeit Angolas und seiner territorialen Integrität. Regelung der Differenzen zwischen den Befreiungsorganisationen und Bildung der Regierung der nationalen Einheit. Sie finden weltweit Unterstützung. – **(hjh)**

Genscher in Lateinamerika

Verstärkte Geschäftigkeit des BRD-Imperialismus auf allen Kontinenten

Vom 17. bis 23. November reiste Außenminister Genscher in die südamerikanischen Länder Brasilien, Peru und Venezuela. Wie schon bei seiner Reise im Juli in afrikanische Staaten, wie bei den Reisen von Staatsminister Wischnewski in arabische Länder und von Wirtschaftsminister Friderichs in den Iran im gleichen Monat ging es auch jetzt wieder darum, die Niederlagen des US-Imperialismus und die wachsende Opposition gegen seine Ausplünderungspolitik auszunutzen für die Expansion des imperialistischen BRD-Kapitals.



Venezuela – ein rohstoffreiches Land im Reiseplan Genschers. Andres Perez, der Präsident von Venezuela, erklärte dem Minister, daß “das Erdöl die revolutionäre Waffe der Dritten Welt“ ist.

Entsprechend sah seine Begleitung aus: rund sechzig deutsche Industrielle und Bankiers sowie zwei Dutzend Journalisten. (Süddeutsche Zeitung, 17. November)

In Brasilien wurde in einem Kommunique “die feierliche Inkraftsetzung des deutsch-brasilianischen Atomabkommens und die Unterzeichnung eines mit 130 Millionen Mark ausgestatteten Kapitalhilfe-Abkommens verkündet“, in Lima unterzeichnete er drei Kreditabkommen über 113 Milliarden Mark mit der peruanischen Regierung.

Selbstbewußt beansprucht er gegenüber den anderen imperialistischen Räubern die Aufteilung der Welt: “Den USA und Japan wies er Asien als Einflußsphäre zu, die Bundesrepublik . . . soll sich als ‘geborener Partner‘ um die Mittelmeer-Anrainer in Südeuropa, Nahost und Nordafrika, um Schwarzafrika und Lateinamerika kümmern.“ (Der Spiegel, Nr. 48/1975)

Dem wachsenden Widerstand der Dritten Welt, von den Imperialisten als Kuchen auf ihrer Tafel behandelt zu werden, meint er damit beikommen zu können, daß er die abgehalfterte Ideologie des Liberalismus als neues Rezept des “Brückenschlags der Vernunft“ verkauft. Der freie Fluß von Kapital und Waren soll den Nord-Süd-Konflikt lösen.

Die “Süddeutsche Zeitung“ hat schon im August befürchtet, daß das nicht fruchtet: “Offenbar nicht zuletzt um die Amerikaner herüberzuziehen, läßt man im Auswärtigen Amt jetzt recht kämpferische und undifferenziert wirkende Töne über die ‘Heilkräfte‘ der Marktwirtschaft für die gesamte Weltwirtschaft anklingen. Es sind aber gerade die Regeln der Marktwirtschaft, seien sie für die entwickelten Länder noch so günstig, die bewirken, daß sich der Stärkere immer durchsetzt, daß die Kluft zwischen arm und reich ständig größer wird. Für die Entwicklungsländer müssen deshalb Belehrungen über die Vorzüge des ‘freien Kräftespiels‘ und das Plädoyer der Industrieländer für einen freien Welthandel (über die Abgrenzung der EG nach außen, über den dirigistischen Agrarmarkt redet man nicht) wie Zynismus klingen.“ (27. August)

Genscher erklärt nun, daß “die Rohstoffversorgung der Industrienationen für den Weltfrieden wichtiger ist als die Befriedigung von Ansprüchen der Entwicklungsländer, die nur Rohstoffe besitzen“ (Süddeutsche Zeitung, 17. November). Und den bürgerlichen Regimes der Dritten Welt droht er, daß “ein Zusammenbruch der Weltwirtschaft . . . zwangsläufig auch ernste politische Folgen“ für sie hätte. (Frankfurter Rundschau, 24. November)

Aber immer mehr müssen diese Regimes erkennen, daß die Gefahr größer ist, von ihren nach Unabhängigkeit strebenden Völkern hinweggefegt zu werden, wenn sie die nationalen Interessen zu wohlfeil verkaufen, immer mehr müssen sie sich darauf einstellen, daß die Imperialisten sie nicht schützen können. Zum Beispiel hat Andres Perez, Präsident Venezuelas, sich gegenüber Genschers Litanei immun erwiesen und ihm erwidert, daß “das Erdöl die revolutionäre Waffe der Dritten Welt ist“. Selbst von der faschistischen Junta in Brasilien mußte er erfahren, daß sie den “weltpolitischen Notwendigkeiten“ entsprechen müsse und sich nicht “die verdrehte Optik“ zu eigen machen könne, nach der im Interesse des Weltfriedens zuerst die wirtschaftliche Gesundheit der Großen wiederhergestellt werden müsse, ehe man an die Verbesserung in den Randstaaten denken könne. (Süddeutsche Zeitung, 17. November)

Der Aufbruch des BRD-Imperialismus und seine wachsende Geschäftigkeit verdecken nicht, daß es mit der imperialistischen Macht schlecht bestellt ist und die Schwierigkeiten, sich in den Ländern der Dritten Welt einzunisten, wachsen. – **(hl)**

Südafrika – Rohstofflieferant

3,1 Milliarden DM hat das westdeutsche Finanzkapital nach einer Mitteilung der Deutsch-Südafrikanischen Industrie- und Handelskammer in der Südafrikanischen Republik bis 1974 investiert. Damit steht es an zweiter Stelle hinter Großbritannien. Weiter hat die Johannesburger “Financial Gazette“ ermittelt, daß inzwischen 5 300 westdeutsche Unternehmen direkt oder indirekt am Geschäft mit Südafrika beteiligt sind. Davon haben über 300 feste Niederlassungen. Der Korrespondent der “Nordwest-Zeitung“ schreibt: “Der exportorientierten deutschen Wirtschaft geht es dabei um neue Absatzmärkte sowie einen gesicherten Zugang zu südafrikanischen Rohstoffen.“ (7. November) Der Korrespondent verschweigt, daß der westdeutsche Imperialismus deshalb das rassistische Vorster-Regime unterstützt, das ihm diesen Zugang sichert.

Iran: Lebenslange Haft für Parteigründung

Nach einem Gesetz vom 13. August des Jahres kann im Iran eine Person mit lebenslanger Haft bestraft werden, die im In- oder Ausland eine “kollektivistisch“ orientierte, gegen die monarchistische Ordnung gerichtete Bewegung gründet oder ihr angehört. Darauf weist der Vorstand der Confoederation Iranischer Studenten/Nationale Union (CISNU) in einer Presseerklärung vom 4.11. hin.

Uganda: Sowjetunion gibt nach

Der Versuch des russischen Sozialimperialismus, Uganda und seinem Präsidenten gegenüber den Taktstock zu schwingen und Befehle zu erteilen, ist gescheitert. Nachdem dieser Versuch von Präsident Idi Amin entlarvt und zurückgewiesen worden war, hat die Sowjetunion die diplomatischen Beziehungen unterbrochen. Jetzt hat sie nachgegeben und ihrerseits Uganda gebeten, wieder die Beziehungen zu normalisieren.

Der Verteidigungsrat Ugandas, der unter Vorsitz von Präsident Amin getagt hat, hat dazu erklärt: “Der Rat hat formell die Normalisierung der Beziehungen angenommen, die die Sowjetunion für ihre Beziehungen mit Uganda vorgeschlagen hat. Allerdings hat der Rat seine Hoffnung ausgedrückt, daß die Sowjetunion die Lektion daraus gelernt hat und sich zukünftig nicht mehr in die inneren Angelegenheiten Ugandas und anderer afrikanischer Staaten einmischt.

Präsident Amin hat dem Rat gegenüber seine Entschlossenheit zum Ausdruck gebracht, daß er sich durch andere Länder weder kontrollieren lasse noch sich in die Tasche irgendeines Landes stecken lasse.“ (Radio Kampala, nach Hsinhua, 20. November)

Vorausgegangen war, daß die Sowjetunion die Bemühungen der OAU und ihres derzeitigen Vorsitzenden Amin sabotiert hat, den Bruderkonflikt in Angola zu beenden und eine Regierung der nationalen Einheit zu schaffen. Sie hat von Uganda und Präsident Amin verlangt, daß die MPLA einseitig anerkannt werden soll. Sie wollte die OAU für ihre imperialistische Politik Angola gegenüber einspannen.

Uganda gegenüber, dessen Präsident derzeit zugleich Vorsitzender der OAU ist, hat sie eine Politik der Erpressung und Einschüchterung betrieben. Ausgenutzt hat sie dabei, daß sie seit einiger Zeit direkt in Uganda durch Waffen und Ausbilder, also “Militärhilfe“ vertreten ist. Dies hat sie sofort benutzt, um Druck auszuüben; Instrument dazu war ihre Botschaft und ihr Botschafter (daran kann man ermessen, was die Ankündigung der Sowjetunion bedeutet, daß sie in Angola “die vermutlich größte Botschaft in der südlichen Hemisphäre einrichten“ will. (Süddeutsche Zeitung, 14. November)

Sie hat sich aber verrechnet. Präsident Amin hat sich nicht erpressen und einschüchtern lassen. Er drohte mit dem Abbruch diplomatischer Beziehungen, “falls Parteichef Breschnew nicht einen hohen Funktionär mit einer Erklärung über das Verhalten des Botschafters Sacharow nach Kampala entsende“. (Stuttgarter Zeitung, 12. November) Er brandmarkte Sacharow, daß dieser sich als “Vizepräsident von Uganda betrachtet“. (Stuttgarter Zeitung, 12. November) “Der Nachfolger Sacharows dürfe keine sozialistisch-imperialistische Mentalität an den Tag legen.“ (Süddeutsche Zeitung, 13. November)

Um aus dem Schußfeld zu kommen und vom Scheitern ihres mißglückten Versuchs abzulenken, hat daraufhin die Sowjetunion selber vorübergehend die diplomatischen Beziehungen unterbrochen. Jetzt hat sie die Initiative zur Wiederaufnahme der Beziehungen ergreifen müssen. Für sie eine Demütigung. Solche Lektionen wird sie noch öfters erteilt bekommen. – **(hjh)**

Bild-Zeitung:'10 Fragen, die auch uns angehen'

Spanien: ,Hat der König eine Zukunft?'

Zehn Fragen und Antworten bringt die "Bild"-Zeitung in ihrer Montagausgabe unter diesem Titel. Dazu lautet der Untertitel: "Zehn Fragen, die auch uns angehen."

Frage Nr. 1: Kann sich König Juan Carlos I. überhaupt auf dem Thron halten?

"Bild" sagt, nach allgemeiner Ansicht habe der König ein halbes Jahr Zeit, um ein liberales Programm zu entwickeln und die Wirtschaft anzukurbeln. Wenn ihm das nicht gelinge, wackele sein Thron. Aber der Thron wackelt schon heute. Denn das spanische Volk ist gegen die Monarchie. Sein Kampf gegen die Königsherrschaft hat eine lange Tradition und dauert tatsächlich bereits über 150 Jahre. Früher war auch die spanische Bourgeoisie gegen diese Herrschaft, welche die Vorherrschaft des Grundbesitzes über alle anderen Klassen und Schichten der Gesellschaft zur Geltung bringt. Bester Beweis für die Einstellung des Volkes gegenüber der Monarchie ist die Tatsache, daß der Großvater eben dieses Königs Juan Carlos I. im Jahre 1931 davongejagt wurde. Das geschah nicht, um einen anderen Monarchen an seine Stelle zu setzen, sondern um die Republik zu erkämpfen. Wenn Juan Carlos dennoch Gelegenheit erhält, den König zu spielen, dann, weil er gehalten wird von denen, die heute über das spanische Volk herrschen: den Großgrundbesitzern im Bündnis mit der Großbourgeoisie.

Frage Nr. 2: Was erwarten die Spanier von ihrem König?

"Bild" sagt: "Frieden" und "Ruhe". "Bild" hebt die "breiten Mittelschichten" hervor, die Angst um ihren "Wohlstand" hätten und sagt: "Die Spanier erwarten, daß der König diesen Wohlstand sichert." Was heißt das: "die Spanier", die "breiten Mittelschichten"?

Die große Masse der 30 Millionen Spanier sind Arbeiter, Lohnabhängige, Land- und Industriearbeiter machen 55 Prozent der aktiven Bevölkerung aus. Im Dienstleistungsgewerbe sind weitere 2,5 Millionen Menschen beschäftigt. 1,5 bis 2 Millionen Arbeiter arbeiten außerhalb Spaniens in Ländern der EG. Die Arbeitslosigkeit in Spanien beträgt derzeit um 5 Prozent nach offiziellen Angaben. Sie alle brauchen keine Angst um ihren "Wohlstand" zu haben: Sie sind arm. Viele von ihnen hausen in Elendsquartieren oder in Blechhütten um die Städte herum. Den etwa 1 Million kleinen Bauern auf dem Lande geht es nicht besser. Sie alle haben keinen "Wohlstand" zu verlieren. Etwas zu verlieren haben die Reichen, diejenigen, die sich mit Hilfe des Franco-Regimes auf Kosten der Massen bereichert haben. Mit anderen Worten: die Grundbesitzer, die über die besten Böden in Spanien verfügen und durch die Verschuldung der kleinen und mittleren Bauern ihren Besitz in all den Jahren der Franco-Herrschaft ungeheuer ausdehnen konnten. Das ist das spanische und internationale Finanzkapital, die Großbourgeoisie, die über die Fabriken und Industrieanlagen verfügt und den Arbeitern einen Hungerlohn zahlt. Und die wohlhabende Mittelschicht, das ist in Wahrheit eine zahlenmäßig kleine Schicht. Von den Kleinkapitalisten und Händlern können sich viele eben über Wasser halten und wenige nur sind wohlhabend. Zu den Wohlhabenden gehören freilich noch die oberen Staatsfunktionäre, die die Befehle Francos ausführen ließen und für ihre Botmäßigkeit bestochen wurden. Es versteht sich, daß diese herrschenden Klassen Spaniens mitsamt ihren Handlangern nach "Frieden" und "Ruhe" für die weitere Ausbeutung und Ausplünderung des spanischen Volkes verlangen. Die Arbeiterklasse und das Volk erwarten von diesem Monarchen nichts.

Frage Nr. 3: Wie verhält sich die Armee?

"Die Streitkräfte stehen voll hinter Juan Carlos", sagt "Bild". Es gebe zwar eine "Minderheit oppositioneller Offiziere", aber einen Putschversuch der Kommunisten würden die Streitkräfte jederzeit niederschlagen. Ganz im Sinne der vorangehenden Antwort hat dieses auch nicht viel mit der Wirklichkeit zu tun. In der spanischen Armee verhält es sich ganz genau so wie in der übrigen Gesellschaft. Die Massen der einfachen Soldaten und Unteroffiziere kommen aus dem Volk. Sie waren Arbeiter und werden wieder Arbeiter sein, wenn sie die Armee wieder verlassen. Als Soldaten bleiben sie Teil der Arbeiterklasse und des Volkes. Das Offizierscorps und die höheren Unteroffiziersränge sind aber keineswegs einheitlich regimetreu. Bekannt geworden ist die "Demokratische Militärunion", in der über 1 000 Offiziere und Unteroffiziere Mitglieder sind. Ihre Forderungen, die sie vor Wochen der Öffentlichkeit vorgelegt haben, sind: Beseitigung des Franco-Regimes, freie Wahlen, bürgerlich-parlamentarische Republik. Zumeist jüngere militärische Kader, repräsentieren sie in der Armee die Interessen und Vorstellungen bestimmter Teile der Bourgeoisie und des Kleinbürgertums. Regimetreu sind im wesentlichen die hohen Offizierskader, die von Franco eingesetzte Generalität. Sie ist regimetreu, weil sie bestochen wird. Da verhält es sich nicht anders als in der staatlichen Verwaltung. Aber die Generalität hat noch niemals einen Krieg gewonnen.

Frage Nr. 4: Werden Parteien zugelassen, gibt es danach Wahlen?

"Bild" beruft sich bei der Antwort auf Beobachter, wonach mit der Zulassung einer christlich-demokratischen und einer sozialistischen Partei zu rechnen sei. Wahlen würde es frühestens in einem Jahr geben, meint "Bild". "Bild" gibt hier offenbar die Meinung und Erwartung von CDU und SPD wieder, die beide ganz hübsch hinter den spanischen Kulissen wirken, um ihre Zöglinge das Licht der Welt erblicken zu lassen. Die Frage lautet aber nicht, ob der König Parteien zulassen will und welche ihm da passend erscheinen. Die Frage ist, wie lange der König von Francos Gnaden noch verhindern kann, daß sich die Arbeiterklasse und das Volk parteimäßig organisieren und gegen die Ordnung der reichen Ausbeuter vorgehen. Schon heute existiert in Spanien ein Parteiensystem, das die klassenmäßige Spaltung der spanischen Gesellschaft widerspiegelt. Das hat selbst der Terror des Franco-Regimes nicht verhindern können, wie sollte da ein Hanswurst von König die Widersprüche zusammenhalten können?

Frage Nr. 5: Wird die Zensur aufgehoben?

Antwort der "Bild"-Zeitung: Das sei noch ungewiß. Wieder ist die Frage falsch gestellt. Für Pappkamerad König und seine Herren steht die Frage: Gelingt es uns, das Volk zu knebeln? Für die Arbeiterklasse und das Volk steht sie anders: Wann haben wir die Kraft, den Knebel wegzureißen? Die bürgerliche Klasse in Spanien, früher ein Verfechter der Pressefreiheit für ihre Organe, ist sich unsicher. Sie fragt sich: Wieviel Pressefreiheit können wir verlangen, ohne Gefahr zu laufen, daß das Volk zu Wort kommt?

Frage Nr. 6: Was machen die Kommunisten?

"Die KP bleibt verboten", erklärt "Bild" den Lesern und fügt hinzu, daß die Führer der KP Gewaltaktionen planen. Das ist wiederum daneben. Muß man heute auch in Spanien unterscheiden zwischen denen, die nur dem Namen nach noch Kommunisten sind, den Revisionisten von der PCE, und den revolutionären Organisationen. Die Revisionisten streben heute ein Bündnis an mit der spanischen Bourgeoisie. Sie begrenzen ihre Ziele auf die Herstellung einer bürgerlichen parlamentarischen Republik und entsprechend "gemäßigt" sind auch die Aktionen, die sie planen. Die revolutionären Organisationen dagegen, die "Revolutionär-Antifaschistische Volksfront" (FRAP), die "Kommunistische Bewegung" (MCE) oder die "Revolutionäre Organisation der Arbeiter" (ORT) treten alle ein für die Herrschaft der Arbeiterklasse und des Volkes in Spanien, für die Herrschaft der werktätigen Massen über alle parasitären Klassen und Schichten. Sie kämpfen für die Volksdemokratie.

Frage Nr. 7: Gibt es einen neuen Bürgerkrieg?

Das sei nicht zu befürchten, erklärt die "Bild"-Zeitung. Sie setzt darauf, daß es dem König und den Parteien gelingt, die Volksmassen ruhig zu halten. Wie lange das gelingt, darüber braucht man nicht zu spekulieren. Sicher aber ist: Die herrschenden Klassen in Spanien werden nicht freiwillig das Feld räumen und herausrücken, was sie durch Ausbeutung und Ausplünderung der Volksmassen zusammengerafft haben. Und für die arbeitenden Massen ist die Fortdauer ihrer Herrschaft unerträglich. Es werden also früher oder später die unterdrückten und ausgebeuteten Klassen mit Sicherheit ihre Peiniger gewaltsam vertreiben, und das ist nicht zu befürchten, sondern zu begrüßen. Das ist gerade eine wichtige Erfahrung des Bürgerkriegs von 1936–39.

Frage Nr. 8: Bindet sich Spanien enger an Europa?

"Bild" nimmt Juan Carlos als Gewährsmann dafür, daß Spanien will und noch direkter dem Zugriff der westeuropäischen Monopole ausgeliefert wird. So setzt nicht nur der Großbesitz in Spanien auf die Monarchie, sondern auch die imperialistische Bourgeoisie in Westdeutschland. Auf ihre alten Tage wird die Bourgeoisie wieder königstreu. Wenn nur die Kasse stimmt und das Volk geduckt bleibt, entdeckt sie in den Äußerungen eines gekrönten Dummkopfs noch staatsmännische Größe.

Frage Nr. 9: Wie werden sich die Beziehungen Madrids zu Bonn entwickeln?

"Bild" sagt: "Die Spanier wollen die Freundschaft zu den Deutschen pflegen." Die Spanier zu den Deutschen? Welche Sorte Freundschaft ist da gemeint? Die Freundschaft zwischen den Putschgeneralen um Franco und Hitlers Legion Condor bei der Niederwerfung des spanischen Volkes? Oder die Freundschaft zwischen dem spanischen Volk, das die Republik gegen Putschgenerale, eine gierige Aristokratie, blutrünstige Bischöfe und eine verkommene Großbourgeoisie im Bürgerkrieg verteidigte, und den deutschen Antifaschisten und Kommunisten in den Internationalen Brigaden?

Frage Nr. 10: Bleibt Spanien Touristenland, sind die Ferienwohnungen der Deutschen sicher?

"Bild" sagt: "Hundertprozentig ja". Aber welche Deutschen will "Bild" eigentlich damit beruhigen? Wer kann sich denn Ferienwohnungen in Spanien leisten? Deutsche Arbeiter nicht. Man muß schon an der Ausbeutung der Arbeiter in Deutschland mitzehren, ein Bourgeois sein, wenn man sich in Spanien Ferienwohnungen kaufen kann.

Für die Arbeiter und die breiten Volksmassen in Westdeutschland wird es deshalb überhaupt nicht beunruhigend sein, wenn das spanische Volk hergeht und "die Ferienwohnungen der Deutschen" enteignet. Es wird das sogar ausgesprochen heiter anzusehen sein, wie diejenigen über Unrecht und Enteignung kreischen werden, die Tag für Tag vom Raub fremder Arbeit leben. Die Sorgen der "Bild"-Zeitung zu Spanien sind die Sorgen der Reichen. Und jede Befürchtung, die sie äußert, ist für die Arbeiterklasse und das Volk in Westdeutschland eine Ermutigung. – (gi)

Oman: Erfolgreiche Veranstaltungsreise des PFLO-Vertreters

Die Solidaritätsaktionen mit dem Befreiungskampf des Volkes von Oman, die auf Initiative der Volksfront für die Befreiung Omans (PFLO) in vielen Städten der BRD derzeit durchgeführt werden, haben in der vergangenen Woche einen Höhepunkt erreicht mit einer Veranstaltungsreise eines Vertreters der PFLO. Veranstaltungen fanden statt in Freiburg, Heidelberg, Hamburg, Westberlin und Köln. Getragen wurde diese Reise von einer Aktionseinheit von Organisationen von Nahost- und Palästinakomitees, der Generalunion Arabischer Studenten u.a.m.

Die Veranstaltungen waren in allen Städten sehr erfolgreich. Insgesamt nahmen allein an diesen zentralen Veranstaltungen 4 500 Menschen teil. Daneben wurde vorher und nachher eine Vielzahl von kleineren Veranstaltungen durchgeführt, bei denen über den Befreiungskampf berichtet wurde, teils mit Dia-Vorträgen, teils mit einem Film. Die bisher eingegangene Spendensumme steht noch nicht genau fest. An den Koordinationsausschuß, der die Veranstaltungsreise organisierte, wurden aber Ergebnisse von Spendensammlungen gemeldet, die bisher einen Betrag von 60 600 DM ausmachen.

Große Veranstaltung in Bremen

Zwischen 1 000 und 1 300 Menschen kamen am 21. November in die Universität, wo das Nahost-Komitee und die Generalunion Arabischer Studenten (GUAS) als Höhepunkt ihrer Solidaritätsaktionen mit dem Befreiungskampf des Volkes von Oman in den vorausgegangenen Wochen eine Solidaritätsveranstaltung mit dem Vertreter der PFLO (Volksfront zur Befreiung Omans) durchführten.

Beifall erhielt der PFLO-Vertreter, als er darauf hinwies, daß die omanische Revolution ein direkter Beitrag zur Weltrevolution und damit auch zur Revolution in Westdeutschland ist und daß die fortschrittlichen und revolutionären Kräfte in Westdeutschland die Revolution in Oman am besten damit unterstützen, indem sie hier für die Revolution in Westdeutschland kämpfen.

Als die Rede des PFLO-Vertreters zu Ende war, erhoben sich fast alle Besucher von ihren Plätzen und sangen zusammen mit dem PFLO-Vertreter die Internationale.

An Spenden waren bis zu Ende des Abends etwa 10 000 DM eingegangen.

Hamburg: Zahlreiche kleinere Solidaritätsaktionen bildeten die Grundlage

Am 20. November sprach der Vertreter der PFLO in Hamburg vor etwa 550 Menschen. Nach der Darlegung der Bedeutung des Kampfes der PFLO gegen den Imperialismus und ihrer Ziele stellte der PFLO-Vertreter unter großem Beifall fest, daß die Revolution trotz der Vielzahl der Gegner und ihrer heftigen Angriffe siegen wird, weil eine Revolution unbesiegbar ist, die dem Volk in den befreiten Gebieten so große Errungenschaften gebracht hat. Auf der Veranstaltung wurde von zahlreichen Aktivitäten berichtet, die in den Vorwochen stattgefunden hatten und bei denen insgesamt 2 082,52 DM gesammelt wurden, neben einer Reihe von Sachspenden, u.a. Verkauf von Solidaritätskuchen durch Mitglieder des Nahost-Komitees im Sonderzug zur Demonstration gegen den § 218



Zu der Oman-Veranstaltung in Bremen kamen über 1 000 Menschen

Westberlin: Britische Militärpolizei gegen Oman-Solidarität

Über 1 000 Menschen begrüßten mit kleinen Oman-Fahnen in der Hand den Vertreter der Volksfront für die Befreiung Omans. Der Raum war geschmückt mit großen Wandgemälden, dem Emblem der PFLO, die Szenen aus der Schule des Volkes und der Schulung der Volksmiliz zeigten. Kunststudenten hatten sie für die Veranstaltung hergestellt.

Hier in Westberlin richtet sich auch gegen die Besatzungsmächte USA, England, Frankreich. Darüberhinaus wurde in einem Beitrag berichtet: Die britische Militärpolizei hat bei einer Solidaritätsaktion anläßlich der großen Schau vor zwei Wochen mit der britischen Besatzungsarmee 12 Antiimperialisten verhaftet und Oman-Informationsmaterial wegen antibritischer Propaganda beschlagnahmt.

Insgesamt wurden auf der Veranstaltung 7 890 DM gesammelt, eine Summe, die bisher noch nie auf einer antiimperialistischen Veranstaltung gesammelt werden konnte.

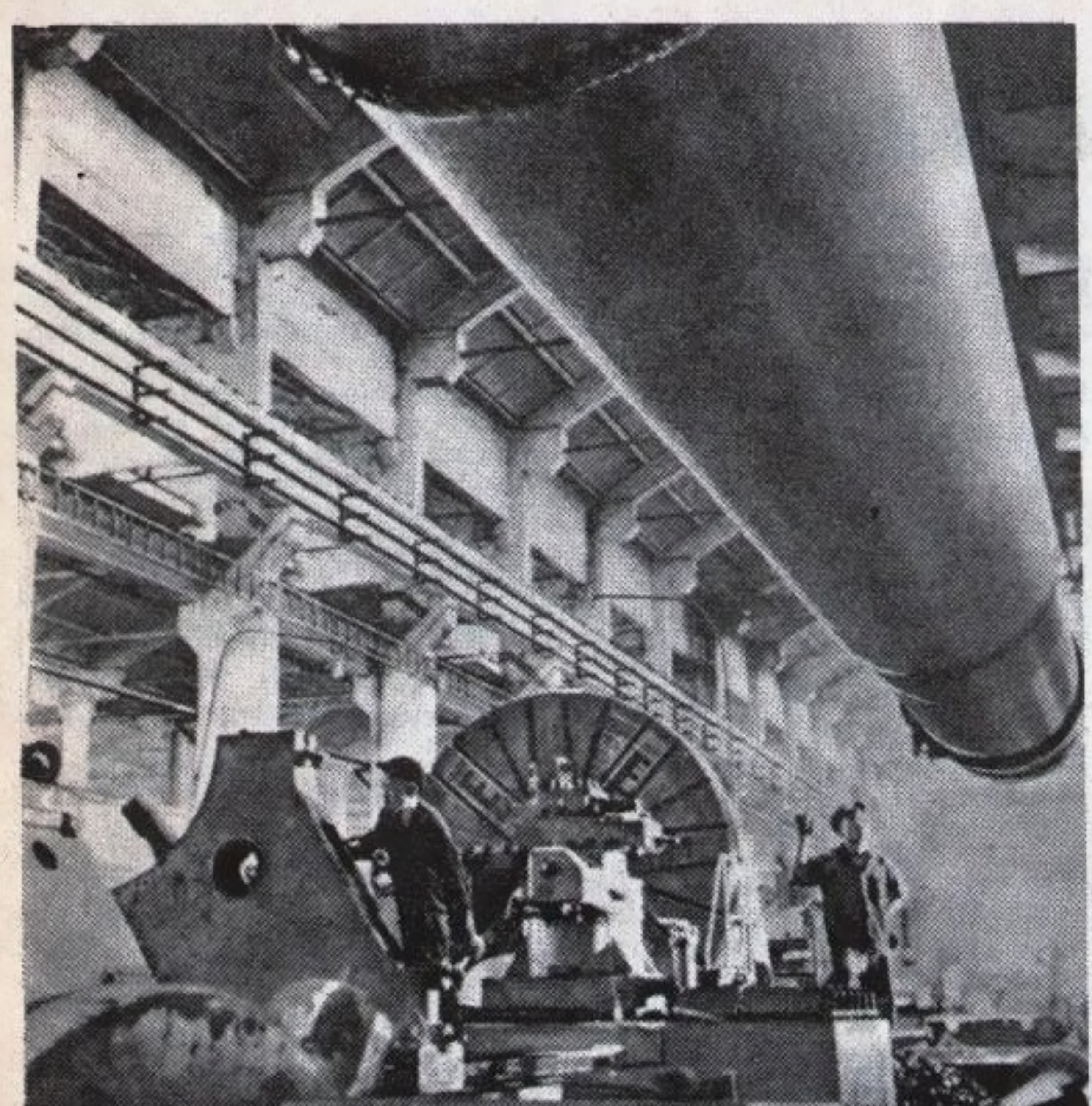
Spendenkonto
"Humanitäre Hilfe Dhofar"
Kto. Nr. 1004 704 305
Bank für Gemeinwirtschaft Westberlin

Köln. 800 Freunde des Befreiungskampfes des Volkes von Oman waren in die Aula der Universität gekommen, um an einer Solidaritätsveranstaltung mit dem Kampf des Volkes von Oman teilzunehmen. Der Vertreter der PFLO wurde vor allem auch von zahlreichen arabischen und persischen Freunden begeistert begrüßt. Neben vielen anderen kleineren Aktionen fand ein Solidaritätssportfest an der Sporthochschule statt, das der Allgemeine Studentenausschuß dort organisierte. Der Andrang dafür war überragend. Allein dabei wurden 650 DM an Spenden eingenommen.

Dortmund. Auf einer von etwa 200 Teilnehmern besuchten Oman-Veranstaltung wurde durch einen Lichtbildervortrag sowie durch einen Film über die Situation am Arabischen Golf berichtet. Um den Aufbau der von ausländischen Militärs unabhängigen Schule des omanischen Volkes zu unterstützen, wurden 1 000 DM gesammelt. Durch einen Basar, arabische Musik und Versteigerungen wurde die Veranstaltung abgerundet.

Düsseldorf. Die evangelische Studentengemeinde in Düsseldorf machte am Mittwoch, den 19. November, eine Veranstaltung zu Oman. Die 100 Besucher spendeten etwa 50 DM für den Wiederaufbau einer zerstörten Schule.

Göttingen. 250 Menschen nahmen an einer Solidaritätsveranstaltung teil, auf der der Film "Aufstand am Persischen Golf" gezeigt wurde. 850 DM wurden für den Wiederaufbau einer Schule des Volkes gesammelt.



"Im Vertrauen auf die eigene Kraft" hat es die Arbeiterklasse in Nordkorea gelernt, jede Art von Maschinen und Industrieausrüstung selber herzustellen.

Interview mit Präsident Kim Il Sung

Nordkorea schreitet mit großer Geschwindigkeit vorwärts

Am 20.10. führte W. Burchett das Interview durch / aus: "Guardian"

Pyongyang. Die Wirtschaft der Demokratischen Volksrepublik Korea (DVRK) hat ihre Expansion mit sehr großer Geschwindigkeit fortgesetzt.

Nach offiziellen Statistiken betrug dieses Wachstum während der vergangenen viereinhalb Jahre jährlich 18,2 % – trotz des Zustandes der Weltwirtschaft, der Rohölkrise und anderer negativer Faktoren.

Aus der Anzahl großer, moderner Schwerindustriefabriken, die gerade gebaut werden, wird deutlich, daß das Ziel der Demokratischen Volksrepublik Korea ist, auch in den bevorstehenden Jahren eine hohe Wachstumsrate beizubehalten. Es kann keinen Zweifel darüber geben, daß die Politik des Vertrauens in die eigene Kraft die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf die innere Entwicklung abgefangen hat. Das Ausmaß, in dem die Wirtschaft durch äußere Faktoren betroffen wurde, hat für die nordkoreanische Führung die Richtigkeit der als "juche" bezeichneten Politik des "auf die eigene Kraft Vertrauens" bestätigt.

Was nötig ist, ist noch mehr und nicht weniger von der "juche" Linie. Das wurde aus einem langen Gespräch deutlich, das ich mit Präsident Kim Il Sung vergangenen Monat hatte, wo er ineiner Reihe von Punkten die innere und äußere Politik ansprach.

"Gegenwärtig leiden viele Länder der Welt an Knappheit an Nahrungsmitteln, Treibstoff und Rohmaterialen", sagte Präsident Kim. "Aber wir haben solche Schwierigkeiten nicht. Wir wurden schon lange selbstversorgend bei Nahrungsmitteln ... Heuer hatten wir eine Rekordernte trotz der sehr ungünstigen Witterungsbedingungen ... Wir leiden unter keiner Lebensmittelknappheit, sondern legen Vorräte an. Wir exportieren sogar Lebensmittel, einige in sozialistische Länder und auch in andere, die uns bitten, ihren Mangel auszugleichen. Letztes Jahr zum Beispiel lieferten wir 200 000 Tonnen Reis auf seine Bitte an Indonesien ..."

Was daraus und aus anderen Bemerkungen des Präsidenten deutlich wurde, ist, daß Nordkorea sich zu einem wichtigen Getreideexportland entwickelt.

Die landwirtschaftliche Entwicklung kann ermessen werden aus der Tatsache, daß 1956 eine Rekordernte von 2,8 Millionen Tonnen produziert wurde – weit mehr als im besten Vorkriegsjahr (1949). 1965 waren bereits 5 Millionen Tonnen erreicht: 1974 7 Millionen Tonnen und in diesem Jahr werden 8 Millionen erwartet, die Hälfte davon Reis und der Rest Mais. Hauptfaktor dieser raschen Entwicklung der Getreideproduktion ist die vollständige Bewässerung der Getreide produzierenden Anbaufläche, ein hoher Mechanisierungsgrad und die wissenschaftliche Anwendung von Kunstdünger.

"Wir haben vor, in Zukunft 10 Millionen Tonnen Getreide zu produzieren", fuhr der Präsident fort. "Wir betreiben Intensivwirtschaft, weil wir wenig fruchtbares Land haben. (Nur 20 Prozent der Gesamtfläche der DVRK können genutzt werden.) Die Bewässerungs- und Elektrifzierungsprogramme für die Landwirtschaft sind abgeschlossen. Jetzt stehen wir vor der Aufgabe, die Pläne zu vollenden für die den Umständen gemäße Anwendung chemischer Kunstdünger und vernünftige Mechanisierung.

Das können wir rasch erreichen. Wir haben bereits große, moderne Traktoren-Fabriken gebaut und andere für die Herstellung von Traktoren eingesetzte Geräte, wie auch Traktorenstationen in vielen Gebieten ... 5 Millionen Tonnen Getriede reichen für die Bevölkerung in der nördlichen Hälfte der Republik ... so haben wir bereits den Grundstein gelegt für eine ständig steigende Getreideproduktion, es scheint kein Problem zu geben für die Produktion von 10 Millionen Tonnen in der Zukunft ..."

Die Exportmöglichkeit dafür ist offensichtlich. Aber hier gibt es einige Schwierigkeiten, wie Präsident Kim erklärte – nämlich dabei, Schiffsladeraum zu finden. Das gilt auch für andere Exportgüter Nordkoreas, inklusive nichtrostender Metalle, die seit Monaten sich an den Docks stapeln, weil Mangel an Transportmitteln herrscht.

"Die dringendste Frage in unserem Land ist heute die Entwicklung des Seetransports", sagte der Präsident, indem er eine Lösung für alle dringenden Probleme aufzeigt, die auf "der eigenen Kraft" beruht. "Die rasche Entwicklung des Seetransports ist von großer Bedeutung, um den Engpaß im Transport zu beseitigen und den Außenhandel zu entwickeln. In der Vergangenheit betrieben wir nur mit sozialistischen Ländern Handel. Wir hatten durch die Wirtschaftsblockade, die der US-Imperialismus gegen unser Land verhängte, keine Handelsbeziehungen mit kapitalistischen Ländern.

In Zukunft jedoch werden wir ausgedehnten Handel mit den Ländern der Dritten Welt treiben, auch mit Frankreich und anderen kapitalistischen Ländern Westeuropas. Der Mangel an Seetransportmitteln stellt jedoch ein Problem bei der Ausdehnung und Entwicklung eines derartigen Handels. In den Häfen unseres Landes sind jetzt alle Güter hoch gestapelt, wir können sie aber wegen Mangel an Schiffen nicht rasch verkaufen und verschiffen. Die Rate für das Chartern von Schiffen hat sich kürzlich verdreifacht, aber es ist selbst noch schwierig, ein Schiff zu chartern, wenn man den höheren Preis bezahlt. Mit derartigen Bedingungen konfrontiert, ist die einzige Lösung, selber viele große Frachtschiffe zu bauen ..."

(Anderswo habe ich erfahren, daß ein wichtiger Faktor, der zum Mangel an Charterschiffen beiträgt, die großen Getreideimporte der Sowjetunion sind, die sie von den USA, Kanada und Australien bezieht.)

"In der Vergangenheit", fuhr der Präsident fort, "hätten unsere Schiffe, selbst wenn wir sie gehabt hätten, nicht frei fahren können. Deshalb bildeten und betrieben wir mit anderen Ländern gemeinsame Schiffsgesellschaften. Aber jetzt können unsere Schiffe frei herumfahren unter der Flagge unserer Republik. ...

Unser Land hat das Material und die technische Grundlage dafür, die Schiffbauindustrie auszudehnen und die Begeisterung unserer Arbeiterklasse ist sehr hoch. Sie sagt, sie wird alles machen, worum die Partei sie bittet ..." Präsident Kim schätzte, daß das Seetransportproblem innerhalb von "zwei bis drei Jahren" gelöst werden kann.

Dem Plan voraus

Über die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung sagte der Präsident, daß "der Wert der gesamten industriellen Produktion", der mit dem 6-Jahres-Plan bis Ende 1976 erreicht werden sollte – in der Industrie ein Jahr und vier Monate und was die Landwirtschaft betrifft schon zwei Jahre vor dem Planziel erreicht wurde.

"Zwei der wichtigsten Ziele müssen aber noch erreicht werden", gab Präsident Kim zu. "Eines ist das Ziel bei der Stahlproduktion und das andere beim Zement. Wir haben diese zwei Ziele nicht erreicht, weil es einige Zeit brauchte, um große moderne Ausrüstungen au s anderen Ländern zu importieren. Diese Ziele werden in der ersten Hälfte des nächsten Jahres erreicht sein."

Ein neuer Plan wird gerade erarbeitet und wird wahrscheinlich Anfang 1976 verkündet. Der Präsident teilte mir mit, daß das Ziel für Stahl und Zement 12 und 20 Millionen Tonnen sein wird. "Diese enorme Menge Stahl und Zement, die wir produzieren werden, ist nicht nur für unseren eigenen Gebrauch", fuhr er fort. "Wo können wir 20 Millionen Tonnen Zement gebrauchen? Indem wir große Mengen Stahl und Zement produzieren, beabsichtigen wir, den Ländern der Dritten Welt zu helfen – den Ländern der neu entstehenden Kräfte – , nicht nur, um unsere eigenen Bedürfnisse daheim zu befriedigen. Diese Länder haben eine große Bautätigkeit und ihr Bedarf an Dingen wie Stahl und Zement ist groß."

Mit einer hart arbeitenden und disziplinierten Bevölkerung von etwa 17 Millionen, einem Land, das unendlich reich an Rohmaterial ist – Präsident Kim sagte, daß Voruntersuchungen Hoffnung darauf rechtfertigen, in naher Zukunft Erdöl zu finden – und mit einer harmonischen Entwicklung zwischen Schwer- und Leichtindustrie und Landwirtschaft schreitet Nordkorea mit einer atemberaubenden Geschwindigkeit vorwärts.

Präsident Kim Il Sung sieht mit 63 Jahren viel jünger aus, als er ist, und sehr wohl fähig, seine nirgends infrage gestellte Führung der Angelegenheiten des Landes noch weitere Jahre auszuüben.

UNO-Vollversammlung

Zwei Resolutionen zur Korea-Frage

Am 18. November hat das Plenum der UNO-Vollversammlug 2 gegensätzliche Resolutionen zur Korea-Frage abgestimmt. Die eine war von der VR China eingebracht worden und wurde mit 54 gegen 43 Stimmen bei 42 Enthaltungen angenommen. Sie fordert die Auflösung des "UNO-Kommandos" und den gleichzeitigen Abzug aller in Südkorea unter der Flagge der UNO stationierten ausländischen Truppen sowie die Ersetzung des Waffenstillstandsabkommens durch ein Friedensabkommen der Vertragsparteien des Waffenstillstandsabkommens, der Demokratischen Volksrepublik Korea und der USA. Die dadurch erfolgte Verurteilung der US-imperialistischen Besetzung Südkoreas, die USA haben 42 000 Soldaten dort stationiert, ist eine schwere politische Niederlage des US-Imperialismus und ein Sieg des koreanischen Volkes. Sie zeigt die wachsende internationale Unterstützung, die das koreanische Volk für seine gerechte Sache erhält.

Der US-Imperialismus versucht mit Zähnen und Klauen sich diesen letzten Brückenkopf auf dem asiatischen Kontinent zu erhalten. In einem Interview mit W. Burchett, Korrespondent des "Guardian", erklärte der Präsident der DVRK Kim Il Sung:

"Nach ihrem beschämenden Rückschlag in Indochina schmieden die US-Führer Pläne, wie sie Südkorea in ihren Fängen halten können als militärische Bastion in Asien und auch um ihre aggressiven Absichten gegen Korea selber zu intensivieren. Indem sie Südkorea zu einer 'vorgeschobenen Verteidigungszone' der USA erklärt haben, haben die Bandenführer des US-Imperialismus offen erklärt, daß sie die Aufrechterhaltung ihrer militärischen Kräfte in Südkorea fortsetzen werden."

"Kürzlich befand sich der Verteidigungsminister der USA in Südkorea und brüstete sich damit, daß wenn in Korea ein Krieg ausbricht, die US-Streitkräfte 'automatisch drin verwickelt sein würden', und er drohte mit der Anwendung von Atomwaffen. Als er das Gebiet entlang der militärischen Demarkationslinie inspizierte, diskutierte er sogar Operationspläne für Angriffe gegen die nördliche Hälfte der Republik. Für uns ist das der Beweis, daß die Bestrebungen der USA, Südkorea als Basis zu benutzen für eine Invasion und Besetzung ganz Koreas sich in keiner Weise geändert haben ..."

"Zur selben Zeit wie sie die südkoreanische Armee mit Waffen neuen Typs ausrüsten, neue militärische Basen bauen und bestehende in großem Ausmaß ausbauen unter der Parole der Modernisierung der Armee der 'Republik Korea', stacheln die amerikanischen Militaristen die südkoreanischen Marionetten an, einen Krieg gegen die nördliche Hälfte der Republik vom Zaun zu brechen. . . Derartige aggressive Manöver haben die Spannung erhöht und eine ernste Lage geschaffen, in der ein Krieg in jedem Augenblick ausbrechen kann ..."

Um ihre Besetzung Südkoreas fortsetzen zu können, haben die US-Regierung und ihre Verbündeten durch Erpressung und Druck eine zweite Korea-Resolution in der UNO-Vollversammlung durchgebracht mit 59 : 51 Stimmen bei 29 Enthaltungen. Sie tritt auch ein für die Auflösung des UNO-Kommandos, aber unter der Vorbedingung des Abschlusses eines Friedensvertrages zwischen allen 'betroffenen' Parteien, d.h. auch mit der Pak-Chung-Hi-Clique. Mit diesem Manöver versuchen sie, ihren Marionetten, zu deren Aufrechterhaltung 42 000 US-Soldaten im Süden der Republik zur Unterdrückung der Rechte des koreanischen Volkes notwendig sind, den Status einer legitimen Regierung zu verschaffen.

Die Unterstützung des sowjetischen Vertreters für die Resolution war pure Heuchelei. Die Devise "selbständige und friedliche Wiedervereinigung des Vaterlandes" nach dem Rückzug des US-Imperialismus formulierte er in seiner Rede um in "friedliche und demokratische Wiedervereinigung". Davon, daß die Völker ihre Probleme "selbständig" lösen, davon will auch diese Supermacht nichts wissen.

In diesem Jahr konnten alle Steuern auf persönliches Einkommen abgeschafft und auf industrielle Konsumgüter durchschnittlich 30 % Preissenkung gegeben werden. Die Ausbildung für jeden konnte auf 11 Pflichtjahre gesteigert werden. Daß diese Entwicklung im Norden Koreas die Supermächte angesichts der Krise in den von ihnen beherrschten Ländern beunruhigt, ist verständlich. Das obige Interview mit Kim Il Sung, Präsident von Korea, zeigt, wie stürmisch der Aufbau des Sozialismus im Norden voranschreitet durch die konsequente Anwendung des Prinzips "auf die eigene Kraft vertrauen".

Proteste gegen Trauerbeflaggung zu Ehren Francos

Gegen die von der Bundesregierung und den CDU-regierten Bundesländern angeordnete Trauerbeflaggung zu Ehren Francos hat es breite Proteste gegeben, die bis in die Reihen der SPD-Bundestagsabgeordneten reichten. Unter anderem wurden Kundgebungen in Wilhelmshaven und Konstanz durchgeführt. In Köln hatte das Studentenparlament beschlossen, eine eventuelle Trauerbeflaggung an der Universität zu verhindern. Die GEW-Mitgliederversammlung Köln hat in einem Telegramm an den nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten die Beflaggung der Bundesregierung verurteilt. In Remscheid haben Referendare in einem Leserbrief an eine Zeitung ihren Protest veröffentlicht.

UNO-Resolution zur "Palästina-Frage"

Eine auf der UNO-Vollversammlung von der palästinensischen Befreiungsorganisation PLO eingebrachte Resolution, die von zahlreichen Staaten der Dritten Welt unterstützt wird, fordert die Teilnahme der PLO an allen Aktivitäten, die im Namen der UNO zur Lösung des Palästina-Problems durchgeführt werden.

Lenin: „Was tun?"

Erneute Lektüre von Lenins Polemik gegen bürgerliche Arbeiterpolitik

Seit einigen Monaten kann jeder, der die Augen offenhält, einen deutlichen Aufschwung der Massenbewegung erkennen. Unter dem Zwang der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse und dem Druck des bürgerlichen Staates verstärken sich in allen Klassen und Schichten die Kampftätigkeiten der Massen: Die Bauern vom Kaiserstuhl machten in diesem Jahr den Anfang. Die baden-württembergische Landesregierung hatte geglaubt, sie könne über den Willen der Massen, den Bau eines Kernkraftwerkes in Wyhl zu verhindern, hinweggehen. Mit Polizeigewalt versuchte sie den Baubeginn durchzusetzen. Vom entschlossenen Widerstand der Bauernbevölkerung ist sie überrascht worden. Der Bauplatz wurde von den Massen zurückerobert, die Polizei mußte abziehen, der Platz wurde besetzt. Die Landesregierung mußte zu lavieren beginnen und noch ist keineswegs sicher, ob sie und ihre Helfershelfer in den Bürgerinitiativen damit durchkommen.

In verschiedenen Städten haben sich die Massen gegen die Ausplünderung durch den bürgerlichen Staat erhoben. Tausende haben tagelang gegen die Fahrpreiserhöhungen in Heidelberg auf den Straßen demonstriert. Die Bereitschaftspolizei mußte die Stadt militärisch besetzt halten und mußte erfahren, daß die Bürgerkriegstruppen der Kapitalistenklasse in einer empörten Stadt leicht wie Besatzertruppen behandelt werden.

An den Universitäten reift eine neue Bewegung heran, die im Kampf gegen den wirtschaftlichen und politischen Druck des bürgerlichen Staates große Studentenmassen zusammenzufassen beginnt. Maulkorberlasse wie in Heidelberg stoßen auf den Widerstand der Studenten, und in Marburg, jahrelang durch studentische DKP-Parteibeamte befriedet, beginnt sich eine Bewegung zur Verteidigung der politischen Vertretungsrechte des Allgemeinen Studentenausschusses zu bilden.

Unter den ländlichen und städtischen Massen regt sich Protest gegen die Maßnahmen des bürgerlichen Staates. Ein Zeichen dafür ist auch der erneute Aufschwung der Bewegung gegen den Paragrafen 218, die durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts und die Abstumpfungsbemühungen von SPD- und Gewerkschaftsführung nicht an ihrer Entfaltung gehindert werden kann.

Entscheidend ist aber, daß nach den großen Streikkämpfen von 1973, deren Schwung sich bis in die Tarifauseinandersetzungen im öffentlichen Dienst Anfang 1974 fortsetzte, die Arbeiterklasse erneut sichtbar in Bewegung gerät. Die Werksbesetzung in Erwitte und die Proteststreiks in Kalletal waren bereits Signale, die sowohl von der Bourgeoisie als auch von der Arbeiterklasse in ganz Westdeutschland und Westberlin beachtet wurden. Die Bourgeoisie widmete diesen Kämpfen Artikel in ihren Zeitungen; Gewerkschaftsgruppen, Vertrauensleutekörper und Arbeiterversammlungen sandten den kämpfenden Belegschaften Solidaritätstelegramme.

Waren die Streiks in Erwitte und Kalletal vereinzelte, aber landesweit beachtete Aktionen, so hat sich in den letzten Wochen eine lebhafte Kampfaktivität der Arbeiter gegen die Willkür und den Druck der Kapitalisten entwickelt. In der Textilindustrie kämpfen zahlreiche Belegschaften für die Anerkennung der Tarifverträge, in zahlreichen Betrieben wehren sich die Belegschaften mit Streiks gegen die Kürzung von übertariflichen Zulagen, und insbesondere gibt es eine breite Streikbewegung gegen die Kürzung des Weihnachtsgeldes. Auch die politische Arbeiterbewegung beginnt sich von den Fesseln des Sozialdemokratismus und Revisionismus zu befreien. Zeichen dafür waren die großen gewerkschaftlichen Jugenddemonstrationen. Auch auf der DGB-Demonstration am 7. November konnte die klassenkämpferische Strömung unter den Arbeitern und Lohnabhängigen nicht unterdrückt werden: Rote Fahnen und kämpferische Transparente bestimmten die Demonstration.

Der Aufschwung der Massenbewegung erhöht die Anforderungen an die Kommunisten

Niemand, der seine Augen aufhält, kann den außerordentlichen Aufschwung der Massenbewegung in Westdeutschland übersehen. Dieser Aufschwung zeigt sich in allen Klassen und Schichten des Volkes. Entscheidend ist dabei, daß die Arbeiterklasse, die allein in der Lage ist, diese Massenbewegung zu führen, jetzt erneut ihre Aktivitäten verstärkt, was alle übrigen Bewegungen fördern und ermutigen wird.

Angesichts der Entwicklung im Verlauf dieses Jahres kann auch jeder, der seinen Verstand anstrengt, gut erkennen: Das Problem der Marxisten-Leninisten besteht nicht darin, daß sie der Entwicklung weit vorausgeeilt sind, sondern darin, daß sie ihr auf Grund eigener Schwächen und Fehler offensichtlich hinterherhinken.

Das kann man an der geringen Rolle der Marxisten-Leninisten in diesen Bewegungen und an der Art, wie ihre Zeitungen diese Bewegungen widerspiegeln und anleiten, gut erkennen.

Der KBW konnte einen gewissen Einfluß auf die Bewegung unter den Arbeiterjugendlichen und die gewerkschaftlichen Jugenddemonstrationen gewinnen, er hat wesentlich dazu beigetragen, daß die Bewegungen gegen den § 218 nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts einen neuen Aufschwung nahm, die Kämpfe gegen die Fahrpreiserhöhungen in Heidelberg hat die Ortsgruppe des KBW geleitet, und an dem Kampf gegen das Kernkraftwerk in Wyhl sind Mitglieder des KBW beteiligt. Die KVZ hat über all diese Kämpfe regelmäßig berichtet, wie sie auch jetzt die einzige marxistisch-leninistische Zeitung ist, die breit und selbständig über die Streiks der Arbeiter berichtet. Relativ zu anderen Organisationen und Zeitungen haben der KBW und die KVZ sicherlich einiges zur Leitung der Kämpfe beigetragen und zur Verbreitung und Auswertung der Erfahrungen dieser Kämpfe. Dennoch haben wir keinerlei Grund zur Zufriedenheit. Die Lage ist ausgezeichnet. Von unserer Arbeit können wir das nicht sagen.

In einer entsprechenden Situation, Aufschwung der Massenbewegung und Zurückbleiben der Kommunisten hinter dieser Bewegung und den Aufgaben, die sie an die Kommunisten stellt, hat Lenin seine Schrift "Was tun? " geschrieben. Der Verlag für Fremdsprachige Literatur Peking bringt gerade eine wohlfeile Neuausgabe dieser Schrift heraus. Das trifft sich gut. Denn das Studium oder erneute Studium dieser Schrift kann den Kommunisten helfen, ihre Fehler und Schwächen angesichts der Entwicklung der Massenbewegung zu erkennen und zu beseitigen.

Die entscheidende Aufgabe der Kommunisten ist die politische Erziehung der Arbeiterklasse, um sie zu befähigen, das ganze Volk, alle ausgebeuteten und unterdrückten Klassen und Schichten gegen die Herrschaft der Bourgeoisie zu führen.

Dieser Aufgabe ist Lenins Schrift "Was tun? " gewidmet. Alle Strömungen, die sich der Erfüllung dieser Aufgabe entgegenstellen, werden in dieser Schrift entschieden bekämpft.

Politisches Klassenbewußtsein schaffen!

Die herrschende Ideologie ist die Ideologie der herrschenden Klasse. Spontan erheben sich die Arbeiter gegen die Kapitalisten im Kampf um den Lohn und für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Die herrschende Ideologie jedoch, der auch die Arbeiterklasse unterworfen ist, hält den Kampf der Arbeiter solange in für die Bourgeoisie erträglichen Grenzen, wie die Arbeiter nicht bewußt die Fesseln dieser Ideologie sprengen und von der Verteidigung ihrer Interessen unter der Herrschaft der Bourgeoisie zum bewußten Angriff auf diese Herrschaft übergehen, mit dem Ziel sie zu stürzen. Dies kann nicht das Ergebnis der spontanen Bewegung sein, sondern nur das Ergebnis bewußter Anstrengung. "Man sagt oft: Die Arbeiterklasse fühlt sich **spontan** zum Sozialismus hingezogen. Das ist vollkommen richtig in dem Sinne, daß die sozialistische Theorie tiefer und richtiger als jede andere die Ursachen des Elends der Arbeiterklasse aufzeigt; darum wird sie von den Arbeitern auch leicht erfaßt, **falls** diese Theorie nur selber vor der Spontaneität nicht die Segel streicht, **falls** sie sich die Spontaneität unterordnet (. . .). Die Arbeiterklasse fühlt sich spontan zum Sozialismus hingezogen, aber die am weitesten verbreitete (und in mannigfaltigsten Formen ständig wiederauferstehende) bürgerliche Ideologie drängt sich trotzdem spontan dem Arbeiter am meisten auf." (Lenin, Was tun?)

Sozialismus und klassenlose Gesellschaft, das wäre das Beste, aber die Menschen werden nie in der Lage sein, ein solches Ziel zu erreichen; dies ist eine der Formen, in der die bürgerliche Ideologie heute die Kämpfe der Arbeiterklasse in den engen Schranken der Verteidigung der Alltagsinteressen hält. Wer sich dagegen mit der Förderung und Unterstützung des Kampfes für die Alltagsinteressen zufriedengibt, fördert und unterstützt in Wirklichkeit die Unterwerfung der Arbeiterklasse und die Herrschaft der Bourgeoisie. Wie anders als durch bewußte Anstrengung sollen solche falschen Auffassungen, die durch die Herrschaft der bürgerlichen Ideologie in den Rang eines allgemeinen Vorurteils gehoben sind, überwunden werden? Worauf zielen solche allgemeinen Vorurteile? Sie zielen darauf, in der Arbeiterklasse ein Bewußtsein der eigenen revolutionären Fähigkeiten als produzierende Klasse zu verhindern. Ein Vorurteil bleibt solange bestehen, wie es nicht bewußt über Bord geworfen wird. Die spontane Bewegung wird immer wieder an die Schranken solcher Vorurteile stoßen. Bewußte Verarbeitung der Erfahrungen der Arbeiterklasse und der Erkenntnisse der Wissenschaft ist notwendig, um zu lernen: Was kann uns, die Arbeiterklasse, die die gesellschaftliche Produktion bereits heute betreibt, daran hindern, die Herrschaft der Ausbeuter abzuschaffen und die gesellschaftliche Produktion bewußt zum gemeinsamen Zweck in die eigene Hand zu nehmen? Nur das fehlende Vertrauen in unsere eigenen Fähigkeiten kann uns daran hindern, die Ausbeuterherrschaft zu beseitigen und mit dem Aufbau des Sozialismus zu beginnen. "Warum aber, wird der Leser fragen, führt die spontane Bewegung, die Bewegung in der Richtung des geringsten Widerstandes gerade zur Herrschaft der bürgerlichen Ideologie? Aus dem einfachen Grund, weil die bürgerliche Ideologie ihrer Herkunft nach viel älter ist als die sozialistische, weil sie vielseitiger entwickelt ist, weil sie über **unvergleichlich** mehr Mittel der Verbreitung verfügt." (Lenin, Was tun?) Eine führende Rolle in der Arbeiterklasse wird der wissenschaftliche Sozialismus nur erreichen und aufrechterhalten können durch unentwegten Kampf gegen alle anderen Ideologien und alle Spielarten und Formen der bürgerlichen Ideologie. Dies gilt erst recht heute, wo es der Bourgeoisie gelungen ist, Organisationen, die einst aus der Arbeiterbewegung hervorgegangen sind, wie die Sozialdemokratie und die Reste der KPD in Agenturen der Bourgeoisie in der Arbeiterklasse zu verwandeln. Die spontane Bewegung der Arbeiter kann nicht von sich aus die Fesseln der bürgerlichen Ideologie sprengen. Sie schafft aber günstige Voraussetzungen für die Lösung dieser revolutionären Aufgabe durch die Marxisten-Leninisten. Dann müssen sie sich aber darüber im klaren sein, "daß die Spontaneität der Massen von uns Sozialdemokraten eine Masse von Bewußtheit erfordert. Je stärker der Aufschwung der Massen ist, je breiter die Bewegung wird, desto schneller, unvergleichlich schneller wächst das Bedürfnis nach einer Masse von Bewußtheit sowohl in der theoretischen als auch in der politischen und organisatorischen Arbeit der Sozialdemokratie." (Lenin, Was tun?)

Organisierung von allseitigen politischen Enthüllungen

Die Strömung in der russischen Sozialdemokratie, gegen die sich Lenin wandte, der Ökonomismus, wollte den Kampf der Arbeiterbewegung einschränken auf den Kampf um den Lohn und für soziale Reformen oder, wie Martynow, einer ihrer führenden Vertreter, sagte, den "ökonomischen Kampf der Arbeiter gegen die Unternehmer und die Regierung". Um diesen Kampf zu fördern, beschränkten sich die Ökonomisten auf die Organisierung von Fabrikenthüllungen. "Diese Enthüllungen konnten (unter der Bedingung, daß die Organisation der Revolutionäre sie bis zu einem gewissen Grad ausnützte) zum Beginn und zu einem Bestandteil der sozialdemokratischen Tätigkeit werden, sie konnten aber auch (und durch die Anbetung der Spontaneität mußten sie es) zu einem 'nur-gewerkschaftlichen' Kampf und einer nichtsozialdemokratischen Arbeiterbewegung führen. Die Sozialdemokratie leitet nicht nur den Kampf der Arbeiterklasse für günstige Bedingungen des Verkaufs ihrer Arbeitskraft, sondern auch den Kampf für die Aufhebung der Gesellschaftsordnung, die die Besitzlosen zwingt, sich an die Reichen zu verkaufen. Die Sozialdemokratie vertritt die Arbeiterklasse nicht nur in ihrem Verhältnis zu einer bestimmten Unternehmergruppe, sondern in ihrem Verhältnis zu allen Klassen der modernen Gesellschaft und zum Staat als der organisierten politischen Macht. Daher ist es begreiflich, daß die Sozialdemokraten sich nicht nur nicht auf den ökonomischen Kampf beschränken können, sondern daß sie es auch nicht zulassen dürfen, daß die Organisierung der ökonomischen Enthüllungen zu ihrer hauptsächlichen Tätigkeit werde. Wir müssen die politische Erziehung der Arbeiterklasse, die Entwicklung ihres politischen Bewußtseins aktiv in Angriff nehmen." (Lenin, Was tun?)

Das politische Bewußtsein der Arbeiterklasse kann sich nicht aus den Beziehungen der Arbeiter zu den Kapitalisten entwickeln, es "kann dem Arbeiter **nur von außen** gebracht werden, das heißt aus einem Bereich außerhalb des ökonomischen Kampfes, außerhalb der Sphären der Beziehungen zwischen Arbeitern und Unternehmern. Das Gebiet, aus dem allein dieses Wissen geschöpft werden kann, sind die Beziehungen **aller** Klassen und Schichten zum Staat und zur Regierung, sind die Wechselbeziehungen zwischen **sämtlichen** Klassen. Deshalb darf man auf die Frage: Was ist zu tun, um den Arbeitern politisches Wissen zu vermitteln? – nicht allein die Antwort geben, mit der sich in den meisten Fällen die Praktiker begnügen – von den Praktikern, die zum Ökonomismus neigen, ganz zu schweigen –, nämlich die Antwort: 'zu den Arbeitern gehen'. Um den **Arbeitern** politisches Wissen zu vermitteln, müssen die Sozialdemokraten **in alle Klassen der Bevölkerung gehen**, müssen sie die Abteilungen ihrer Armee **in alle Richtungen** aussenden." Den Namen politisches Klassenbewußtsein verdient nur ein Bewußtsein, das die Arbeiterklasse befähigt, sich an die Spitze des Volkes im Kampf gegen den bürgerlichen Staat zu stellen und die Herrschaft der Ausbeuter durch eine Volksrevolution zu stürzen. Ein solches politisches Klassenbewußtsein kann nur gefördert werden durch allseitige politische Enthüllungen: "Anders als durch diese Enthüllungen **kann** das politische Bewußtsein und die revolutionäre Aktivität der Massen **nicht** herangebildet werden. Darum ist diese Art Tätigkeit eine der wichtigsten Funktionen der gesamten internationalen Sozialdemokratie, denn auch die politische Freiheit beseitigt keineswegs die Sphäre, auf die diese Enthüllungen gerichtet sind, sondern verschiebt sie nur (. . .). Das Bewußtsein der Arbeiterklasse kann kein wahrhaft politisches sein, wenn die Arbeiter nicht gelernt haben, auf **alle** und **jegliche** Fälle von Willkür und Unterdrückung, von Gewalt und Mißbrauch zu reagieren, **welche Klassen** diese Fälle auch betreffen mögen, und eben vom sozialdemokratischen und nicht irgendeinem anderen Standpunkt aus zu reagieren."

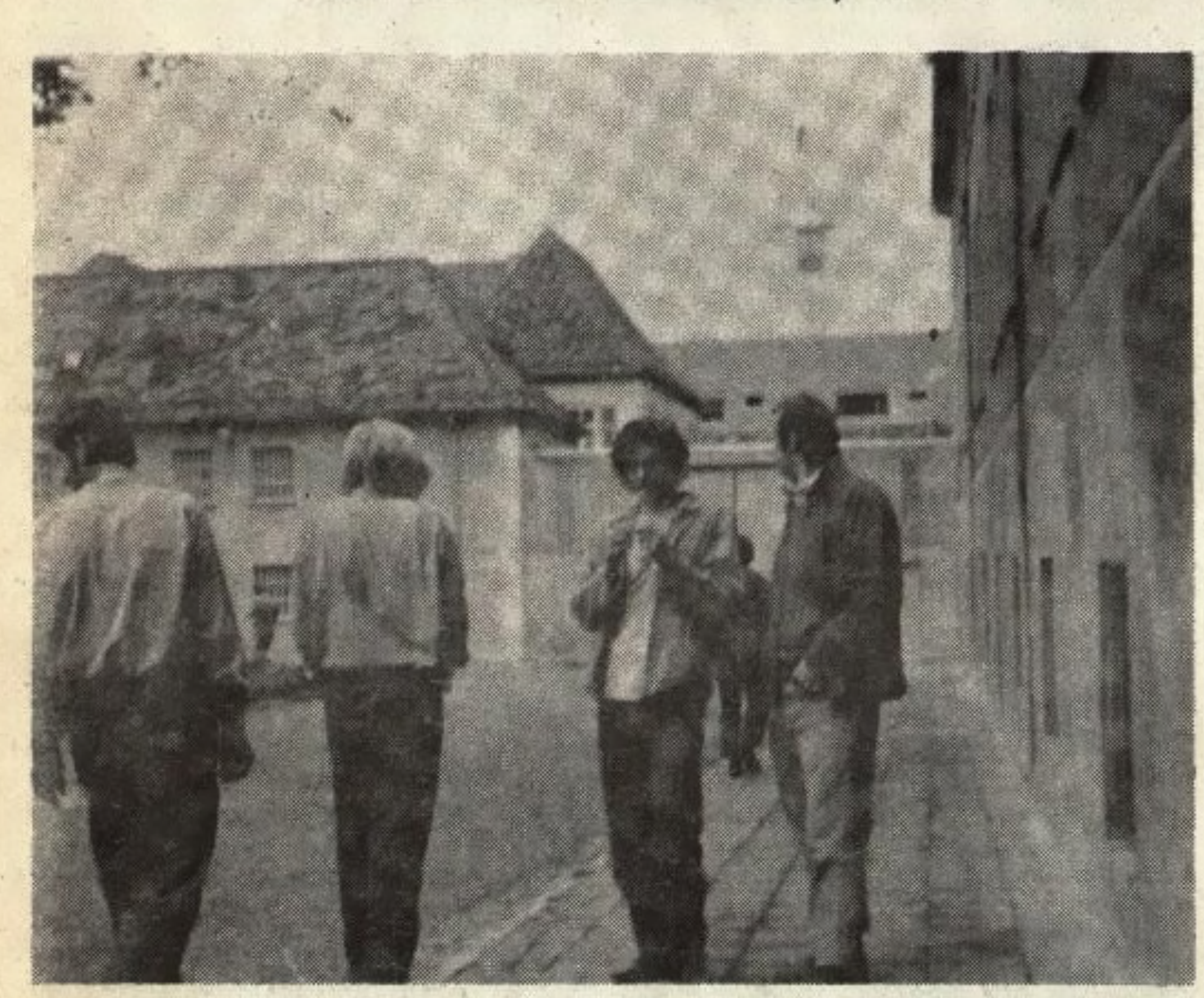
Die Arbeiterklasse zur führenden Kraft des Volkes heranbilden

Es ist offensichtlich, daß unsere Arbeit diesen Anforderungen noch nicht entspricht. Die Notwendigkeit des ideologischen Aufbaus der Partei und der ideologischen Offensive gegen die Kapitalistenklasse ist allgemein als Aufgabe anerkannt. Von der Anerkennung einer Aufgabe zu ihrer Erfüllung ist aber noch mancher Schritt zu tun. Ideologischer Aufbau und ideologische Offensive kann nichts anderes bedeuten als den hartnäckigen und unerbittlichen Kampf gegen alle falschen und bürgerlichen Auffassungen, die die Bourgeoisie offen und heimlich in die eigenen Reihen und in die Arbeiterklasse hineinträgt. Wichtige Instrumente dieses Kampfes sind die Polemik und die allseitigen politischen Enthüllungen. Stattdessen wird der ideologische Aufbau gern als Erbauung verstanden, und vergessen wird, daß die ideologische Offensive vor allem in einer beharrlichen Zerstörungarbeit des Ansehens der bürgerlichen Klasse und ihres Staates besteht, wozu nur allseitige politische Enthüllungen taugen. Die bloße Beschwörung des ideologischen Aufbaus der Partei und der ideologischen Offensive kann sich in der Praxis auch gut mit dem Gehabe eines Gewerkschaftssekretärs vertragen, der sich darauf beschränkt, den "ökonomischen Kampf gegen die Unternehmer und die Regierung" zu propagieren und als Allheilmittel gegen die Lage der Arbeiterklasse den Lohnkampf und den Kampf für Arbeiterforderungen anzubieten. "Man kann nicht oft genug betonen, daß **das noch nicht** Sozialdemokratismus ist, daß das Ideal eines Sozialdemokraten nicht der Sekretär einer Trade-Union, sondern der **Volkstribun** sein muß, der es versteht, auf alle Erscheinungen der Willkür und der Unterdrückung zu reagieren, wo sie auch auftreten mögen, welche Schicht oder Klasse sie betreffen mögen, der es versteht, an allen Erscheinungen das Gesamtbild der Polizeiwillkür und der kapitalistischen Ausbeutung zu zeigen, der es versteht, jede Kleinigkeit zu benutzen, um **vor aller** Welt seine sozialistischen Überzeugungen und seine demokratischen Forderungen darzulegen, **um allen** und jedermann die welthistorische Bedeutung des Befreiungskampfes des Proletariats klarzumachen."

Vorkämpferin aller ausgebeuteten und unterdrückten Klassen kann die Arbeiterklasse nur werden, wenn die Marxisten-Leninisten umfassendes politisches Wissen in die Arbeiterklasse hineintragen und die Arbeiterklasse zum "Vorkämpfer der Demokratie" (Lenin) heranbilden. Nur so kann die Arbeiterklasse den Kampf für ihre eigene Befreiung führen und das Volk für den Sturz des bürgerlichen Staates gewinnen. Dies ist die Lehre, die Lenin in "Was tun? " entwickelt. – (js)

Justizvollzugsanstalt Ludwigsburg

Tatbestände, bei denen schon der Versuch strafbar ist ...



Ludwigsburg. "Mit Wut im Bauch drehst du die Runde in der kurzen Freizeitstunde . . ."

"Der Mensch im Gefängnis, der am meisten Angst hat, ist der Gefängnisdirektor." Diesen Satz, der angeblich von Bernard Shaw stammt, habe ich auf einem kleinen Flugblatt gelesen in der Vollzugsanstalt Ludwigsburg. Er hat wohl seine Richtigkeit, denn was haben Gefangene zu verlieren?

Freilich, es gibt ein System von Maßnahmen, kleinen widerrufbaren Vergünstigungen – überhaupt alles im Strafvollzug ist eine Vergünstigung, die widerrufen werden kann. Der Gefangene ist in der Gewalt des Staates im buchstäblichen Sinn, und diese Gewalt hat keinen anderen Inhalt als zu bewirken, daß die Verhältnisse hingenommen werden, wie sie sind: zunächst, daß der Strafvollzug ohne Widerspruch hingenommen wird. Das Brechen des Rückgrats ist dabei zugleich die "Vorbereitung des Gefangenen auf die Freiheit", die "Resozialisierung" nur ein weicheres Verfahren.

Der Anstaltsleiter Scham vom Ludwigsburger Gefängnis vertritt offensichtlich die Meinung seines Dienstherren, des Justizministers Bender, daß der Strafvollzug in erster Linie Sühne zu sein hat. Er selbst verbindet daß der Strafvollzug in erster Linie Sühne zu sein hat. Er selbst verbindet dies noch mit einer persönlichen Rache. Auf Vorschläge zur Verbesserung der Lage der Häftlinge antwortet er, dies sei bei seiner Gefangenschaft in Rußland noch viel schlechter gewesen. Sogar auf den Wunsch eines Gefangenen nach einem zusätzlichen Handtuch hatte er diese Antwort parat. Als mich der Anstaltsleiter zu einem Eingangsgespräch auf der Zelle besuchte, wollte er mir vor allen Dingen einen Wunsch vorbringen: Ich sollte nicht versuchen, einen Aufstand anzuzetteln. Darüber war ich zunächst wirklich überrascht und fragte, wie er sich das denn wohl vorstellte, hatte mich aber schnell gefaßt und sagte, wenn es Aufstand gäbe, dann könne der Grund ja wohl nicht in meiner Person liegen, sondern es müsse Gründe im Vollzug geben, die die Gefangenen zum Aufstand bringen. Darauf antwortete er: "Es gibt immer Gründe."

Um es vorwegzunehmen: Es ist, während ich in Ludwigsburg saß, nicht zum Aufstand gekommen, aber die Anstaltsleitung unternahm Schritte, als ob es einen zu verhindern gäbe und sprach von Vorfällen, die "an Tatbestände grenzen, bei denen schon der Versuch strafbar" sei.

"15 Vorschläge" kursieren

"15 Vorschläge für die Anstalt Ludwigsburg" kursieren unter den Gefangenen in Form von hand- und maschinegeschriebenen Blättern, auf denen zum Schluß stand: "Sauber abschreiben, weitergeben!" Diese Vorschläge sind gegen die dringendsten Übelstände in Ludwigsburg gerichtet. Da gibt es zum Beispiel am Wochenende außer einmal zwei Stunden Skat und Hofgang um acht Uhr in der Früh nur Einschluß auf der Zelle. Das wird überhaupt nur in ganz wenigen Anstalten so gehandhabt. Auch das Essen ist schlechter noch als in anderen Anstalten. Es widerspricht den minimalen Anforderungen an Gesundheit und Menschenwürde, ebenso wie die unglaublichen hygienischen Verhältnisse, die winzigen Zellen, die nicht einmal der Minimalvorschrift von 22 Kubikmetern pro Person entsprechen. Die Arbeitsentlohnung bzw. "Belohnung", wie es offiziell heißt, ist in allen Anstalten mehr oder weniger gleich schlecht. Höchstsatz 2,70 DM am Tag und 35 DM monatliche Prämie, aber das haben nur wenige.

Die Pensumarbeit, das ist stumpfsinnige Akkordarbeit, wird im Durchschnitt besonders schlecht entlohnt, weil das Pensum kaum zu schaffen ist. In Ludwigsburg macht damit die Firma Bosch und eine Schuhfabrik ihr Geschäft. Auch die Besuchszeit ist überall sehr beschränkt. In Ludwigsburg kommt es darüberhinaus vor, daß eine Besuchsverlängerung auf eine Stunde verweigert wird, obwohl die Ehefrau nur einmal überhaupt die weite Reise vom Ruhrgebiet her machen kann.

Die letzten beiden Vorschläge betreffen den Gefangenenrat, daß er frei und direkt gewählt werden soll und daß die Gefangenen eine monatliche Versammlung haben, damit der Gefangenenrat im Sinne der Gefangenen handeln und über seine Tätigkeit berichten kann. Die Anstaltsleitung versucht aus dem Gefangenenrat keit berichten kann. Die Anstaltsleitung versucht aus dem Gefangenenrat eine Einrichtung für besondere Günstlinge zu machen.

Nachdem die 15 Vorschläge eine Zeitlang unter den Gefangenen kursiert waren und auch die Anstaltsleitung ein Exemplar aus dem Aushang im Hof konfisziert hatte, wurde bei einem Hofgang ein großes Plakat mit den Vorschlägen ausgehängt und ebenfalls nach kurzer Zeit konfisziert.

Inzwischen hatte ein Gefangener, ein Arbeiter, noch ein Gedicht über die 15 Vorschläge gemacht, das in sehr witziger und populärer Weise dem Ludwigsburger Vollzug die vergleichsweise humane Behandlung von Tieren im Zoo gegenüberstellt. Ein Hauch von Leben drang in den Knaststumpfsinn. Das Gedicht war überschrieben: "Abschreiben, weitergeben Nr. 2". ben Nr. 2".

Abschreiben, weitergeben! Nr. 2

Im Zoo das Tier oft gut gelaunt,
worüber mancher Mensch nur staunt.
Es wird gestriegelt, auch verpflegt,
und somit immer gut gehegt.
Die Sonne kann es oft genießen,
es kann sich tummeln auf den Wiesen.
Durch Vitamine und viel Kohl
geht es den meisten auch sehr wohl.
Doch ist mal eines wirklich krank,
entfernt man Schmutz und den Gestank.
Im Käfig tut es auch mal sitzen,
drum muß es immer sauber blitzen.
Wär dies nicht so, würd es wohl stören,
tät mancher Mensch sich drum empören.
Die Arbeit kennt nicht Gnu noch Affe,
es reicht nur, wenn man sie begaffe.
Besuch ist üblich oft am Tage,
so kommt auch keines sehr in Rage.
Der Pfleger gibt auch peinlichst acht,
daß jedes Sex hat Tag und Nacht.
Auch sportlich kann sich jedes trimmen,
der Seelöw' macht es oft durch Schwimmen.
Der Mensch, der kommt zu jeder Stund,
das Tier hat Kurzweil, es sieht bunt.
Das Vieh denkt, ist das ein Programm,
was doch der Mensch nicht alles kann.
Nun frag ich diesen Herrn mal hier,
wie gehts uns im Vergleich zum Tier?
Drum hör nur zu, du großer Boss,
du sitzt da auf dem hohen Roß.
Die Zeit ist da, du sollst es wissen,
in deiner Burg ist's sehr beschissen.
Tag ein, Tag aus in diesem Bau
die Zeit vergeht, wir werden grau.
Man stellt uns hin ein mieses Essen,
dies wird auch noch zu knapp bemessen.
Man spürts, die sparen, sparen, sparen,
denn Vitamine sind Mangelwaren.
Ein "Apfel gibt es jede Woch",
man gibt ihn rein in unser Loch.
Mit Wut im Bauch drehst du die Runde
in deiner kurzen Freizeitstunde.
Am Sonntag geht's in' Hof um acht,
im Winter ist es dann noch Nacht.
So gibt es kaum ne Stunde Luft,
dann muß man wieder in die Gruft.
Zum Reinemachen bleibt sie zu,
denn jeder Herr will seine Ruh.
Nun machst du sauber deine Zelle,
doch wird's nur dunkler anstatt helle;
Der Schmutz fliegt rum im kleinen Raum
und setzt sich nieder wie ein Flaum.
So wird man krank und kriegt die Pest,
dies gibt dir dann den letzten Rest.
Die Arbeit hier ist wirklich Fron –
für viel Maloche wenig Lohn.
Dann muß man auch noch Pensum schaffen,
damit sie reichlich Kohlen raffen.
Somit wird Arbeit dir zur Qual,
dem Staat bringt es das Kapital.
Der Einkauf ist auch ziemlich karg,
im Monat ein paar müde Mark.
So mancher sich die Haare rauft,
denn teuer ist, was er sich kauft.
Die Freizeit, das ist so ein Wort,
sehr wenig Spiele, fast kein Sport.
Dies spürt nicht jeder nur am Rumpf,
der Geist wird schwach, man macht uns stumpf.
Kommt deine Frau und sieht dich an,
sie denkt, dies ist doch nicht mein Mann.
Zum bösen Spiel gut Miene macht,
damit die Frau doch endlich lacht.
Sie spricht sehr schnell, sie muß sich sputen,
es bleiben ihr ja nur Minuten.
Willst du intim der Frau was sagen,
mißtraut man dir und stellt noch Fragen.
Es geht vorbei das kurze Glück,
dann mußt du in die Zell zurück.
So sitzt du dann in diesem Haus,
bis man dich läßt zum Fernsehn raus.
Die Stunden, die du dich könntst freuen,
die muß man meistens sehr bereuen.
Denn was man sieht in dieser Kist
ist oftmals doch der größte Mist.
Gestaltet wird nun dies Programm
in jeder Gruppe von ein' Mann.
Doch denen geb ich nicht die Schuld,
denn ihnen reißt auch oft d'Geduld.
Nur manchmal kommen mir die Tränen,
drum möcht ich eines hier erwähnen.

Es gibt da manchen, der tut prahlen,
was er getan hat seit den Wahlen.
O.K. in Ordnung, doch zu klein,
denn was hier ist, es trügt der Schein.
Merkt ihr denn nicht, man hält uns dumm,
wenn ihr nur nickt und bleibet stumm.
Ihr hättet ganz unser Vertrauen,
tut ihr mal auf die Pauke hauen.
Wir hängen alle an ein'm Strang,
der eine kurz, der andre lang.
Wenn wir an ihm gemeinsam ziehen,
braucht keiner vor den' oben knieen.
Drum lest dies durch, und jeder merke:
Die Einigkeit ist unsre Stärke.
Drum laßt den Streit und auch den Neid,
wir brauchen hier die Einigkeit.
Doch drohen wird die Anstaltsleitung,
das macht nichts, dann geht es zur Zeitung.
Sie sitzen zwar am längern Hebel,
doch nicht, wenn lichtet sich der Nebel.

Damit will ich die Zeilen schließen
und euch, ihr Männer, alle grüßen.
Doch euch, ihr Herren draus und vorn,
bin ich euch nun im Aug ein Dorn?
Denn 15 Vorschläg sind gemacht,
auch wenn ihr noch darüber lacht.
Was ihr auch tut, mir ist's egal,
heraus ist es auf jeden Fall.
Man wird euch schon auf Trab noch bringen.
Es grüßt – Götz von Berlichingen!

Am Wochenende drauf flogen dann vom dritten Stock, als schon die meisten Gefangenen unten im Gang vor der Tür standen, um zum Hofgang zu gehen, unzählige kleine Zettelchen herunter. Auf jedem stand einer der "Vorschläge" und auf der Rückseite meist noch ein Spruch wie "Das wäre doch gelacht" oder "Das ist das Mindeste" oder auch der eingangs zitierte Satz von Bernard Shaw, den ich selbst aufgehoben habe. Diese Zettel wurden dann eingesammelt von einigen Gefangenen und in den Briefkasten gesteckt.

Am nächsten Tag reagierte die Anstaltsleitung. Zwei Gefangene wurden unter dem Verdacht, beteiligt zu sein, in eine andere vom Normalvollzug isolierte Abteilung verlegt. Die Vorschläge und das Gedicht kursieren aber in allen Abteilungen, wie ich erfahren habe. Auf der Zellentür des fahren habe. Auf der Zellentür des einen der beiden war darauf ein Zettel angebracht mit dem Schlußsatz des Gedichts: "Es grüßt Götz von Berlichingen." Ich hab es selbst gesehen, da ich an dieser Tür immer vorbeimußte.

Tags darauf hielt der Anstaltsleiter eine Ansprache über den Hausfunk, ging dabei auf die Vorschläge selbst nicht weiter ein, sondern erklärte, daß es sich um das Werk von Dunkelmännern handle, denen es gar nicht auf Verbesserung ankäme, sondern nur auf Störung und Unruheschüren. Auf diese Ansprache reagierte ich mit einem offenen Brief an die Anstaltsleitung, den ich sowohl in den Briefkasten steckte als auch am gleichen Tag im Hof in den Schaukasten hängte. Drei Tage hing er dort, offensichtlich unbemerkt, als ich am Dienstag dann noch einen Zusatz anfügte und aufhängte, in dem ich die Anstaltsleitung aufforderte, nun auch die 15 Vorschläge zur Information der Gefangenen wieder in den Schaukasten zu hängen, war der offene Brief fort. Am Nachmittag erhielt ich Bescheid, daß ich auf Beschluß des Ministeriums in eine andere Anstalt verlegt werde. Nicht mal wohin wurde mir gesagt, telefonieren durfte ich auch nicht. Als ich mit meinen Sachen über den Hof zum Umkleiden geführt wurde, da hing der kleine Zettel mit der Aufforderung an die Anstaltsleitung immer noch am Schaukasten.

Wie schon bei den zwei Gefangenen zuvor reagierte die Anstaltsleitung, nun auch mit Weisung des Justizministeriums, damit, daß sie Personen zu eliminieren versucht. Aber die Gründe bleiben. – (Burkhart Braunbehrens, inzwischen Vollzugsanstalt Kehl)

Offener Brief an die Anstaltsleitung

Herr Scham, Sie haben in Ihrer Radioansprache gesagt, wer Vorschläge habe, solle auch den Mut aufbringen, sie offen vorzubringen und sich nicht hinter der Anonymität verstecken. Dieser Aufforderung komme ich mit diesem offenen Brief nach, den ich auch allen Mitgefangenen zur Kenntnis bringen will, die ich erreichen kann.

Ich bin allerdings der Meinung, daß es nicht Mangel an Mut ist, wenn Vorschläge von Gefangenen ohne Unterschrift zirkulieren. Sie selbst haben mit Ihrer Radioansprache bestätigt, daß Sie schon den Versuch von Gefangenen, eine gemeinsame Meinung zu bilden und Vorschläge vorzubringen, mit Strafen bedrohen, wenn sie sich dabei der wenigen Mittel bedienen, die den Austausch von Meinungen unter den Gefangenen in ihrer rechtlosen Lage ermöglichen. Zwei Gefangene haben Sie zwangsweise in den AZB verlegt auf den Verdacht hin, daß sie da mitgemacht hätten. Einerseits höhnen Sie in Ihrer Radioansprache, die "Dunkelmänner" hätten wohl keinen Mut, andererseits reden Sie von "Tatbeständen, bei denen schon der Versuch strafbar" sei. (. . .)

Außerdem interessieren den Gefangenen mehr die Vorschläge als die Personen, während die Anstaltsleitung offensichtlich mehr Interesse an den Personen hat, die es wagen, Vorschläge zirkulieren zu lassen.

Auch ich habe die 15 Vorschläge gelesen und halte sie für ein richtiges Beginnen. Da heißt es z. B., es sollten monatliche Versammlungen aller Gefangenen stattfinden, damit die Gefangenen sich in offener Aussprache eine gemeinsame Meinung bilden können und damit der Gefangenenrat die Möglichkeit bekommt, im Sinne der Gefangenen seine Aufgaben zu erfüllen. Dann bräuchte das auch nicht mehr über "anonyme Kettenbriefe" geschehen. Stattdessen ist es heute so, daß der Gefangenenrat nicht einmal den Gefangenen öffentlich über seine Arbeit berichten kann. Zu diesem Vorschlag haben Sie sich, Herr Scham, in Ihrer Radioansprache nicht geäußert. (. . .)

Zur Verbesserung der Freizeit haben Sie gesagt, daß sich schon zu den bestehenden Sportangeboten nicht genügend Gefangene melden, was nachweisbar nicht stimmt. Zur Freizeit am Wochenende haben Sie sich überhaupt nicht geäußert, obwohl dies mit der dringendste Punkt ist. Außer Hofgang um 8 Uhr in der Früh und einmal 2 Stunden Schach oder Skat ist das Wochenende hier Einzelhaft in unvorschriftsmäßig kleinen Zellen. Auf den Vorschlag, am Wochenende Umschluß zu gewähren, haben Sie mit einer Beleidigung der Gefangenen geantwortet, die sie als "buntgemischtes Publikum" bezeichneten, dem man Umschluß nicht gewähren könne.

Von der Versicherung, daß das Essengeld vom Ministerium festgelegt wird, kann das Essen nicht besser werden. Und die vielen Zulagen, auf die Sie verweisen, sind doch nur Folge des unbekömmlichen und ungenügenden Essens. Daß die Arbeitsentlohnung um 7 % erhöht wird, ist besser als nichts, meinen Sie, aber meinen Sie, man könne sich deshalb schon mit der bestehenden Entlohnung abfinden? Zur Schinderei bei der Pensumarbeit und der dortigen Entlohnung haben Sie sich nicht geäußert.

Sie sagen, die Gefängnisse kosten mehr, als die Gefangenenarbeit einbringt. Wer steckt denn die Früchte unserer Arbeit ein, daß da nichts bleibt, obwohl die Entlohnung nur ein Bruchteil des Tariflohns ist?

Zur Besuchszeitregelung haben Sie sich nicht geäußert. Zu den minimalsten Anliegen der Gesundheitsvorsorge, wie z. B. die Reinigung der Decken, haben Sie sich nicht geäußert.

Es ist klar, daß nicht alle 15 Vorschläge von der Anstalt Ludwigsburg im Alleingang verwirklicht werden können. Deshalb ist es notwendig, daß sie über die Anstaltsmauern hinaus in die Öffentlichkeit dringen. Vor allem aber die Freizeitgestaltung und die Möglichkeit für die Gefangenen, sich zu versammeln, um gemeinsam über Verbesserungen beraten zu können, sind Fragen, über die die Anstaltsleitung Ludwigsburg entscheiden kann.

Daß es im Gefängnis ohne Spannungen abgehen könne und daß ohne Spannungen am ehesten Verbesserungen erreicht werden könnten, diese fromme Behauptung wird Ihnen, Herr Scham, wohl kaum ein Gefangener abnehmen. Das entspricht vielleicht mehr den Wunschvorstellungen eines Gefängnisdirektors, daß möglichst alles ruhig und beim alten bleiben möge. Die Gefangenen haben jedoch ein Interesse, in ihrer Haftzeit nicht völlig abzustumpfen und die Anstalt eines Tages ohne gebrochenes moralisches Rückgrat zu verlassen. Darüber sind sich viele klar.

gez. Burkhart Braunbehrens
Gef.Nr. 955/5, Buchbinderei,
Zelle 185 SZB

Anm. der Red.

Burkart Braunbehrens ist Mitglied des Zentralen Komitees des KBW und leitender Redakteur der KVZ. Seit dem 23. Juni wurde er in Ludwigsburg inhaftiert gehalten wegen aktiver Teilnahme an der Cabora-Bassa/Mc Namara-Demonstration. Inzwischen ist er nach Kehl verlegt worden.